

Die Governance des Gerechten Strukturwandels

Empirische Untersuchung im Rheinischen
Braunkohlerevier und Konzeptualisierung

Lisa Kolde

Herausgeber:

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
www.wupperinst.org

Autorin:

Lisa Kolde
lisa.kolde@wupperinst.org

Diese Masterarbeit ist in Zusammenarbeit des Wuppertal Instituts mit der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung entstanden.

Wuppertaler Studienarbeiten zur nachhaltigen Entwicklung

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erforscht und entwickelt Leitbilder, Strategien und Instrumente für Übergänge zu einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Im Zentrum stehen Ressourcen-, Klima- und Energieherausforderungen in ihren Wechselwirkungen mit Wirtschaft und Gesellschaft. Die Analyse und Induzierung von Innovationen zur Entkopplung von Naturverbrauch und Wohlstandsentwicklung bilden einen Schwerpunkt seiner Forschung.

In dieser Reihe werden herausragende wissenschaftliche Diplom-, Master- oder Staatsexamensarbeiten publiziert, die im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung am Wuppertal Institut entstanden. Die Arbeiten wurden hier in Kooperation mit Hochschulen betreut, von den Universitäten angenommen und hervorragend bewertet.

Das Wuppertal Institut versteht die Veröffentlichung als wissenschaftliche Vertiefung des gesellschaftlichen Diskurses um den Übergang in eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise.

Wuppertal, April 2020
ISBN 978-3-946356-18-9



Dieses Werk steht unter der Lizenz „Creative Commons Attribution 4.0 International“ (CC BY 4.0). Der Lizenztext ist abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Vorwort

Im Jahr 2011 veröffentlichte der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) seinen Bericht über „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Einige empfanden bereits als provokierend, dass eine notwendige „große“ gesellschaftliche Veränderung von einem hochrangigen Beratergremium der Bundesregierung überhaupt thematisiert und der unbestimmte Begriff des „Wandels“ konzeptionell in die Nähe einer wirklich radikalen gesellschaftlichen Transformation gerückt wurde. Dennoch bleibt im wissenschaftlichen Diskurs oft unklar, von welchem gesellschaftlichen Ist-Zustand zu welchem Ziel-Zustand eigentlich „groß“ transformiert werden soll. Mit dem eher naturwissenschaftlich-technisch geprägtem Begriff der „Dekarbonisierung“ und dem Zeitrahmen „bis spätestens zur Mitte des Jahrhunderts“ wurde immerhin klarer, dass es innerhalb relativ kurzer Zeit um den vollständigen Ausstieg aus allen fossiler Energien (Kohle, Öl, Erdgas) und, wenn dies unmöglich erscheint, zumindest um eine dauerhaft sichere Speicherung oder Nutzung von CO₂ geht. Was es aber in der gesellschaftlichen und ökonomischen Realität konkret bedeuten wird, innerhalb von spätestens 30 Jahren alle Produktionsprozesse, alle Fahrzeuge, alle Gebäude, alle Geräte etc. vollständig auf erneuerbare Energien und maximale effiziente Energienutzung umzustellen, wurde vielleicht zum ersten Mal einer breiteren Öffentlichkeit am Beispiel der Arbeit der am 6. Juni 2019 von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (die sogenannte „Kohlekommission“) deutlich. Seitdem ist eines klarer: „Große“ Transformation in Richtung Klimaschutz bedeutet einen staatlich forcierten, zielorientierten grundlegenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturwandel, wie es ihn in dieser Form noch niemals in der kapitalistischen Industriegeschichte gegeben hat. Der quälend lange und schwer erkämpfte Ausstieg aus der Kohle, auch das wird immer deutlicher, ist dabei nur der Anfang: Wenn aus dem Öl und aus dem Erdgas im Zuge der Energiewende und des Klimaschutzes ebenfalls ausgestiegen werden muss, dann bedeutet das das Ende der Wirtschaft und der Infrastrukturen wie wir sie kannten, z.B. in Hinblick auf energieintensive Industrien, die Automobilwirtschaft und die gesamten bebaute Umwelt. Eine grüne Umstrukturierung dieser Wirtschaftsbereiche erfordert eine vorsorgende ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik mit neuen Anreiz- und Steuerungsmechanismen und Partizipationsformen. Vor allem zeigte die „Kohlekommission“ sehr deutlich: Nur eine als gerecht empfundene Transformation („Just Transition“) hat eine Realisierungschance, eine „große sozial-ökologische Transformation“ muss ein von den relevanten Stakeholdern akzeptiertes Gemeinschaftsprojekt sein oder sie wird nicht wie geplant stattfinden.

Lisa Koldes Arbeit widmet sich dieser hochaktuellen und komplexen Thematik mit dem Hintergrundwissen, das deren Bedeutung weit über den Ausstieg aus der Braun- und Steinkohle in Deutschland hinausgeht. Im Kern geht es darum, die Leitziele, die Akteurskonstellationen, innovative Institutionen, die Partizipationsformen, die Prozesse sowie die Steuerungs- und Koordinierungsverantwortung – mit einem Wort die neue „Governance“ für eine „Große sozial-ökologische Transformation“ in Richtung einer vollständigen Dekarbonisierung – konzeptionell zu erfassen und auf dieser Basis Empfehlungen auszuarbeiten.

Für diese herausfordernde neue Fragestellung bedarf es zunächst der empirischen Aufarbeitung des Status Quo und der aktuellen Prozessdynamiken. Es gelingt Lisa Kolde mit bewundernswerter Akribie und wissenschaftlicher Sorgfalt, die empiri-

schen und konzeptionell interessanten Charakteristika des geplanten Braunkohleausstiegs im Rheinland als einen Beispielfall zu analysieren und mit großer Klarheit darzustellen, ohne dabei die internationalen und thematisch umfassenderen Dimensionen aus dem Auge zu verlieren. Sie hat damit für weiterführende konzeptionelle Arbeiten ein sehr gut recherchiertes Grundlagenwerk geschaffen, das nicht zuletzt auch für die gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit eine ausgezeichnete Basis bildet.

Es war mir eine Freude zusammen mit Prof. Reinhard Loske, meinem ehemaligen Kollegen am Wuppertal Institut und heutiger Präsident der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung, diese sehr gute Arbeit betreuen zu dürfen.

Prof. Dr. Peter Hennicke
ehemaliger Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

Zusammenfassung

Die Governance des „Gerechten Strukturwandels“

Empirische Untersuchung im Rheinischen Braunkohlerevier und Konzeptualisierung

Gerechter Strukturwandel ist ein von den Gewerkschaften entwickeltes Konzept, das die Notwendigkeit einer ökologisch und sozial nachhaltigen Dekarbonisierung hervorhebt. Diese Masterarbeit wendet das Konzept auf den Braunkohleausstieg in Deutschland an. Der Erfolg des Übergangs hängt davon ab, ob er als gerecht empfunden wird. Den benachteiligten Gruppen im Strukturwandel muss eine Perspektive gegeben werden, um Akzeptanz für den Strukturwandel zu schaffen.

Im Rahmen der Masterarbeit werden politische Maßnahmen für eine Governance des „Gerechten Strukturwandels“ entwickelt. Die Arbeit basiert auf einer Fallstudie, die von Mai bis Juli 2019 im rheinischen Braunkohlerevier durchgeführt wurde. Methodisch wurde die Anwendung von semi-strukturierten Interviews gewählt. Insgesamt wurden sechs Expertinnen und Experten--Interviews mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Vertreterinnen und Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewertet.

Die Ergebnisse belegen die Notwendigkeit politischer Maßnahmen in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel: Während Beschäftigten der etablierten Unternehmen der Braunkohleindustrie der Übergang durch eine Reihe von Politikmaßnahmen erleichtert wird, müssen Beschäftigte in Subunternehmen den Strukturwandel weitestgehend alleine bewältigen. Letztere sind einem hohen Risiko ausgesetzt, aufgrund des Braunkohleausstiegs ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Weiterhin zeigten die Befragungen, dass Boden im rheinischen Braunkohlerevier zu einer knappen Ressource werden könnte. Infolge des Braunkohleabbaus in der Region befindet sich ein großer Teil des Bodens im Eigentum des Energieversorgers RWE, der das Land durch bergrechtliche Enteignung erhalten hat. Wenn das Land nicht an die Kommunen zurückgegeben wird, wird eine unabhängige wirtschaftliche Neuausrichtung der Region nach dem Kohleabbau wesentlich erschwert.

Aus dem Akteurzentrierten Institutionalismus werden Governance-Ansätze abgeleitet, die Lösungsansätze für diese Problemfelder bieten. Die Masterarbeit zeigt unter anderem, wie eine für die Partizipation notwendige Verteilung von Ressourcen einen Gerechten Strukturwandel befördern kann und warum ein integratives regionales Entwicklungskonzept des Landes NRW einer reinen wirtschaftlichen Förderung der Region vorgezogen werden sollte.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	6
Verzeichnis von Abkürzungen	8
Abbildungsverzeichnis	9
1 Einleitung	10
2 Einblick in die Debatte	14
2.1 Literaturübersicht	14
2.1.1 <i>Just Transition: Ursprünge und Entwicklung des Konzeptes</i>	14
2.1.2 <i>Partizipation und zeit-gerechte Klimapolitik (WGBU)</i>	16
2.1.3 <i>Gute Industriepolitik als Chance für nachhaltigen Wandel (IG Metall)</i>	17
2.2 Strukturwandel in NRW: ein Vorhaben mit Geschichte	18
2.3 Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“	21
3 Theorie und Methode	27
3.1 Theoretische Grundlagen	27
3.1.1 <i>Governance</i>	27
3.1.2 <i>Akteurszentrierter Institutionalismus</i>	28
3.2 ExpertInneninterviews	31
3.2.1 <i>Über die Untersuchungsmethode</i>	31
3.2.2 <i>ExpertInnenauswahl</i>	32
3.2.3 <i>Auswertungsmethode</i>	33
4 Empirische Analyse: Dimensionen des Strukturwandels	35
4.1 Staatliche Lenkung	35
4.1.1 <i>Administrative Steuerung durch das Land</i>	35
4.1.2 <i>Zukunftsagentur und Revierknoten für die regionale Gestaltung</i>	36
4.1.3 <i>Projektvergabe und Evaluierung</i>	38
4.2 Wirtschaftspolitik	39
4.2.1 <i>Leitbilder und Regionalkonzepte</i>	39
4.2.2 <i>Arbeitsplätze</i>	41
4.2.3 <i>Die Rolle von RWE im Strukturwandel</i>	43
4.3 Partizipation	45
4.3.1 <i>Zivilgesellschaftliche AkteurInnen</i>	45
4.3.2 <i>Zur Kommission WSB</i>	50
4.3.3 <i>Möglichkeiten der Beteiligung</i>	52
4.4 Sozialer Frieden	54
4.4.1 <i>Konfliktherd Hambacher Forst</i>	54

4.4.2	<i>Streitfrage Umsiedlungen</i>	55
4.4.3	<i>Aktuelle Entwicklungen</i>	56
5	Einordnung und Empfehlungen	58
5.1	Dezentrale Governance anhand von Ressourcenzuweisung	58
5.2	Zentrale Governance anhand eines integrativen Regionalkonzeptes	62
6	Fazit	65
7	Literaturverzeichnis	68
8	Anhang	73
	A1: Operationalisierung der Forschungsfrage	73
	A2: Beispielhafter Interviewleitfaden	74
	A3: Transkriptionslegende	76
	A4: Schematische Darstellung inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse	77
	A5: Paraphrasierungen	78

Verzeichnis von Abkürzungen

APG-B	Anpassungsgeld Braunkohle
CEE Sciences	Climate, Energy, Environment Sciences
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB NRW	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk NRW
GGK	Initiative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
IRR	Innovationsregion Rheinisches Revier
Kommission WSB	Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
NRW	Nordrhein-Westfalen
SDG's	Sustainable Development Goals
StStG	Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen
ZKS	Zivilgesellschaftlicher Koordinationskreis Strukturwandel
ZRR	Zukunftsagentur Rheinisches Revier

Abbildungsverzeichnis

Abbildung	Seite
Abb. 1 Das analytische Modell des Akteurszentrierten Institutionalismus (AZI)	S. 30

1 Einleitung

Sind Klimaschutz und Arbeitnehmerbelange, insbesondere im Bergbau, zwangsläufig unvereinbar? Mit Blick auf das vergangene Jahr könnte man zu diesem Schluss gelangen. In Frankreich kam es 2018, nachdem Präsident Emmanuel Macron angekündigt hatte, die Energiewende mit einer Erhöhung der Spritsteuer vorantreiben zu wollen, zu Protesten, die fast ein halbes Jahr andauerten. Die *Gelbwesten*, das Symbol der Proteste, spielten unter anderem auf die zahlreichen PendlerInnen aus dem Umland an, die von einer solchen Erhöhung besonders betroffen gewesen wären (vgl. u.a. Fourquet und Manternach 2019, S. 7f.). Auch in einem weiteren europäischen Nachbarland fand eine Auseinandersetzung zwischen Klimaschutz und Arbeitnehmerinteressen statt: Im Vorfeld der Klimakonferenz in Katowice veranstalteten die drei größten Gewerkschaftsbündnisse Polens die *Social Pre-COP 24* Konferenz. In einer Abschlusserklärung forderten die Bündnisse, die ökonomischen Folgen von Klimaschutzmaßnahmen stärker in den Blick zu nehmen. So sollte es jedem Land freistehen, seine Bodenschätze für die Energiegewinnung zu nutzen „in order to ensure cheaper heat and electricity for its economy“ (ZZ Forum et al. 2018). Es verwundert wenig, dass diese Anmahnung gerade aus Polen kommt: Das Land ist äußerst abhängig von Braun- und Steinkohle. 2015 machten die fossilen Energieträger fast drei Viertel der gesamten Energieproduktion Polens aus (RAP 2018, S. 15). Auch in Deutschland gingen im Oktober 2018 zehntausende Bergbaubeschäftigte in Bergheim am Rheinischen Braunkohlerevier auf die Straße und demonstrierten gegen einen zeitnahen Ausstieg aus der Braunkohle (vgl. u.a. Zeit Online 2018). Die *Industriegewerkschaft Bergbau, Energie und Chemie* (IG BCE) vertritt einen Großteil der deutschen Bergbaubeschäftigten. Ihr Vorsitzender Michael Vassiliadis spricht sich seit Jahren öffentlich gegen ambitionierte Klimaschutzziele aus (vgl. u.a. FAZ 2016 sowie Manager Magazin 2019).

Dabei ist ein schnelles und effektives Handeln in Sachen Klimaschutz notwendiger denn je. Mit dem Klimaschutzabkommen von Paris hat sich die Weltgemeinschaft 2015 entschlossen, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen (United Nations 2015, S. 3). Das ist notwendig, um tiefgreifende Veränderungen in Klima, Meeresspiegel und Vegetation zu verhindern. Bereits bei einer Erwärmung von 1,5 Grad rechnen die ExpertInnen des UN-Klimagremiums IPCC mit steigenden Durchschnittstemperaturen und extremen Hitzewellen bis zum Ende dieses Jahrhunderts, die vielerorts Dürren verursachen könnten (IPCC 2018, S.7). KlimaforscherInnen prognostizieren weit dramatischere Folgen für Mensch und Umwelt, falls der Klimakrise nicht Einhalt geboten wird. Auch die Wirtschaft würde nicht verschont: Bereits 2006 berechnete der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Nicolas Stern, dass die weltweiten Kosten einer Erwärmung von über zwei Grad die Kosten eines effektiven Klimaschutzes um ein vielfaches übertreffen würden (vgl. Stern 2006).

Mit dem 2016 verabschiedeten Klimaschutzplan hat Deutschland sich dem Leitbild einer weitgehendenden Treibhausgasneutralität bis 2050 verpflichtet (BMU 2016, S. 6). Dazu ist unter anderem der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohle notwendig (ebd., S. 35). Zeitgleich zu den Protesten der Bergbaubeschäftigten im Oktober 2018 tagte die *Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“*

(Kommission WSB). Das Gremium aus Gewerkschaften, Umweltverbänden, Politik, Wirtschaft und Regionen war von der Bundesregierung beauftragt worden, sich auf eine gemeinsame Empfehlung zum Kohleausstieg in Deutschland zu einigen. Hier wurde im vergangenen Jahr der Versuch unternommen, soziale Belange und Klimaschutz zusammenzubringen und Ansätze für einen sozial gerechten Strukturwandel zu entwickeln (vgl. Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019). Die Empfehlungen der Kommission WSB bilden den Ausgangspunkt für diese Arbeit. Sie stellt die Frage nach einer sozial gerechten Transformation hin zu einem Wirtschaftssystem, das die Welt auch für die nachfolgenden Generationen zu erhalten vermag.

Fragestellung und Forschungsansatz

Für diese Transformation, so lautet die Grundannahme dieser Arbeit, ist die Weiterentwicklung und politische Operationalisierung des Konzeptes vom *Gerechten Strukturwandel* notwendig. Im englischsprachigen Raum beschreibt sein Pendant *Just Transition*¹ seit den 1990er Jahren den Versuch, Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen mit einer Veränderung des Wirtschaftssystems hin zu mehr Nachhaltigkeit zusammenzubringen (vgl. u.a. Rosenberg 2010, S. 141). Darüber hinausgehende Definitionen sind uneinheitlich. So gibt es zwar vielfältige Publikationen zum *Gerechten Strukturwandel* und verwandten Konzepten, wie etwa der *Guten Industriepolitik* der *Industriegewerkschaft Metall* (IG Metall). Doch liegt eine gewisse Beweglichkeit in der Natur des Konzeptes, das keinen konkreten Transformationskontext beschreibt und so etwa gleichermaßen auf den politisch forcierten Braunkohleausstieg als auch auf eine zukünftige Transformation im Automobilsektor angewandt werden könnte. Diese Arbeit sieht daher von einer festen Definition ab und sucht stattdessen Wege, wie verschiedene Aspekte des *Gerechten Strukturwandels* politisch operationalisiert werden können. Dafür wird ein konkreter Kontext gewählt: Ziel dieser Arbeit ist es, Ansätze für einen *Gerechten Strukturwandel* auf eine vom Braunkohleausstieg betroffene Region anzuwenden. Im Folgenden werden für das Rheinische Revier Governance-Ansätze auf Basis verschiedener theoretischer Konzeptionen des *Gerechten Strukturwandels* erarbeitet. Die zunächst gestellte Forschungsfrage lautet:

1) *Wie lässt sich die Governance eines Gerechten Strukturwandels im Braunkohleausstieg konzeptualisieren?*

Entlang dieser Konzeptualisierung sollen konkrete Maßnahmen für das Rheinisch Revier erarbeitet werden. Die entsprechende Forschungsfrage lautet:

2) *Welche konkreten Empfehlungen lassen sich aus einer Analyse des Strukturwandelprozesses im Rheinischen Revier für einen Gerechten Strukturwandel in der Region gewinnen?*

Das Rheinische Revier ist das größte deutsche Braunkohleabbaugebiet. 2017 wurden hier rund 91.200 Tsd. Tonnen Kohle gefördert, rund 8.900 Beschäftigte arbeiteten in den Tagebauen und Kraftwerken der Region (DIW et al. 2018, S. 79). Derzeit liegen

¹ Die beiden Begriffe werden im Folgenden synonym verwendet.

keine qualitativen empirischen Untersuchungen zur Entwicklung eines *Gerechten Strukturwandels* im Rheinischen Revier oder in anderen Braunkohleregionen vor.² Die vorliegende Arbeit soll dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen. Dafür wurden zwischen Mai und Juli 2019 sechs ExpertInneninterviews mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Landespolitik geführt, die sich mit dem Strukturwandel im Rheinischen Revier auseinandersetzten. Bei den Interviews handelt es sich um Momentaufnahmen aus einem Jahr, in dem wichtige Weichen für den anstehenden Strukturwandel gestellt wurden: Im Januar 2019 hatte die Kommission WSB ihre Empfehlungen veröffentlicht, auf Bundesebene wurde im August ein darauf aufbauender Entwurf für das *Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen* (StStG) verabschiedet (vgl. BMWi 2019). Das Land wird bis Ende des Jahres ein korrespondierendes *Wirtschafts- und Strukturprogramm* entwickeln (ZRR 2019a). Diese Arbeit greift die Forderungen, Problemanalysen und Prognosen verschiedener Stakeholder des Strukturwandels auf. So soll ein Bild des Wandels im Rheinischen Revier entstehen, das anschließend entlang der Fragestellung eines *Gerechten Strukturwandels* systematisiert wird. AdressatInnen dieser Arbeit sind sowohl Wissenschaft, Zivilgesellschaft als auch Politik. Ziel ist es, zu zeigen, wie *Gerechter Strukturwandel* in der Praxis aussehen könnte.

Der starke empirische Fokus dieser Arbeit bringt es mit sich, dass eine theoretische Reflexion und Weiterentwicklung des Konzeptes des *Gerechten Strukturwandels* nur bedingt geleistet werden kann. Eine Anwendbarkeit der Maßnahmen auf weitere deutsche Braunkohlereviere wird durch die Entwicklung von Governance-Ansätzen angestrebt. Diese Arbeit beschränkt sich aber auf den nationalen Kontext, da etwa eine Analyse anderer europäischer Braunkohleregionen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Aufbau der Arbeit

In Kapitel 2.1 wird zunächst der Ursprung des Konzeptes des *Gerechten Strukturwandels* bzw. einer *Just Transition* in der Gewerkschaftsbewegung aufgezeigt und auf seine weitere politische und wissenschaftliche Antizipation eingegangen. In einer kurzen geschichtlichen Einordnung wird die Bedeutung des Strukturwandels für das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) veranschaulicht, welches Ende des vergangenen Jahrhunderts bereits das Ende der Steinkohleindustrie im Ruhrgebiet kompensieren musste (Kapitel 2.2). Sodann wird mit Kapitel 2.3 auf die aktuelle Entwicklung des Strukturwandels durch den Braunkohleausstieg eingegangen. Die Empfehlungen der Kommission WSB werden als politischer Startpunkt des Strukturwandels im Rheinischen Revier verstanden und daher besonders ausführlich behandelt. Insbesondere wird auf die Aspekte des Berichts eingegangen, die für die Frage eines *Gerechten Strukturwandels* von Bedeutung sind.

Kapitel 3.1 behandelt die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit. Der Begriff der Governance wird vertieft und in die Kategorien des *Akteurszentrierten Institutiona-*

² Im Mai 2019 veröffentlichte die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Sammelband *Nach der Kohle – Alternativen für den Strukturwandel in der Lausitz*. Er enthält unter anderem eine empirische Untersuchung der Sichtweisen der Beschäftigten auf den Strukturwandel, nimmt allerdings keine weitere Konzeptualisierung vor (vgl. Kapitel 2.1.1).

lismus eingeordnet, der die theoretische Rahmung dieser Arbeit stellt. Kapitel 3.2 führt in die Methode der ExpertInneninterviews ein und gibt einen Überblick über die Auswahl der InterviewpartnerInnen und den weiteren Auswertungsprozess der Daten.

Der empirische Hauptteil der Arbeit gliedert sich in folgende Schwerpunkte: Kapitel 4.1 beschreibt die Ansätze und Wünsche der InterviewpartnerInnen bezüglich einer staatlichen Lenkung des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Insbesondere setzt es sich mit der Rolle des Landes NRW sowie der sogenannten *Zukunftsagentur Rheinisches Revier* (ZRR) auseinander. Kapitel 4.2 folgt mit einer Analyse der Wirtschaftspolitik der Region. Offizielle Leitbilder und inoffizielle Regionalkonzepte werden dargestellt und von den InterviewpartnerInnen diskutiert. Zudem wird auf die Situation der Braunkohlebeschäftigten und weiterer von RWE abhängiger ArbeitnehmerInnen eingegangen. Kapitel 4.3 stellt die zentralen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen im Rheinischen Revier vor und befasst sich mit der Frage der Mitbestimmung. Die Kommission WSB wird auf ihre partizipatorischen Aspekte hin untersucht, weitere Möglichkeiten der Mitbestimmung im Strukturwandel werden erarbeitet und diskutiert. Im Rahmen der Interviews wurden immer wieder soziale Konflikte als ein Hindernis für einen gelungenen Strukturwandel in der Region angesprochen. Die zwei zentralen Streitfragen, die Umsiedlungen und der Hambacher Forst, werden in Kapitel 4.4 dargestellt. Das Kapitel 5 schließt mit einer Einordnung der empirischen Analyse in den Forschungskontext des *Gerechten Strukturwandels* an. Es werden zwei Vorschläge für eine Neuausrichtung der Governance benannt und konkrete Politikmaßnahmen für *Gerechten Strukturwandel* im Rheinischen Braunkohlerevier empfohlen. Das Abschlusskapitel 6 beendet die Arbeit mit einem Ausblick auf mögliche Anschlussforschungen.

2 Einblick in die Debatte

Im Folgenden werden zunächst Hintergründe zum *Gerechten Strukturwandel* dargestellt. Der Begriff der *Just Transition*, seine englischsprachige Entsprechung, wird geschärft und mit dem Anliegen dieser Arbeit verbunden. Es wird gezeigt, mit welchen Maßnahmen das Land NRW bereits seit den 1950er Jahren die sozialen Folgen des Steinkohleausstiegs kompensiert hat. Das Kapitel über die Empfehlungen der Kommission WSB greift sodann die aktuelle Entwicklung des Braunkohleausstiegs auf.

2.1 Literaturübersicht

2.1.1 *Just Transition*: Ursprünge und Entwicklung des Konzeptes

Der Begriff der *Just Transition* begleitet die Diskussion um einen fairen Strukturwandel. Er wird zunehmend von Forschung und Politik verwendet, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung bei gleichzeitiger Abfederung sozialer Risiken zu beschreiben.³ Seine Ursprünge liegen in der Gewerkschaftsbewegung. Ende der 1990er Jahre tauchte der Begriff der *Just Transition* erstmals in einer Gewerkschaftszeitschrift auf und wurde um die Jahrtausendwende unter anderem vom *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* aufgegriffen (Rosemberg 2010, S. 141). Seine Bedeutung für die Bewegung formte sich in dem nachfolgenden Jahrzehnt aus. Der *Internationale Gewerkschaftsbund* benannte *Just Transition* in seiner *Resolution on combating climate change through sustainable development and just transition 2010* als Schlüsselkonzept für eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Fortschritt (ITUC 2010, S. 1). Im *International Journal of Labour Research* wird der Begriff wenig später folgendermaßen konkretisiert:

„Today, ‘Just Transition’ can be understood as the conceptual framework in which the labour movement captures the complexities of the transition towards a low-carbon and climate-resilient economy, highlighting public policy needs and aiming to maximize benefits and minimize hardships for workers and their communities in this transformation” (Rosemberg 2010, S. 141).

In dem Artikel werden folgende politische Maßnahmen benannt, die einen *Gerechten Strukturwandel* im Sinne einer *Just Transition* kennzeichnen (ebd., S. 142ff.):

- Investitionen in emissionsarme und arbeitsintensive Technologie und Sektoren,
- eine frühzeitige Untersuchung der sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen des Strukturwandels,
- die Einbeziehung von Sozialpartnern und anderen Stakeholdern des Strukturwandels in institutionalisierten Formaten,
- Ausbildungen und Umschulungen,
- soziale Absicherung bei einer gleichzeitigen aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie
- Pläne zur wirtschaftlichen Diversifizierung der betroffenen Regionen.

³ Vgl. unter anderem die Rede von Umweltministerien Svenja Schulze im Vorfeld der Klimakonferenz in Katowice mit dem Titel *Just Transition – Unser Weg zu einer sozial-gerechten Umsetzung des Parisabkommens* (BMU 2018).

2015 erreichte der Begriff auch den deutschsprachigen Raum. Der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) veröffentlichte im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris die Resolution *Globale Klimapolitik für einen gerechten Strukturwandel*. Darin forderte er von der Politik unter anderem eine mittel- und langfristige Planung des Kohleausstiegs, Übergangsstrategien für die Beschäftigten des Sektors sowie die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien (DGB 2015).

In der Wissenschaft wurde das Konzept unter anderem von Heffron und McCauley aufgegriffen. In ihrer Untersuchung diskutieren sie den *Just Transition*-Ansatz in kritischer Auseinandersetzung mit den verschiedenen Gerechtigkeitskonzeptionen der Klima-, Energie- und Umweltforschung (engl. CEE). *Just Transition* böte das Potenzial, diese zusammenzuführen und stärker mit gesellschaftlichen Fragen zu verbinden (Heffron und McCauley 2018, S. 74). Die Autoren kritisieren eine zu starke Ausrichtung der CEE-Disziplinen an ökonomischen Rationalen: „[...] it is held here that the neo-classic school of thought still dominates economic policy-making and this echoes with research done in the fossile fuel community too” (ebd., S. 75). Diese Orientierung erschwere die Untersuchung der sozialen Dimension des Wandels. Sie verweisen weiterhin auf den Ökonomen Thomas Piketty, der eine positive Korrelation zwischen ökonomischer Ungleichheit und CO₂-Emissionen nachgewiesen habe. Der Vorteil von *Just Transition* gegenüber den CEE-Gerechtigkeitskonzeptionen liegt den Autoren zufolge in seinem Schwerpunkt auf ökonomischen Verteilungsfragen sowie einem normativen und holistischen Herangehen an Gesellschaftsfragen (ebd.). Für diese Arbeit weiterhin interessant ist der Gedanke, dass es den CEE-Disziplinen an konkreten Ereignissen, Zeiten und Orten fehle:

„[...] a greater focus on time and place is needed. For example, with time, the issues are the ‚pace‘ of change and the ‚timelines‘ of the transition. In terms of place, where do [these] events happen and to what location do inequalities and injustices reach or occur, are important” (ebd.).

Die Ausrichtung dieser Arbeit trägt diesem Gedanken Rechnung: Es wird ein bestimmter Zeitpunkt des Strukturwandels (das Jahr 2019) an einem konkreten Ort (dem Rheinischen Braunkohlerevier) untersucht. Der Wandel wurde durch ein politisches Ereignis angestoßen (den Bericht der Kommission WSB), auf das 2019 politische Maßnahmen folgen.

Eine ähnliche Orientierung an Zeit, Ort und Ereignis, allerdings für das Lausitzer Revier, weist ein Sammelband der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* mit dem Titel *Nach der Kohle – Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz* aus dem Jahre 2019 auf. Die Hauptstudie untersucht den Wirtschaftsraum Lausitz, stellt AkteurInnen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor und skizziert die offiziellen Leitbilder für die Region (Greib et al. 2019). Ein weiterer Beitrag des Sammelbandes greift die Situation der Beschäftigten auf. In Interviews wurde ihre Sicht auf den anstehenden Strukturwandel abgefragt und entlang verschiedener thematischer Schwerpunkte aufbereitet (Bose et al. 2019). So werden etwa „individuelle Bewältigungsstrategien“ (ebd., S. 100) der Braunkohlebeschäftigten dargestellt, die sich je nach Alter der Befragten unterscheiden. Während jüngere Beschäftigte zunächst abwarten würden, wie sich ihre Beschäftigungssituation entwickelt, ständen ihre Kollegen in den mittleren Berufsjahren vor der Entscheidung, jetzt zu gehen oder später,

wenn sie aufgrund ihres Alters womöglich nur noch schwer neue Arbeit finden würden. Ältere Braunkohlebeschäftigte hingehen würden relativ gelassen auf das Ausstiegsdatum 2038 blicken, da sie dann bereits das Rentenalter erreicht haben (ebd., S. 100f.). Die Interviews veranschaulichen weiterhin, wie die Erfahrungen der Nachwendejahre, in denen bereits massiv Arbeitsplätze in der Braunkohle abgebaut worden sind, die Erfahrung der aktuellen Situation bedingt (ebd., S. 98f.; vgl. auch Kapitel 2.2).

2.1.2 Partizipation und zeit-gerechte Klimapolitik (WBGU)

Der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung* (WBGU), ein Beratungsgremium der Bundesregierung, hat im August 2018 Vorschläge für eine *zeit-gerechte* Klimapolitik herausgegeben (WBGU 2018). Klimagerechtigkeit umfasst in dem Bericht mehrere zeitliche und räumliche Dimensionen: den *Gerechten Strukturwandel* in Braunkohlegebieten („wir jetzt“), Hilfe für Menschen, die in anderen Regionen der Welt schon heute unter den Folgen des Klimawandels leiden („die anderswo“) sowie Verantwortlichkeit gegenüber kommenden Generationen („die nach uns“) (ebd., S. 3). Damit verbunden ist die Kritik am Narrativ einer *Just Transition*, das den Gerechtigkeitsbegriff verzerrt und sogar „bewusst zur Schaffung einer moralischen Schieflage“ benutzt werde (ebd., S. 5). Der WBGU geht nicht weiter darauf ein, was diese Verzerrung ausmacht und von wem sie angeblich betrieben wird. Er präsentiert mit seinem zeit- und raumübergreifenden Gerechtigkeitskonzept aber einen Ansatz, der auch Maßnahmen für *Gerechten Strukturwandel* umfasst. Diese sollen im Folgenden wiedergegeben werden.

Die Dekarbonisierung betrifft eine Reihe unterschiedlicher Stakeholder: Energieunternehmen und ihre Zulieferer, Beschäftigte und ihre Familien, die regionale Wirtschaft, Kommunen und die ansässige Bevölkerung. In seinem Papier betont der WBGU vor allem den Aspekt der Ermächtigung und Partizipation im Prozess der Dekarbonisierung. Die Betroffenen sollten den Strukturwandel aktiv mitgestalten, denn nur so werden Verlustängste handhab- und überwindbar:

„Um den politischen Rechtfertigungsdruck von Transformation zur Nachhaltigkeit und den hierdurch ausgelösten Verlustängsten in der Bevölkerung Rechnung zu tragen, gilt es, die vom Kohleausstieg Betroffenen möglichst rasch zu zentralen Akteuren für die regionale Abkehr von der Kohlewirtschaft zu machen“ (ebd., S. 12).

Als Verluste werden Einbußen in den finanziellen *und* sozialen Ressourcen verstanden, also auch etwa der Wegfall des Kollegenkreises oder des sozialen Status. Sie lösen Stress, Identifikationsverlust und Ängste aus.⁴ Dem könne mit aktiver Gestaltung der eigenen Lebenswelt etwas entgegengesetzt werden. Der WBGU empfiehlt daher, die Entwicklung von Beteiligungstechniken, die den Betroffenen helfen, sich einzubringen. Eine entsprechende Rahmung könne durch MediatorInnen geleistet werden, die den partizipativen Prozess begleiten (ebd., S. 13). Hier findet sich eine (Teil-)Definition von *Gerechtem Strukturwandel*, die auf Absehbarkeit und einen Gestaltungsspielraum für Betroffene abzielt:

⁴ Der WBGU verweist hier auf mehrere Studien aus dem Bereich der (Sozial-)Psychologie, unter anderem auf Albert Bandura und seine Untersuchungen zur Selbstwirksamkeit. Siehe Bandura (1977): *Self-efficacy: Towards a unifying theory of behavioral change*.

„Ein frühzeitig proaktiv angestoßener, mit klarer Vision vorangetriebener Strukturwandel erscheint gerecht für die regional Betroffenen, weil er mehr Planungssicherheit, politische Gestaltungsmöglichkeiten und wirtschaftliche Kompensationsmöglichkeiten bietet als lange verschleppte Umstrukturierungsprozesse“ (ebd., S. 14).

Um den Kohleausstieg voranzutreiben, empfiehlt der WBGU eine Kampagne zur „Zero Carbon Mission“ aufzusetzen (ebd., 14ff.). Diese solle ein Bekenntnis der Politik zur Dekarbonisierung auf regionaler, nationaler, supranationaler und internationaler Ebene darstellen. Sie lobt das Konzept nationaler Kommissionen, die unterschiedliche InteressenvertreterInnen zusammenbringen und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Auf EU-Ebene wird eine stärkere Förderung von regionalen Aktivitäten zur Dekarbonisierung empfohlen. Die HauptakteurInnen des Strukturwandels sollten jedoch die lokal Betroffenen werden, um ein „hemmendes Grundgefühl des von außen oder von oben ‚Transformiert-Werdens‘“ zu vermeiden (ebd., S. 15). Sie sollten eine gemeinsame Vision erarbeiten für die Region, in der sie leben. Dafür sei eine Institutionalisierung und professionelle Begleitung von Initiativen notwendig, für die auf politischer Ebene die Grundlage geschaffen werden müsste. Ergänzende Vorschläge des WBGU sind die Gründung eines transnationalen Kooperationsnetzwerks von Transformationsregionen sowie der (regional angesiedelte) Ausbau von Forschung zum Strukturwandel (ebd., S. 17). Wissenschaftliche Untersuchungen zu den „Faktoren gelungener regionaler Transformation und Pfaden sozialverträglicher Exnovation“ (ebd.) könnten Elemente vergangener Strukturwandelprozesse herausarbeiten und nutzbar machen. Eine weitere aus der partizipatorischen Perspektive interessante Empfehlung ist die Förderung von Bildungsinitiativen, die „auch für die erfolgreiche Beteiligung an transformativen Prozessen und zukunftsorientierten Resilienzstrategien qualifizieren“ (ebd.), also über rein berufliche Qualifikationen hinausgehen und zur Gestaltung des Strukturwandel befähigen.

2.1.3 **Gute Industriepolitik als Chance für nachhaltigen Wandel (IG Metall)**

Im Folgenden wird der Artikel *Perspektiven einer nachhaltigen Industriepolitik* wiedergegeben (Lemb 2018). Sein Autor Wolfgang Lemb ist seit 2013 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er geht der Frage nach, wo die Chancen und Herausforderungen sowie die Bedingungen einer nachhaltigen Transformation der Industrie liegen. Grundlage seiner Analyse ist das Konzept des qualitativen Wachstums, das von der IG Metall verfolgt wird. Es bringt ökologische und soziale Fragen zusammen für eine „sozial gerechte Gestaltung der Transformation“ (ebd., S. 75).

Zunächst stellt Lemb fest, dass Deutschland mit seinem hohen Innovationspotenzial schon heute eine Vorreiterstellung bei der Entwicklung von erneuerbaren Energien einnimmt. Diese gelte es zu stärken und auszubauen, wobei ein Wettbewerb mit Schwellenländern zulasten der Qualität vermieden werden sollte. Gleichzeitig sei eine nachhaltige Entwicklung der Industrie darauf angewiesen, dass die Energiekosten international wettbewerbsfähig bleiben und die Transformation nicht zulasten der Beschäftigten gehe. Diese unterschiedlichen Ziele werden mit dem Begriff der *Guten Industriepolitik* von der IG Metall umschrieben. Diese umfasst zunächst die Forderung nach sogenannter *Guter Arbeit*, also sicheren, tarifgebundenen Arbeitsplätzen. Weiter spricht sich die IG Metall für „gesellschaftliche Wohlstandszuwächse“ (ebd., S. 77) aus, worunter hier Wirtschaftswachstum verstanden wird. Dieses wird gegeb-

nenfalls beschränkt durch den dritten Faktor der Nachhaltigkeit, also einer Tätigkeit, „der ressourcenschonend und damit nicht zulasten der Lebensbedingungen zukünftiger Generationen nachgegangen werden kann“ (ebd.). Lemb selbst merkt an, dass diese Trias nicht unbedingt ohne Widersprüche realisierbar ist:

„Die IG Metall steht hier vor durchaus schwierigen Anpassungskonflikten in einzelnen Branchen und Betrieben, zwischen dem kurzfristigen Interesse am Erhalt der Arbeitsplätze einerseits und dem langfristigen Interesse an einer Sicherung unserer Lebensgrundlage“ (ebd., S. 78).

Als besondere Herausforderung benennt er dabei die Automobilindustrie. Hier seien die Beschäftigungseffekte von einer nachhaltigen Entwicklung Richtung Elektromobilität kaum absehbar (ebd., S. 79).

Aus diesen Schilderungen ergebe sich die Notwendigkeit einer politischen Gestaltung der Industrieentwicklung. Lemb betont, dass eine nachhaltige Transformation allein durch Marktkräfte nicht funktionieren werde, denn die Interessen vieler AkteurInnen seien eher dem Erhalt als der Veränderung zugeneigt. Ein erfolgreicher politisch initiiertes Pfadwechsel benötige zum einen Vorausehbarkeit und Verlässlichkeit, durch die Unsicherheiten minimiert werden würden. Zum anderen seien Investitionen von staatlicher Seite notwendig, damit die Kosten der Transformation nicht einseitig auf die Beschäftigten verlagert werden (ebd.). Dies entspricht der Vorstellung der Rolle des Staates im Keynesianismus mit einem „Staatsverständnis im Sinne eines aktiv die Marktprozesse gestaltenden und investiven Staates“ (ebd.). Partizipation im Sinne von betrieblicher Mitbestimmung bilde eine weitere wichtige Säule, die vor ökologischen und wirtschaftlichen Raubbau durch kurzfristige Interessen schütze.

Industriepolitik sei kein interessenfreier Raum und die Kluft zwischen Arbeit und Kapital habe sich in der Vergangenheit in diversen Dialogprozessen als schwer überwindbar herausgestellt, so Lemb. Er ruft die Gewerkschaften daher zur vermehrten Kooperationen mit der ökologisch orientierten Zivilgesellschaft auf. Hier könne erfolgreich voneinander gelernt werden (ebd., S. 81). Abschließend formuliert Lemb die Forderung an Gewerkschaften, die Debatte um *Gute Industriepolitik* in die Betriebe hineinzutragen und dort das Bewusstsein für Widersprüche, Herausforderungen und Chancen einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken (ebd., S. 83).

2.2 Strukturwandel in NRW: ein Vorhaben mit Geschichte

Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit einer bewegten Industriegeschichte. In den Montanindustrien, also im Bergbau und den Schwerindustrien, herrscht eine stark ausgeprägte Konsenskultur zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen. Bis heute gilt das Prinzip der paritätischen Besetzung von Aufsichtsräten, also einer zahlenmäßigen annähernden Ausgewogenheit zwischen ArbeitnehmervertreterInnen und AnteilseignerInnen (vgl. BMJV 1951). Auch dadurch war NRW in der Vergangenheit bemüht, den Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten. Im Folgenden soll ein kurzer Einblick in die Entwicklung der Steinkohleförderung in NRW und die den damaligen Strukturwandel begleitenden Maßnahmen gegeben werden.

150 Jahre lang wurde in NRW Steinkohle gefördert. Bereits in den 1950er Jahren geriet der Bergbau an der Ruhr massiv unter Druck durch günstige Öl- und Kohleim-

porte aus dem Nahen Osten und Amerika. Die Steinkohlefördermenge sank zwischen 1955 und 1993 von 120 Mio. auf 50 Mio. Tonnen. Im gleichen Zeitraum verschwanden etwa 300.000 Arbeitsplätze in der Steinkohle (Heinze et al. 1996, S. 14). Bund und Land versuchen frühzeitig, den absehbaren Wandel in der Industrie zu beeinflussen. Der 1968 geschlossene Hüttenvertrag etwa verpflichtete eisenschaffende Gesellschaften, ihren Kohle- und Koksbedarf aus Deutschland zu beziehen. Die Preisdifferenz zum Weltmarkt deckte dabei der Bund ab (die sogenannte Kokskohlenbeihilfe). Doch auch mit diesen Beihilfen sank die Fördermenge weiter. Bereits 1967 hatten die Zechen im Ruhrgebiet sich zur Ruhrkohle AG zusammengeschlossen. Es war der Versuch, durch eine zentral koordinierte Belegschaftspolitik den Abbau von Arbeitsplätzen abzufedern und sich gemeinsam besser gegen den Weltmarkt zu behaupten (ebd., S. 16).

Auf staatlicher Ebene folgten erste Programme für die Region. 1968 wurde das Entwicklungsprogramm Ruhr beschlossen. Es stellte das bundesweit erste Programm zur Strukturgestaltung einer Region dar. Fünf Jahre lang flossen 17 Mrd. DM in Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur im Ruhrgebiet und in die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze. Bund, Land, Europäische Gemeinschaft und die Bundesanstalt für Arbeit trugen die Mittel dafür zusammen. Das Straßen- und S-Bahnnetz im Ruhrgebiet wurde ausgebaut und die Bildungslandschaft um Universitäten erweitert. So sollten InvestorInnen und neue Unternehmen für die Region gewonnen werden. Die Beschäftigten aus den Zechen erhielten zudem Unterstützung in Form von Abfindungen und Anpassungshilfen sowie Umschulungen (ebd., 17ff.). Die 1970er Jahre standen anschließend im Zeichen der Technologie- und Innovationsförderung. Das Technologieprogramm Bergbau von 1974 hatte zum Ziel, die Kosten in der Kohleförderung und -verarbeitung zu senken und Umweltbelastungen und Unfallgefahren zu reduzieren. Bis 1984 gingen insgesamt 630 Mio. DM zu diesem Zweck an die Bergbauunternehmen (ebd., S. 23).

Zu Beginn der 1980er Jahre wurde deutlich, dass NRW noch lange mit „seiner montanlastigen Wirtschaftsstruktur zu kämpfen haben würde“, wie es die AutorInnen Heinze et al. formulieren (ebd., S. 29). Nun war es der Stahl, der dem Land Sorgen bereitete. Auch hier drückte der internationale Markt die Preise. Das Land lud 1979 VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden, Kirchen und Unternehmen nach Castrop-Rauxel ein für die sogenannte *Ruhrkonferenz*. Hier sollten gesellschaftlich relevante AkteurInnen zusammenkommen für einen ersten Austausch und mit dem Ziel einer besseren Koordinierung ihrer Aktivitäten. Die Konferenz stellte den Startschuss für das *Aktionsprogramm Ruhr* dar. Es umfasste eine Fördersumme von 6,9 Mrd. DM zwischen 1980 und 1984, wobei rund Dreiviertel der Summe vom Land NRW gestemmt wurde. Auch dieses Programm setzte seine Schwerpunkte auf Technologie- und Innovationsförderung. Die inzwischen ausgebaute Hochschullandschaft im Ruhrgebiet spielte dabei eine Schlüsselrolle. Ein großer Anteil der Mittel floss auch in die Stadterneuerung und -aufwertung – etwa indem alte Fabrikgebäude umgebaut und Sportplätze geschaffen wurden – sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Für den Umweltschutz wurde fast ein Fünftel der Gelder aufgewandt. Hierunter fiel etwa die Sanierung alter Industrieanlagen für eine geringere Lärm- und Luftbelastung (ebd., 29ff.).

Ende 1986 und Anfang 1987 kam es in der Kohle- und Stahlindustrie gleichzeitig zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen: Bis 1990 verloren fast 57.000 Menschen ihre Anstellungen. Soziale Unruhen waren die Folge. Im März 1987 wurde daher die *Zukunftsinitiative Montanindustrie* auf den Weg gebracht. Mit ihr sollte den Regionen fortan eine größere Rolle in der Gestaltung der Strukturpolitik zukommen. Auf Regionalkonferenzen kamen lokale AkteurInnen aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Forschung und Zivilgesellschaft zusammen und entwickelten Konzepte und Projekte, die von der Initiative finanziert wurden. Begleitet wurde die Initiative zunächst von der *Kommission „Montanregionen“*, einer durch das Land NRW gebildeten ExpertInnenkommission. Ab 1989 wurde das Konzept unter dem Stichwort *Regionalisierung der Regionalpolitik* auf ganz NRW übertragen. Land, Bund und EU übernahmen die Kosten hierfür (ebd., 37ff.). 1991 beschloss der Bund in Absprache mit Bergbauunternehmen, Gewerkschaften und den Steinkohle-Ländern NRW und Saarland, bis 1995 weitere Subventionen für den Steinkohlebergbau bereitzustellen. Das war mit dem Entschluss verbunden, die Steinkohleförderung weiter stark zu reduzieren (ebd., S. 41). 2018 markiert das Ende einer langen Entwicklung: Ende des vergangenen Jahres schlossen die letzten Zechen in Ibbenbüren und Bottrop. NRW verabschiedete sich von der Steinkohle (Land NRW 2018).

In der Braunkohlewirtschaft fanden ähnliche Entwicklungen statt. 1990 waren noch rund 127.600 Beschäftigte deutschlandweit in Tagebauen und Kraftwerken angestellt gewesen. Die Zahl sank bis 2017 auf 18.600 Beschäftigte, fünf von sechs Arbeitsplätzen in dem Braunkohlesektor verschwanden also. Das Rheinische Revier war von diesen Entwicklungen vergleichsweise wenig betroffen. Während in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier mehrere Zehntausende von Arbeitsplätzen verloren gingen, fand hier noch nicht mal eine Halbierung der Zahlen statt: von 15.300 Beschäftigten in 1990 auf 8.900 in 2017 (DIW et al. 2018, S. 79). Der große Strukturwandel in der Braunkohlewirtschaft hat also schon längst stattgefunden, wobei andere Regionen seine Auswirkungen mehr zu spüren bekommen haben als das Rheinland. Dieser erste Strukturwandel war (markt-)wirtschaftlich bedingt. Das *Öko-Institut* verweist in einer Studie für das *Umweltbundesamt* auf einen starken Rückgang der Fördermengen zwischen 1990 und 2000: In diesem Zeitraum fand etwa eine Halbierung von 350 Mio. Tonnen auf etwa 170 Mio. statt. Gleichzeitig wurde in den neuen Bundesländern auf eine „Umstrukturierung und Modernisierung der Braunkohlewirtschaft“ gesetzt, die zu einem Produktivitätszuwachs führte (Öko-Institut 2018, S. 15). Die Fördermenge an Braunkohle pro Beschäftigten stieg. Das erklärt, warum hier ab 2000 die Fördermenge etwa konstant blieb, weiterhin aber Arbeitsplätze abgebaut wurden (ebd., S. 16). Frei werdende Stellen in der Braunkohlewirtschaft wurden in den vergangenen Jahrzehnten zum Teil also nicht mehr nachbesetzt. Dadurch entstand ein vergleichsweise hoher Altersdurchschnitt in der verbleibenden Belegschaft (ebd., S. 19). Eine Stellungnahme des *Sachverständigenrates für Umweltfragen* geht von folgender Entwicklung der Belegschaftszahlen aus: Zwei Drittel der Beschäftigten in den Tagebauen waren im Jahre 2016 älter als 45 Jahre. Dieser Anteil wird 2030 bereits 60 Jahre oder älter sein und damit voraussichtlich vom Bergbau direkt in die Rente gehen können. Zudem konnten Beschäftigte ab 55 Jahren in den vergangenen Jahren ein Frühverrentungsprogramm nutzen. Zieht man diese beiden

Gruppen von den Beschäftigtenzahlen ab und geht davon aus, dass frei werdende Arbeitsplätze nicht nachbesetzt werden, bleiben deutschlandweit etwa 5.000 bis 7.500 Beschäftigten übrig, die 2030 noch in der Braunkohlewirtschaft arbeiten werden. Hinzu kommen etwa 300 bis 400 Ausbildungsstellen, die mit dem endgültigen Ausstieg aus der Braunkohle jährlich fehlen werden (SRU 2017, S. 25).

2.3 Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“

Die Bundesregierung rief am 6. Juni 2018 die *Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“* (Kommission WSB) ins Leben. Sie erhielt den Auftrag, einen Plan vorzulegen, wie das die Emissionsziele im Energiesektor erreicht werden und der Kohleausstieg gelingen kann. Fünf VertreterInnen aus den Braunkohleregionen, drei aus Umweltverbänden, sieben WirtschaftsvertreterInnen, drei Gewerkschafter und fünf WissenschaftlerInnen sowie eine CSU-Politikerin erarbeiteten daraufhin acht Monate lang gemeinsame Empfehlungen. Die Mitglieder tagten vom Juni 2018 bis Januar 2019 insgesamt neun Mal und besuchten in drei Exkursionen die Tagebaugebiete (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 6f.). Das Ergebnis ist ein etwa hundertseitiger Abschlussbericht und weitere 200 Seiten Anhang, der vor allem aus der Auflistung von Projektideen für die Braunkohleregionen besteht. Im Folgenden wird der Fokus auf den Inhalten des Hauptberichts liegen. Dort werden Grundsätze für gerechte Strukturentwicklung sowie Entwicklungsschwerpunkte und Maßnahmen für die verschiedenen Reviere benannt.

Kriterien für erfolgreichen Strukturwandel

In ihrem Abschlussbericht formuliert die Kommission 17 Kriterien für erfolgreichen Strukturwandel (ebd., S. 9f.). Sie wurden für diese Arbeit in die Kategorien *Prozessgestaltung*, *Sozial* und *Wirtschaftlich* zusammengefasst:

- *Prozessgestaltung*: Strukturwandel wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen. Er leistet einen Beitrag zur demokratischen Grundordnung, ist vorausschauend und lässt zugleich Freiräume für Engagement lokaler AkteurInnen. Professionelle Steuerung und ein Monitoring begleiten den Prozess.
- *Sozial*: Strukturwandel findet sozialverträglich statt, indem betriebsbedingte Kündigungen verhindert und neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. Er wird als Chance begriffen, die Regionen zukunftsfähig zu machen. Soziale und kulturelle Infrastrukturen sowie die kulturelle Identität der Regionen sollen erhalten bleiben. Er zeichnet sich durch den gegenseitigen Respekt aller Betroffenen aus.
- *Wirtschaftlich*: Bestehende Wertschöpfungsketten werden durch den Strukturwandel nicht beeinträchtigt. Ganz im Gegenteil gibt er Anstöße für neue, innovative und nachhaltige Wertschöpfungsketten und kann so einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen den Regionen leisten. Finanzielle Absicherungen sollen auch die Energieversorger mit bedenken.

Diese Kriterien gilt es vor dem Hintergrund des *energiepolitischen Zieldreieckes* aus Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu verwirklichen (ebd., S. 7). Als weitere Grundsätze einer Strukturentwicklungsstrategie be-

schreibt die Kommission später im Bericht: Förderung sollte zusätzlich zu den bereits existierenden Programmen und über einen Zeitraum stattfinden, der über das Ausstiegsdatum hinausgeht. Dafür ist eine rechtliche Grundlage zu schaffen. In den Blick genommen werden sollte neben dem wirtschaftlichen auch der soziale Strukturwandel, also die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, Lebensqualität und weichen Standortfaktoren. Projekte werden anhand eines Kriterienkataloges ausgewählt und bewertet: Sie müssen Strukturwirksamkeit und positive Beschäftigungseffekte aufweisen, ökologisch, sozial und finanziell nachhaltig sein mit dem Ziel der selbstständigen dauerhaften Trägerschaft, einen Beitrag zu den Zukunftsfeldern (*Clustern*) der Regionen aufweisen, regionale Bedeutung haben und relevante AkteurInnen der Zivilgesellschaft einbeziehen (ebd., S. 82ff.). Hervorzuheben ist die explizite Empfehlung der Kommission, die Mittel des Bundes nur an Projekte zu vergeben, die mit den *Sustainable Development Goals* (SDGs) konform sind und dem Ziel eines dekarbonisierten Wirtschaftens Rechnung tragen (ebd., S. 167).

Untersuchung der Strukturwandelregionen

Die Kommission unternimmt zunächst eine Untersuchung der regionalen Wirtschaftskraft, der Strukturpolitik und der rechtlichen Rahmenbedingungen in den betroffenen Bundesländern. Sie soll im Folgenden kurz wiedergegeben werden. Im Vergleich mit dem bundesdeutschen Durchschnitt ist das Wirtschaftswachstum in den Bundesländern, in denen sich die Braunkohlereviere befinden, seit 2010 zumeist unterdurchschnittlich. Zugleich spielt in drei von vier Revieren die Braunkohlewirtschaft eine herausragende Rolle für die Wirtschaftsstruktur. Lediglich das Helmstedter Revier legte 2016 seine Förderung nieder und verlor damit an Relevanz für die Region. Insgesamt arbeiten rund 20.000 Menschen deutschlandweit im Braunkohlektor. Die Kommission schätzt, dass auf jeden dieser Arbeitsplätze ein weiterer indirekter und ein induzierter Arbeitsplatz kommt (zur Unterscheidung vgl. Kapitel 4.2.2). Demnach wären zusätzlich weitere 40.000 Menschen in Deutschland von der Braunkohlewirtschaft abhängig (ebd., S. 50ff.). Weitere Faktoren, die die Kommission untersucht, sind die Innovationskraft in den Revieren, der demographische Wandel sowie Lage und Siedlungsstruktur. Sie stellt fest, dass für den Braunkohleabbau deutschlandweit etwa 120.000 Menschen ihren Wohnort verlassen und umgesiedelt werden mussten. Im Rheinland betraf dies rund 45.000 Menschen (ebd., S. 56).

Der Bund darf Strukturentwicklung grundsätzlich fördern, maßgeblich dafür sind die Grundgesetzartikel 91a und 104b. Ersterer beschreibt die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur als Gemeinschaftsaufgabe. Auch die Europäische Union fördert regionalpolitische Maßnahmen und Projekte. Dafür müssen die Regionen allerdings bestimmte Kriterien erfüllen. Lediglich die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier als die strukturschwächsten Regionen Deutschlands wären derzeit von der EU förderfähig, für das Rheinland und das Helmstedter Revier gibt es zumindest unter dem aktuellen Kriterienkatalog keine Aussichten auf Unterstützung durch die EU (ebd., S. 58f.). Dazu schreibt die Kommission abschließend:

„Bei der auf europäischer Ebene neu festzulegenden Fördergebietskulisse hält es die Kommission für erforderlich, dass der bevorstehende Strukturwandel schon für die kommende Förderperiode berücksichtigt wird“ (ebd., S. 58).

Einer solchen Erweiterung der förderfähigen Regionen auf von Strukturwandel betroffene Gebiete ist grundsätzlich zuzustimmen.

Maßnahmen für den Energiesektor

Die Kommission schlägt ein Maßnahmenpaket vor, um das Sektorziel 2020 für die Energiewirtschaft, also die Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990, noch weitestgehend und das Sektorziel 2030, eine Reduktion um 61 bis 62 Prozent, vollständig zu erreichen. Weiter soll die Kohleverstromung bis 2038 komplett beendet werden. Die entsprechenden Maßnahmen sollen einem regelmäßigen Review-Prozess unterzogen werden, und zwar in den Jahren 2023, 2026 und 2029 (ebd., S. 60). Die für diese Arbeit wichtigsten Punkte werden im Folgenden kurz zusammengefasst. Die kontrovers diskutierte Frage des Ausstiegsdatums stellt die Kommission allen weiteren Maßnahmen voran: Sie empfiehlt einen etappenweisen Ausstieg bis 2038, frühestens aber ab 2035, unter Entschädigungszahlungen für die Energieunternehmen. Betriebsbedingte Kündigungen sollen ausgeschlossen werden. Um den Wegfall der Braunkohle zu kompensieren, sollen unter anderem auf nationaler Ebene die erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent ausgebaut werden. Der Ausbau finde idealerweise unter besonderer Berücksichtigung der Reviere und ehemaligen Steinkohlekraftwerksstandorte statt. Ebenfalls empfohlen wird die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für neue Gaskraftwerke, insbesondere an den bestehenden Kohlekraftwerksstandorten. Die Reviere würde so die Chance erhalten, zu Pionierregionen der Energiewende zu werden (ebd., S. 65ff.).

Maßnahmen für die betroffenen Regionen

Anschließend geht die Kommission näher auf die „Perspektiven für bestehende, neue und zukunftssichere Arbeitsplätze“ – so der Titel des nachfolgenden Kapitels – ein (ebd., S. 73). Sie formuliert Zukunftsvisionen für jedes der Reviere. Die Empfehlungen für das Rheinland werden im Folgenden detailliert wiedergegeben. Es lohnt sich zunächst aber, auch einen Blick auf die anderen Regionen zu werfen, vor allem auf die Pläne für das Lausitzer Revier. Dort stellt sich der Strukturwandel als besondere Herausforderung dar. Im Gegensatz zu den anderen Revieren gebe es in der Lausitz eine „historisch gewachsene besondere Bedeutung der Braunkohlewirtschaft“, wie die Kommission feststellt (ebd., S. 74). Im Landkreis Görlitz etwa wurde 2016 16,2 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung im Energiesektor erwirtschaftet. Insgesamt liegt der Anteil der Braunkohlewirtschaft an der Bruttowertschöpfung der Region bei 4,3 Prozent (ebd.). Zum Vergleich: der Anteil liegt im Rheinischen Revier bei ungefähr gleichen absoluten Beschäftigungszahlen bei nur 2,4 Prozent (ebd., S. 77). Der Braunkohleausstieg greift in der Lausitz also viel stärker in die regionalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen ein. Entsprechend räumt die Kommission ihr auch den meisten Platz im Abschlussbericht ein. Sie solle „eine Modellregion für den europäischen Strukturwandel“ werden (ebd., S. 74). Auf den Weg dahin sind folgende Schritte angedacht, die als exemplarisches Vorgehen der Kommission in Bezug auf *Gerechten Strukturwandel* verstanden werden können (ebd., S. 74f.):

- **Stärkung der Infrastrukturen:** die Anbindung an die Metropolenregionen soll verbessert und eine digitale Infrastruktur ausgebaut werden.

- Fachkräfte, die sich durch den Braukohleabbau in der Gegend befinden, gilt es zu halten und weitere Fachkräfte anzuwerben bzw. auszubilden. Dazu muss die Region attraktiver werden, die Kommission spricht von Aufbau „soziale[r] Infrastrukturen und Freizeitmöglichkeiten“ (ebd., S. 75).
- Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit: Dieser Punkt ist zentral für die strukturschwache Lausitzer Region. Sie soll durch vereinfachte Bedingungen für Ausgründungen und die gezielte Ansiedlung von Forschungseinrichtungen geschehen.

Ähnliche Ansatzpunkte finden sich auch in den Visionen für die anderen Reviere, wobei die Schwerpunkte je nach Region unterschiedlich gelagert sind. So liegt ein Fokus im Mitteldeutschen Revier auf Innovationsförderung und Gestaltung einer „lebenswerten Heimat“ (ebd., S. 80). Im Rheinischen Revier hingegen wurden Mobilität, Infrastruktur und Energiegewinnung als zentrale Themen herausgearbeitet.

Im Rheinischen Revier leben der Kommission zufolge etwa 9.000 Beschäftigte von der Braunkohleindustrie und weitere 18.000 indirekt oder induziert Beschäftigte. Im Gegensatz zur Lausitz besteht bereits eine gute Anbindung an mehrere Oberzentren, etwa Mönchengladbach und Aachen, und zum Rheinland mit den Großstädten Bonn, Köln und Düsseldorf. Damit einher gehen wichtige Ressourcen in der Forschung, etwa an der technikversierten RWTH Aachen. Das Rheinische Revier ist zudem durch dichte, vernetzte Wirtschaftsstrukturen geprägt (ebd., S. 77). Es bestehe ein „gegenseitig aufeinander aufbauendes, eng miteinander verflochtenes Netz von energieintensiven Unternehmen und kohleaffinen Produktionslinien“ (ebd.). Mit der *Zukunftagentur Rheinisches Revier* (ZRR) existiert bereits seit mehreren Jahren eine Koordinationsstelle für AkteurInnen des Strukturwandels (vgl. Kapitel 4.1.2).

Auf Basis vorhandener wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ressourcen entwickelte die Kommission für alle drei von Braunkohleausstieg massiv betroffenen Regionen sogenannte *Clusterstrategien*.⁵ Für das Rheinische Revier hat sie folgende Schwerpunkte (*Cluster*) herausgearbeitet (ebd., S. 77f.):

- **Energie und Industrie:** Das Rheinland soll ein Modellstandort im künftigen Energiesystem werden.
- **Innovation und Bildung:** Es gilt eine „wegweisende Gründungskultur“ (ebd., S. 78) zu entwickeln unter dem Schlagwort *Innovation Valley Rheinland*.
- **Raum und Infrastruktur:** Hierunter fallen die Nachnutzung von Kraftwerkstandorten und die Schaffen von Modellquartieren sowie eines multifunktionellen Landschaftsparks. Hinzu kommt der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Die Region soll *Mobilitätsrevier der Zukunft* werden mit der Förderung von Projekten zur nachhaltigen Mobilität.

⁵ Nicht eingeschlossen ist das Helmstedter Revier. Hier arbeiten nur noch 150 Menschen im letzten verbliebenen Kraftwerk, das 2020 aus der Sicherheitsbereitschaft ausscheidet (ebd., S. 73).

- **Ressourcen und Agrobusiness:** Entwicklung einer Modellregion für geschlossene Stoffkreisläufe und Kreislaufwirtschaft, neue Wertschöpfungen im Bereich der Bioökonomie und Entwicklung einer Modellregion zur Digitalisierung in der Medizin.

Maßnahmen für Braunkohlebeschäftigte

Die Kommission macht eine „Sicherheitszusage“ (ebd., S. 97) an die Beschäftigten und Auszubildenden in der Braunkohlewirtschaft. Sie betont die Notwendigkeit, dass neue, möglichst tariflich abgesicherte Arbeitsplätze einen vergleichbaren Standard wie die jetzigen haben: „Vordringliches Ziel sollte es sein, die qualifizierten Beschäftigten in guter Arbeit zu halten und zu bringen und für die junge Generation gute Ausbildungsplätze zu schaffen und Beschäftigungschancen zu nutzen“ (ebd., S. 98). Gewerkschaften und Betriebsräte sollen in die Verhandlungen zur Stilllegung der Kraftwerke und Tagebaue einbezogen werden. In den Verhandlungen wird es um die Wahl eines „ausreichenden Zeitraums“ (ebd.) bis zur Stilllegung, aber auch um tarifliche Regelungen gehen, die je nach der Situation des Beschäftigten unterstützend wirken. Die Kommission empfiehlt konkrete Maßnahmen, die den Ausstieg aus der Braunkohle für die Beschäftigten erleichtern sollen (ebd., S. 98ff.):

- Es soll eine rechtliche Möglichkeit für ältere Angestellte geschaffen werden, die einen früheren Übergang in den Ruhestand anstreben und ein *Anpassungsgeld Braunkohle* (APG-B) entwickelt werden.⁶
- Vermittlungsstellen leisten Mobilitätshilfe für den Arbeitsplatzwechsel zwischen verschiedenen Standorten innerhalb der Braunkohleunternehmen sowie über Unternehmens- und Reviergrenzen hinweg.
- Bei Vermittlung in Branchen außerhalb der Braunkohlewirtschaft vereinfacht eine Entgeltabsicherung für einen bestimmten Zeitraum den Übergang.
- Es werden Qualifizierungen und Weiterbildungen gefördert, wobei der Fokus dabei auf Digitalisierungs- und MINT-Kompetenzen liegen soll. Auch Schulen sollen verstärkt MINT-Fähigkeiten adressieren. So könnten die wegfallenden (Ausbildungs-)stellen in der Braunkohlewirtschaft durch Anstellungen in zukunftsfähigen Branchen ersetzt werden.

Die Kommission betont, dass Unternehmen und öffentliche Hand gleichermaßen für den Sozialausgleich aufgrund des Braunkohleausstiegs garantieren. Das heißt, sollte es in den Tarifverhandlungen zu keiner direkten Lösung zwischen den Sozialpartnern kommen, können Bund und Länder einbezogen werden. Sie kommen dann gegebenenfalls auch für einen Teil der Kosten auf (ebd., S. 99). Ein interessanter Vorschlag für die Schaffung neuer Stellen ist die Verlagerung von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen in die ehemaligen Reviere. Dadurch sollen vor Ort bis zu 5.000 neue Arbeitsplätze entstehen, was ein Viertel der weggefallenen Stellen kompensieren würde. Dabei würde es sich der Kommission zufolge um ein „Bekenntnis von Bund und Ländern zur Zukunft der Reviere“ handeln (ebd., S. 97). Insgesamt

⁶ Eine ähnliche Maßnahme gibt es bereits für die Steinkohlewirtschaft. Das *Anpassungsgeld* wird Beschäftigten im Steinkohlesektor bis zu fünf Jahre vor dem Renteneintritt gewährt und erleichtert so den Übergang in den Ruhestand (BAFA 2019).

empfiehlt die Kommission dem Bund, für Infrastrukturausbau, Wirtschafts- und Innovationsförderung sowie Ansiedlung von Behörden und Forschungseinrichtungen ein zusätzliches Budget von 1,3 Mrd. Euro pro Jahr für die nächsten 20 Jahre bereitzustellen. Ein ratifizierter Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern soll das Maßnahmengesetz festhalten. Zusätzlich rät sie, den vom Kohleausstieg betroffenen Ländern jährlich Mittel in Höhe von 0,7 Mrd. Euro für die Begleitung des Strukturwandels bereitzustellen. Auf 20 Jahre gerechnet würde der Bund also etwa 40 Mrd. Euro in den Strukturwandel investieren (ebd., S. 104).

3 Theorie und Methode

Im Folgenden werden zunächst weitere theoretische Grundlagen dieser Arbeit erläutert. Nachdem im vorherigen Kapitel der Begriff des *Gerechten Strukturwandels* mit Bezug auf die aktuelle Debatte geschärft wurde, wird nun mit Governance ein weiteres Kernkonzept dieser Arbeit umrissen sowie in den Forschungsansatz des *Akteurszentrierten Institutionalismus* (AZI) eingeführt. Es wird gezeigt, dass die Forschungsmethode der ExpertInneninterviews in einem dichten Zusammenhang mit den theoretischen Grundlagen dieser Arbeit steht. Daher werden methodische Überlegungen direkt angeschlossen.

3.1 Theoretische Grundlagen

3.1.1 Governance

Bei dem Begriff der Governance handelt es sich um eine Wortschöpfung im Querschnitt zwischen Ökonomie und Politikwissenschaft. Zwar gilt das Konzept als „notoriously slippery“ (Pierre und Peters, nach Benz 2004, S. 12), denn eine feste Begriffsbestimmung gibt es nicht. Doch lässt sich mit Rückblick auf seine Herkunft und anhand einiger aktueller Entwicklungen sein Nutzen für die Politikforschung – und für diese Arbeit – aufzeigen. Die Ursprünge des Governance-Begriffs liegen in der Institutionenökonomie. Dort verwendete Ronald Coase ihn erstmals, als er die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen durch Transaktionskostenvorteile in ihrer Organisation erklärte und diese untersuchte (Benz 2004, S. 15). Oliver Williamsons entwickelte diesen Ansatz 1985 zur Transaktionskosten-Ökonomie weiter und verband ihn mit der Idee einer unternehmensinternen Governance. Governance bezeichnet hier

„institutionelle Regelungen in Unternehmen, d.h. die Leitungs- und Verwaltungsstrukturen sowie die vertikalen und horizontalen Interaktionsmuster des Unternehmens, die der Verringerung von Transaktionskosten dienen“ (ebd., S. 15).

Das entscheidende Kriterium für die Auswahl eines bestimmten Governance-Modells ist also die Höhe der Transaktionskosten. Das sind Kosten, die bei der Vorbereitung und Verhandlung von Verträgen entstehen, aber auch bei deren Sicherstellung und bei Nachverhandlungen, falls sich Vereinbarungen als unvollständig oder fehlerhaft erweisen.

In der Politikwissenschaft erwies sich dieses Konzept der effizienten Steuerung und Organisation von Prozessen aufgrund mehrere Entwicklungen als hilfreich: Zunehmende Denationalisierung sowie eine gleichzeitige Mehrebenenverflechtung von Politik erschweren eine Lokalisierung des Ortes der politischen Gestaltung. Eine zunehmende Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft schafft neue AkteurInnen, die die politische Landschaft jenseits der Parteienpolitik prägen (wollen) (Benz 2004, 16f.; vgl. auch Kapitel 3.2.1).

Im Folgenden wird der Mitte der 1990er Jahre im Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln unter der Federführung von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf entwickelte Governance-Ansatz des AZI vorgestellt und das Konzept für diese Arbeit handhabbar gemacht.

3.1.2 Akteurszentrierter Institutionalismus

Beim AZI handelt es sich um einen Ansatz zur Analyse der Steuerung und Selbstorganisation gesellschaftlicher Teilbereiche. Der Ansatz liefert Kategorien für Institutionen, AkteurInnen und Akteurskonstellationen sowie ein Modell, um deren Zusammenwirken zu erklären (Mayntz und Scharpf 1995, S. 44). Dabei vermag er „wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte der Wirklichkeit“ zu lenken, stellt aber keine in sich geschlossene Theorie sondern eher eine flexibel verwendbare Forschungsheuristik dar (ebd., S. 39).

Zentral ist die dem AZI zugrundeliegende Annahme, dass „bestimmte Konfliktkonstellationen mit manchen Interaktionsformen und unter manchen institutionellen Rahmenbedingungen produktiv auflösbar [sind], während sie unter anderen zu Blockaden oder Nichtentscheidungen führen“ (Treib 2015, S. 287). Aufbauend auf diesem Gedanken will diese Arbeit die Institutionen und Akteurskonstellationen im Rheinischen Revier analysieren und nach Lösungsmöglichkeiten für Konflikte rund um den Strukturwandel suchen. Die Governance-Aspekte des AZI stehen dabei im Vordergrund sowie die Frage, inwiefern andere Formen der Governance zu Problemlösungen beitragen können. In diesem Kapitel werden die Kernbegriffe und Grundannahmen des AZI erläutert und erste Verbindungen zum Thema dieser Arbeit hergestellt.

Der AZI arbeitet mit einem Institutionenbegriff, der sich auf Regelungsaspekte konzentriert und damit etwa kulturelle Institutionen außen vor lässt, andere nicht-politische Institutionen aber umfassen kann. Institutionen können, je nach Forschungsinteresse, auf unterschiedliche Art analysiert werden: als unabhängige oder abhängige Variablen. Sie beeinflussen das Handeln der AkteurInnen, haben aber keine determinierende Wirkung auf sie. Vielmehr stellen sie den Handlungskontext dar und bereiten das Spielfeld für unterschiedliche AkteurInnen. Diese wiederum können mit ihrem Handeln auf Institutionen einwirken und sie gestalten (Mayntz und Scharpf 1995, S. 43ff.). Institutionen können 1) für bestimmte Situationen Verhaltens- und Verfahrensnormen festlegen, 2) spezifizierten AdressatInnen Verfügung über Ressourcen gewähren oder versagen und 3) Relationen zwischen bestimmten AkteurInnen festlegen (ebd., 47f.). So können etwa „im Rahmen institutioneller Verfahrensregelungen auch *Anlässe* für die Interaktion bestimmter Akteure definiert und *Arenen* geschaffen werden“ (ebd., S. 48).

AkteurInnen werden durch die Institutionenlandschaft konstituiert und in ihrem Handlungsvermögen geprägt:

„Der institutionelle Rahmen, der die Regeln definiert, deren Einhaltung man von anderen erwarten kann und sich selbst zumuten lassen muß, konstituiert Akteure und Akteurskonstellationen, strukturiert ihre Verfügung über Handlungsressourcen, beeinflusst ihre Handlungsorientierung und prägt wichtige Aspekte der jeweiligen Handlungssituation, mit der der einzelne Akteur sich konfrontiert sieht“ (ebd., S. 49).

Der AZI unterteilt zwischen korporativen und kollektiven AkteurInnen. Bei ersteren handelt es sich etwa um Ministerien oder Parteien, die Entscheidung unabhängig von ihren Mitgliedern oder WählerInnen durch eine hierarchische oder majoritäre Weisungsbefugnis treffen können. Sie verfügen über zentralisierte, „also nicht mehr den Mitgliedern individuell zustehende“ Handlungsressourcen (ebd.).

Kollektive AkteurInnen hingegen zeichnen sich dadurch aus, dass „ohne formale Organisation kollektives Handeln angestrebt wird“ (ebd., S. 51). Sie setzen sich in der Regel aus Mitgliedern mit (verhandelten) gemeinsamen Interessen zusammen. Treib (2015) unterscheidet entsprechend einer späteren Publikation vier Arten kollektiver AkteurInnen, von denen zwei für die nachfolgende Untersuchung interessant sind: 1) Soziale Bewegungen, deren Mitglieder ein gemeinsames Ziel haben, ohne auf gemeinsame Handlungsressourcen zurückgreifen zu können sowie 2) Verbände, die sowohl gemeinsame Ziele haben als auch über Handlungsressourcen für deren Erreichung verfügen (Treib 2015, 280f.). Zwar unterscheidet der AZI strenggenommen zwischen AkteurInnen und den sie vertretenden Individuen, da diese eine eigene Handlungsorientierung aufweisen können. Mayntz und Scharpf (1995) empfehlen für die Forschungspraxis „unter Umständen (aber keineswegs immer) auch die Handlungsorientierung der in der und für die Organisation handelnden Individuen“ zu erheben (ebd., S. 51). Diese wird in dieser Arbeit aus pragmatischen Gründen hintenangestellt, da kein Grund zur Vermutung besteht, dass die InterviewpartnerInnen von ihrer Organisation stark abweichende Ansichten vertreten.

Institutionen geben wie oben beschrieben lediglich den Handlungskontext vor, determinieren das Handeln der AkteurInnen aber in der Regel nicht. Daher ist für die Analyse einer Situation die Handlungsorientierung der teilnehmenden AkteurInnen von entscheidender Bedeutung. Die Handlungsorientierung ist in etwa gleichzusetzen mit den Zielen, die eine Organisation oder eine Initiative verfolgt. Sie setzt sich zusammen aus handlungsleitenden Interessen, Normen und Identitäten und lässt sich für diese Arbeit mit Blick auf die (festgeschriebenen) Organisationszwecke klären (ebd., 54f.). Nützlich für die weitere Analyse ist zudem das Konzept der Interaktionsorientierungen. Hierbei handelt es sich um ein Raster zur Interpretation der Akteursinteraktionen in 1) *kooperative Beziehungen*, bei denen der gemeinsame Nutzen im Vordergrund steht, 2) *egoistisch-rationale Beziehungen*, bei denen nur der eigene Gewinn handlungsleitend ist, 3) *kompetitive Beziehungen*, die die Differenz zwischen eigenem und fremden Gewinn einbeziehen sowie 4) *feindlichen Beziehungen*, die den Verlust anderer als eigenen Gewinn konstituieren (ebd., S. 57).

Unter der Handlungssituation wird die „handlungsrelevante, soziale und nichtsoziale Gegebenheiten umfassende Umwelt eines einzelnen Akteurs“ verstanden. Sie gibt (Handlungs-)Impulse, „indem sie den oder die Akteure mit einem Problem konfrontiert oder ihnen umgekehrt besondere Chancen bietet“ (ebd., S. 58). So kann etwa der Braunkohleausstieg und der damit einhergehende Strukturwandel im Rheinischen Revier als eine Handlungssituation beschrieben werden, die verschiedene politische und gesellschaftliche AkteurInnen aktiviert. Folgendes Schaubild soll abschließend die Grundbegriffe des AZI in ihrem Zusammenhang noch einmal zusammenführen:

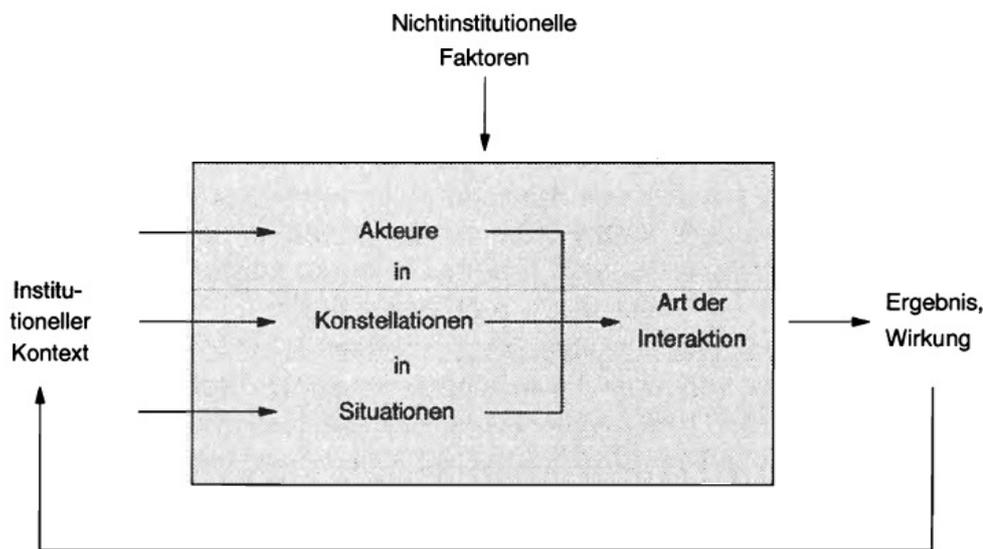


Abb. 1 Das analytische Modell des Akteurszentrierten Institutionalismus (AZI).

Quelle: Mayntz und Scharpf 1995, S. 45.

Kernanliegen des AZI ist die Strukturanalyse gesellschaftlicher Teilbereiche, die von mehreren AkteurInnen mit unterschiedlichen Eigenschaften und Interessen mitgestaltet werden. Hier stellen Mayntz und Scharpf den Begriff der **Governance** heraus, der für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist:

„Im akteurszentrierten Institutionalismus stehen [...] die verschiedenen Modi sozialer Handlungskoordination im Vordergrund, die heute zumeist unter dem von der Transaktionskosten-Ökonomie geprägten Stichwort ‚Governance‘ erörtert werden“ (ebd., S. 60).

Die Autoren unterscheiden zwischen vier Formen der Governance, also des Zusammenwirkens von AkteurInnen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ergebnis:

- 1 | Einseitige oder wechselseitige *Anpassung* an eine veränderte Handlungssituation, die keinerlei Absprache erfordert
- 2 | *Vereinbarungen* zwischen AkteurInnen, die entweder bilateral oder in Netzwerken stattfinden und sachlich und zeitlich begrenzt sind. *Der Markt* als Koordinationsform ist hier angesiedelt.
- 3 | Die dritte Form der Governance wird durch *Mehrheitsverfahren* beschrieben. In demokratischen Assoziationen oder repräsentativen Gremien können bindende Entscheidungen auch ohne die Zustimmung aller AkteurInnen getroffen werden.
- 4 | Die vierte Form der *hierarchischen Autorität* benötigt in der Regel überhaupt keine Zustimmung mehr, um Entscheidungen für sich und andere zu treffen (ebd., S. 61f.).

Eine weitere Interaktionsform, die von Scharpf später ergänzt und für diese Arbeit Relevanz hat, ist das *Verhandeln im Schatten der Demokratie* (Treib 2015, 290f.). Hierbei handelt es sich um eine konsensorientierte Form der Zusammenarbeit, die auch unter grundsätzlich hierarchischen oder mehrheitsorientierten institutionellen Bedingungen zustande kommen kann. Grund dafür ist, dass eine „breite Beteiligung gesellschaftlicher Akteure“ das Informationsproblem lösen, Transaktionskosten senken und eine Loyalität bei der politischen Umsetzung von Entscheidungen befördert

kann (ebd.). Ein aktuelles Beispiel für eine solche Art der Steuerung stellt etwa die Kommission WSB dar (vgl. Kapitel 2.3).

3.2 ExpertInneninterviews

3.2.1 Über die Untersuchungsmethode

Um an Informationen über AkteurInnen, Ziele und Konstellationen im Rheinischen Revier zu gelangen, wurden von Mai bis Juli 2019 sechs ExpertInneninterviews geführt. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die Untersuchungsmethode und begründet das Vorgehen.

In einem ExpertInneninterview wird der/die GesprächspartnerIn als „Lieferant von Informationen“ befragt (Kaiser 2014, S. 2). Informationen definiert Kaiser als „Merkmale und Eigenschaften eines Prozesses, einer institutionellen Ordnung oder eines politischen Programms“ oder Hinweise, die „zur Rekonstruktion der kausalen Mechanismen eingesetzt werden, die deren Wandel erklären können“ (ebd., S. 4). Hier finden sich erste Parallelen zum Anliegen dieser Arbeit. Für das Interview wird der/die ExpertIn in ihrem jeweiligen Kontext gesehen und die Forschungsfrage in mehrere Aspekte unterteilt. Dazu ist eine gründliche Vorbereitung notwendig, in deren Verlauf die Forschungsfrage operationalisiert, also für die jeweiligen GesprächspartnerInnen spezifiziert und in verständlicher Sprache formuliert wird.

Kaiser (2014) differenziert zwischen drei verschiedenen Arten des Wissens über politische Prozesse, die in ExpertInneninterviews eine Rolle spielen können: das *Betriebswissen*, also formale Kenntnisse über eine Organisation, das *Kontextwissen*, das „institutionelle oder sozio-ökonomische Rahmenbedingungen“ abfragt, d.h. das Umfeld einer politischen Lösungsstrategie in den Blick nimmt, sowie das *Deutungswissen*. Bei Letzterem ist vor allem die subjektive Wahrnehmung und Einstellung der GesprächspartnerInnen von Interesse (ebd., S. 5). Für diese Arbeit sind alle drei Formen des Wissens relevant, wobei ein Schwerpunkt auf dem Betriebs- und Kontextwissen liegt. Kaiser betont, dass für ExpertInneninterviews auch bei der befragenden Person ein solides Vorwissen über die erforschte Thematik vorhanden sein sollte, bevor sie ins Feld geht. Die Interviews werden zumindest teilweise im Dialog geführt und unterscheiden sich damit etwas von narrativen Interviewformen, bei denen der/die InterviewerIn eher aktiv zuhört (vgl. ebd., S. 3). ExpertInneninterviews werden in der Regel halb-strukturiert bis strukturiert geführt, das heißt, die Fragen an die InterviewpartnerInnen werden vorab formuliert und im Laufe des Interviews in einer sinnvollen Reihenfolge behandelt. Kaiser schreibt:

„Mittels des Interviewleitfadens erfolgt die Befragung mit dem klaren Ziel der Abfrage spezifischen Wissens, das zur Beantwortung einer bereits präzisen (und theoretisch eingebetteten) Forschungsfrage notwendig ist“ (ebd., S. 35).

Kaiser benennt die Notwendigkeit von ExpertInneninterviews anhand dreier Entwicklungen der Politikforschung (ebd., S. 23ff.), die im Folgenden wiedergeben und auf das Forschungsvorhaben dieser Arbeit bezogen werden sollen. Zunächst einmal erkennt er eine „Entgrenzung von Politik“ (ebd., S. 23). Politik wird zunehmend über nationale Grenzen hinaus gemacht und dadurch auch für die Forschung schwerer nachzuvollziehen. Die Forschungsfrage dieser Arbeit bezieht sich auf einen nationa-

len politischen Prozess, den Braunkohleausstieg, der bis auf regionale Ebene herunterreicht. Auch hier ist eine Art Entgrenzung festzustellen: Spätestens mit dem Einsetzungsbeschluss der Kommission WSB kam die Frage nach dem Ort der politischen Entscheidung auf. In der Kommission arbeiteten VertreterInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik an einer gemeinsamen Empfehlung, die zwar nicht bindend ist, aber von der Politik mit einer großen Verbindlichkeit behandelt wird. Der Entgrenzung schließt sich eine zweite Entwicklung an: Politik wird immer komplexer. Kaiser benennt als Grund zum einen die zunehmende Einbeziehung und Orchestrierung verschiedener privater und öffentlicher Interessengruppen in den Entscheidungsprozess und verweist hier auf den Begriff der Governance (ebd., S. 25). Zum anderen werden technische Fragen für die Politik immer relevanter. Für diese Arbeit lässt sich die These aufstellen, dass das vor allem auf den Bereich der Energiewende zutrifft, die sich im Querschnitt zwischen Politik und technischem Fortschritt abspielt. Drittens beschreibt Kaiser eine „Informalisierung der Politik“ (ebd., S. 26). Zwar werden Entscheidungen öffentlich nachvollziehbar getroffen, die Vorabverständigung hierüber findet aber meist in Gremien oder Koordinationsverfahren statt, die sich der Öffnung entziehen. Auch hier kann die Kommission WSB als Beispiel dienen. Über die neun Treffen der Kommission wurden keine Protokolle veröffentlicht, lediglich der Abschlussbericht ist zugänglich. Aus diesen drei Analysen ergab sich der Entschluss, die Frage der Governance eines *Gerechten Strukturwandels* mittels ExpertInneninterviews näher zu untersuchen.

3.2.2 ExpertInnenauswahl

Im Folgenden werden die InterviewpartnerInnen mit ihren für diese Arbeit relevanten Funktionen dargestellt. Alle Daten, die Rückschlüsse auf die Person geben könnten, wurden anonymisiert.

Diese Arbeit entstand ursprünglich aus dem Gedanken heraus, vor allem die Perspektive der Gewerkschaften auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier zu analysieren und sich dem Thema des *Gerechten Strukturwandels* aus Sicht der Braunkohle-Beschäftigten zu nähern (vgl. gewerkschaftlicher Ursprung von *Just Transition* in Kapitel 2.1.1). Die ersten Anfragen für Interviews gingen also an die Bezirksvertretung der *Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie* (IG BCE) in Alsdorf, die für die Tagebaubeschäftigten im Rheinischen Revier zuständig ist, und an den *Deutschen Gewerkschaftsbund Bezirk NRW* (DGB NRW). Beide Anfragen liefen über Empfehlungen und Kontakte. Sowohl von der IG BCE (Interviewpartner **I-1**) als auch vom DGB NRW (**I-5**) kam eine Zusage für ein Gespräch. Weiter wurde ein Vertreter der *Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz* (GGK) interviewt (**I-2**). Die vor allem in Nordrhein-Westfalen aktive Initiative setzt sich unter anderem für einen Braunkohleausstieg bis 2030 ein. Sie besteht vor allem aus Mitgliedern der *Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft* (ver.di). Ver.di ist neben der IG BCE die zweite Gewerkschaft, die Beschäftigte in der Braunkohlewirtschaft vertritt. Aufgrund dieses Zusammenhangs wurde ein Interview mit den GGK als möglicherweise bereichernd wahrgenommen.

Im Laufe der Arbeit entstand das Forschungsziel, das Thema des *Gerechten Strukturwandels* auch jenseits der Beschäftigten-Perspektive auszuweiten. Daher wurden zwei Interviews mit VertreterInnen von Bürgerinitiativen vereinbart. Als besonders aktive Initiative im Rheinischen Revier boten sich als erste Ansprechpartner die Buirer für Buir an, die sich seit mehreren Jahren für Interessen der AnwohnerInnen im Rheinischen Revier engagieren. Hier gab es gleich zwei Interviewzusagen (**I-3** und **I-4**), was sich als unverhoffter Glücksfall herausstellte. Denn so war es möglich, eine Gesprächspartnerin (**I-4**) vornehmlich in einer zweiten Rolle zu interviewen: Als Mitglied des *Zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreises Strukturwandel* (ZKS), in dem sie sich ebenfalls engagiert, sowie in ihrer Rolle als AnwohnerInnen-Vertreterin in der Kommission WSB, in die sie im vergangenen Sommer berufen wurde. So konnten für diese Untersuchung wertvolle Einblicke in die Arbeit der Kommission gewonnen werden.

Politikerin **I-6** aus dem NRW Wirtschaftsministerium vertritt mit der Landespolitik eine dritte Akteursgruppe im Rheinischen Revier. Sie befasst sich seit mehreren Jahren mit dem Thema Strukturwandel und ergänzt die Forschungsperspektive um aktuelle politische Entwicklungen und Planungen. Der Kontakt zu ihr kam ebenfalls über Vermittlung zustande.

3.2.3 Auswertungsmethode

Für den Interviewleitfaden wurde das Forschungsanliegen, die Governance des Strukturwandels im Rheinischen Revier zu erfassen, zunächst in verschiedene Dimensionen unterteilt. Dies geschah auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission WSB, die für diesen Zweck in die Kategorien *Prozessgestaltung*, *wirtschaftlich* und *sozial* eingeteilt wurden (vgl. Kapitel 2.3). Bei der anschließenden Operationalisierung wurden auch andere Publikationen wie der WBGU-Bericht zur *zeitgerechten* Klimapolitik und die IG Metall Veröffentlichung zu einer *Guten Industriepolitik* hinzugezogen (vgl. Kapitel 2.1.2 und 2.1.3). Hier trat insbesondere die Analysedimension der *Verantwortung* hervor. Das Raster, aus dem die Interviewfragen abgeleitet wurden, findet sich unter Anhang A1. Für die sechs InterviewpartnerInnen wurden, je nachdem welche AkteurInnen sie vertraten, unterschiedliche Schwerpunkte aus diesem Raster ausgewählt. Ein beispielhafter Leitfaden ist in Anhang A2 zu finden. Zum Teil war es möglich, das Material aus den früheren Interviews bereits für die späteren Termine zu nutzen. Es fand in diesem Sinne eine ständige Überarbeitung und Schärfung der Leitfäden statt.

Die halbstrukturierten Interviews wurden auf Tonband aufgenommen. Zudem gibt es aus jedem Gespräch handschriftliche Notizen zur Interviewsituation, ihrem Zustandekommen und der Gesprächsatmosphäre. Die Interviews mit dem Vertretern des DGB NRW, der IG BCE Alsdorf und des Wirtschaftsministeriums fanden in Büroräumen statt. I-2 von der Initiative GGK berichtete in einem Café von deren Arbeit, I-3 und I-4 luden für das Interview jeweils in ihre Privatwohnungen. Insgesamt verteilten sich die sechs Interviewtermine über rund zwei Monate von Anfang Mai bis Anfang Juli 2019. Fünf der sechs Interviews wurden anschließend vollständig transkribiert, das Interview mit I-4 aufgrund seines Fokus auf der Arbeit der Kom-

mission WSB etwa zur Hälfte, wobei der restliche Teil paraphrasiert vorliegt. Die Transkriptionsregeln finden sich im Anhang A3. Für die Auswertung des Interviewmaterials wurde ein schrittweises, deduktiv-induktives Verfahren gewählt: die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz (Kuckartz 2016, S. 97ff.). Kategorien wurden sowohl deduktiv anhand der Interviewleitfäden, als auch induktiv am Text erarbeitet. Das hatte den Vorteil, dass ein möglichst großer Teil des Materials für die Analyse fruchtbar gemacht werden konnte. Außerdem bestand bis zum Ende des Analyseprozesses eine Offenheit für Themen, die sich erst in den Interviews als wichtig herausgestellt haben. Eine schematische Darstellung der Methode findet sich im Anhang A4. Die Paraphrasierungen der Interviews sind im Anhang A5 dargestellt, auf sie wird in im Analyseteil mit entsprechender Nummer verwiesen.

Das Kategoriensystem, das aus der Materialanalyse entstand, wird durch die Überschriften im Analyseteil dargestellt. Die Themen haben sich zum Teil aus der Vorarbeit ergeben und in der Interviewpraxis als fruchtbar erwiesen. Zum Teil entstanden sie im iterativen Durchgang des Interviewmaterials, wobei in der Regel Themen, die von mindestens zwei GesprächspartnerInnen als wichtig erachtet wurden, auch Eingang in die Analyse fanden. Dies ist etwa der Fall gewesen beim Thema Bodennutzung (vgl. Kapitel 4.2.3) sowie den Dienstleisterarbeitsplätzen (vgl. Kapitel 4.2.2) – zwei Aspekte, die in den herangezogenen Untersuchungen zum Strukturwandel allenfalls am Rande auftauchen, für mehrere Gesprächspartner aber eine große Bedeutung hatten.

Die Zitate, die in den Bericht einbezogen wurden, sind für eine bessere Lesbarkeit zum Teil geglättet worden, wobei darauf geachtet wurde, den Inhalt nicht zu verzerren. Eine Glättung kann folgendermaßen aussehen; der Originalwortlaut:

„Ähm das fängt bei Kirchen an, geht über eben ähm Gruppierungen wie uns bis hin zu den IHKen, ähm bis hin zu äh Gewerbeverbänden und so weiter ähm. Das geht aber auch hin bis ähm, dass man versucht bis in die Orte rein ähm Kommunalpolitiker, -vertreter ähm – vereine mit reinzubekommen.“

Die Glättung:

„[D]as fängt bei Kirchen an, geht über eben Gruppierungen wie uns bis hin zu den IHKen, bis hin zu Gewerbeverbänden und so weiter. [Aber auch], dass man versucht bis in die Orte rein Kommunalpolitiker, -vertreter, -vereine mit reinzubekommen.“

Im Falle von I-4 wurden Zitate, die für diese Arbeit verwendet wurden, vorher abgestimmt. Das hat den Hintergrund, dass trotz Bemühungen zur Anonymisierung eine Identifizierung der Person vergleichsweise einfach über ihre Funktion möglich ist.

4 Empirische Analyse: Dimensionen des Strukturwandels

4.1 Staatliche Lenkung

4.1.1 Administrative Steuerung durch das Land

Auf staatlicher Ebene sind derzeit drei AkteurInnen für den Strukturwandel im Rheinischen Revier zuständig: das Land NRW, die ZRR sowie die sogenannten *Revierknoten*. Im Folgenden wird zunächst der aktuelle Stand der Landespolitik dargestellt. Im Rahmen dieser Untersuchung wurde ein Interview mit Landespolitikerin I-6 aus dem Wirtschaftsministerium geführt. Diese wies im Juli 2019 darauf hin, dass die Landesregierung derzeit gezwungen sei „auf Vorrat“ zu arbeiten, da das *Strukturstärkungsgesetz* (StStG), das die Empfehlungen der Kommission WSB umsetzt, erst Ende des Jahres verabschiedet werde (I-6: 107-111; 155-160). Derzeit bereite sich das Land technisch und juristisch auf das größte regionale Förderprogramm in der Geschichte Nordrhein-Westfalens vor (I-6: 119-125). Die Gelder sollen entlang dem Ziel einer *stärkenorientierten Wirtschaftsförderung* vergeben werden. Das heißt, es werden zunächst Potenziale analysiert und dann entsprechend gefördert:

„Was sind denn die Stärken des Reviers, von denen wir uns auch weitere Geschäftstätigkeit in Zukunft erhoffen? Und der Prozess, der jetzt ansteht, ist im Grunde aus dieser Zielorientierung eine Fördergrundlage zu machen“ (I-6: 125-131).

Bis Mitte Dezember 2019 soll ein erster Entwurf dieser Fördergrundlage auf Landesebene entstehen, der vorgibt, welche Projekte wie gefördert werden. Dazu hat die Landesregierung zusammen mit der ZRR die *Revierknoten* ins Leben gerufen (vgl. Kapitel 4.1.2). Die Facharbeitsgruppen erarbeiten Teilkonzepte, die bis Ende des Jahres in einem Entwurf für ein *Wirtschafts- und Strukturprogramm* für das Rheinische Revier zusammengeführt werden sollen. Sollte die Gesetzgebung des Bundes bis dahin ebenfalls abgeschlossen sein, könne das Programm I-6 zufolge zu Beginn des kommenden Jahres anlaufen (I-6: 133-141). Das Land sieht seine Rolle in der Administration der politischen Prozesse. Für die konkrete Ausgestaltung des Strukturwandels, etwa wenn es um Partizipationsfragen geht, verweist I-6 auf die AkteurInnen vor Ort (I-6: 131-133; 282-286).

Mit dieser Arbeitsteilung sind nicht alle Beteiligten zufrieden. Die Rolle des Landes Nordrhein-Westfalens wurde auch von den anderen InterviewpartnerInnen diskutiert. Im Folgenden werden ihre Erwartungen an die Landespolitik dargestellt. Die Vertreter der Gewerkschaften fordern, dass das Land sich mit Vorschlägen für ein regionales Entwicklungskonzept einbringt. Der Interviewpartner der IG BCE Alsdorf I-1 merkt an, dass KommunalpolitikerInnen vor allem der eigenen Kommune Rechenschaft schuldig seien, während das Land eine übergeordnete Perspektive einzunehmen vermag:

„[...] wir brauchen jetzt eigentlich beim Strukturwandel etwas, wo wir den größeren Blick haben, wo wir eben auch akzeptieren müssen, dass vielleicht Industrieansiedlungen nicht in jeder Gemeinde organisiert werden, sondern übergreifend“ (I-1: 488-495).

Für den Vertreter des DGB NRW I-5 ist die Gestaltung des Strukturwandel im Rheinischen Revier eine „Gemeinschaftsaufgabe“, die die Landesregierung zwar nicht alleine bewältigen könne. Es sei von zentraler Bedeutung, dass alle Beteiligten sich auf

ein gemeinsames Ziel hin ausrichten. Doch dafür brauche es zunächst ein integratives regionales Entwicklungskonzept, das von einer Instanz jenseits der Kommunalpolitik konzipiert werde und der Versäulung einzelner Sektoren entgegenwirken müsse (I-5: 455-462; 462-470). Auch das Mitglied der Gewerkschaftsinitiative GGK I-2 wünscht sich mehr Grundsatzentscheidungen der Landesregierung, etwa im Falle des Hambacher Forstes oder der Bürgerbeteiligung (I-2: 507-518). Das Mitglied der Buirer für Buir I-3 spricht sich dafür aus, dass das Land einen Beteiligungsprozess mit den AkteurInnen vor Ort organisiert:

„[D]as fängt bei Kirchen an, geht über eben Gruppierungen wie uns bis hin zu den IHKen, bis hin zu Gewerbeverbänden und so weiter. [Aber auch], dass man versucht bis in die Orte rein Kommunalpolitiker, -vertreter, -vereine mit reinzubekommen“ (I-3: 256-265).

Ein Austausch zwischen den Menschen vor Ort sei gerade vor dem Hintergrund sozialer Konflikte wichtig, meint auch der Vertreter der IG BCE Alsdorf. Die Landesregierung sei die einzige Instanz, die mit einer klaren Ausrichtung die verschiedenen Interessen wieder an einen Tisch bringen könne (I-1: 488-495; 498-501), etwa durch die Schaffung von Bürgerversammlungen oder anderen Foren des Austausches für Menschen aus den betroffenen Regionen (I-1: 474-485).

4.1.2 Zukunftsagentur und Revierknoten für die regionale Gestaltung

Die ZRR fördert und koordiniert den Strukturwandel auf regionaler Ebene. Entsprechend den Empfehlungen der Kommission WSB soll sie zur Protagonistin der Entwicklungen im Rheinischen Revier werden:

„Zuständig für den Strukturwandel im Rheinischen Revier ist die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Die Zukunftsagentur muss in Zusammenarbeit mit Bund und Land sicherstellen, dass in der Region eine auf den Stärken der Region aufbauende Entwicklung mit wirkungsvollen Impulsen versehen wird. Dazu arbeitet sie mit allen Akteuren der Region zusammen, mit den Kommunen, der Wirtschaft, den Sozialpartnern und Verbänden und der Zivilgesellschaft“ (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 78).

Ihre Vorgängerinstitution, die *Innovationsregion Rheinisches Revier* (IRR), wurde 2010 vom Land NRW ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe war die Identifizierung regionaler Potenziale und die Vernetzung entsprechender AkteurInnen. Zunächst als Landesprogramm auf fünf Jahre und ohne eigenes Budget angelegt, wurde die IRR 2014 zu einer Projektentwicklungsorganisation umgestaltet mit Perspektive auf langfristiges Wirken in der Region (Vallentin et al. 2016, S. 9). Seit 2018 trägt die Organisation den Namen *Zukunftsagentur Rheinisches Revier*. Ihre Aufstellung ist dabei weitestgehend gleich geblieben. Sie besteht aus 15 GesellschafterInnen, darunter die Kreise und Städte im Kerngebiet des Rheinischen Reviers (Düren, Euskirchen, Rhein-Erft, Heinsberg, Rhein-Kreis Neuss und Städteregion Aachen sowie Mönchengladbach). Weiter sind die Industrie- und Handelskammern Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein, die Handwerkskammern Aachen, Düsseldorf und Köln, der Zweckverband Region Aachen sowie die IG BCE GesellschafterInnen der Agentur. Ihren Gesellschaftszweck sieht die ZRR darin „Projekt [zu] initiieren und [zu] begleiten, die dem Strukturwandel dienen“ (ZRR 2018, S. 3). Weitere Gremien sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die *Revierkonferenz*. Die *Revierkonferenz* ist eine mehrmals jährlich stattfindende Versammlung der GesellschafterInnen mit regionalen und überregionalen VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und

Verwaltung. Die Konferenz soll „inhaltliche und strategische Impulse [geben], die die Zusammenarbeit in der Innovationsregion und mit den angrenzenden Gebieten unterstützen“ (ZRR 2019e). Die Agentur befindet sich derzeit massiv im Aufbau, um ihrer neuen Aufgabe gerecht zu werden. Im August 2019 schrieb sie mehr als 20 Stellen für ProjektleiterInnen, SachbearbeiterInnen und weiteres Personal aus. Das entspricht einer Verdreifachung der MitarbeiterInnenzahl (ZRR 2019f). Diese wird vom Land finanziert: Ende August 2019 sagte das Land der ZRR rund neun Millionen Euro Förderung zu, die unter anderem für die Erstellung eines Entwurfs zum *Wirtschafts- und Strukturprogramm* eingesetzt werden sollen (ZRR 2019b).

Das offene Fenster, das sich durch die Erweiterung der ZRR ergibt, wurde von verschiedenen AkteurInnen erkannt. Bürgerinitiativen und der DGB NRW fordern, in diesem zentralen regionalen Gremium einen Platz zu bekommen (vgl. Kapitel 4.3.1). Die derzeitige Zusammensetzung insbesondere des Aufsichtsrats, wird von dem Mitglied der Buirer für Buir I-3 kritisch gesehen: Dieser bestehe aus „eine[r] Mischung aus Kommunalpolitik und RWE und Gewerkschaft“ (I-3: 154-169).⁷ Damit setze sich eine unglückliche Verquickung von Braunkohlekonzern und Politik fort, die es auch auf Landesebene gebe (ebd.). I-3 sieht eine Beeinflussung vorliegen, die sich bei der Förderung von Projekten niederschlagen würde. Als Beispiel schildert er einen von der ZRR ausgeschriebenen Ideenwettbewerb für Kommunen: „Zehn Siegerideen wurden dann prämiert. Von den zehn Siegerideen waren komischerweise sieben, die alle mit RWE zu tun hatten“ (I-3: 169-174). Auch der DGB NRW wünscht sich I-5 zufolge ein Mitspracherecht in der ZRR. Dafür müssten alte Strukturen aufgebrochen werden, was mitunter nicht leicht sei (I-5: 172-176). Die IG BCE ist derzeit als einzige Gewerkschaft in der Agentur vertreten. I-5 sieht aber die Notwendigkeit einer Beteiligung durch den DGB NRW: „Weil ja Strukturwandel prinzipiell alle Branchen, alle Wirtschaftsbereiche berührt. Und das kann dann nicht nur das Handlungsfeld einer Fachgewerkschaft sein“ (I-5: 111-119).

Für die Ausarbeitung des *Wirtschafts- und Strukturprogramms* hat die ZRR zusammen mit der Landesregierung die *Revierknoten* ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um sechs Facharbeitskreise zu den Themen Raum, Infrastruktur und Mobilität, Energie, Industrie, Innovation und Bildung sowie Agrobusiness und Ressourcen. Sie sind aus den bereits in den Empfehlungen der Kommission WSB erwähnten Zukunftsfeldern hervorgegangen und decken „die zentralen Handlungsfelder für den Strukturwandel im Rheinischen Revier“ ab (ZRR 2019c). Zudem wurde eine siebte Arbeitsgruppe gegründet zur Vorbereitung der „Internationalen Bau- und Technologieausstellung Rheinisches Revier“, einem zukünftigen „Impulsgeber und Schaufenster für den Strukturwandel“ (ebd.). Die Vorsitzenden der *Revierknoten* wurden von der ZRR bestimmt. Landespolitikerin A-6 betont, dass regionale Kenntnisse dabei eine wichtige Rolle gespielt habe: Die Vorsitzenden würden sowohl mit der Region und den Zielen des Strukturwandels vertraut sein als auch fachliche Kenntnisse besitzen (I-6: 193-199). Anfang September 2019 fand eine öffentliche Auftaktveranstal-

⁷ Eine Zusammensetzung des Aufsichtsrates ist nicht öffentlich einsehbar, weswegen diese Information lediglich dem Interview entnommen werden konnte.

tung zu den *Revierknoten* mit rund 500 TeilnehmerInnen statt (ZRR 2019a). Diese soll Landespolitikerin I-6 zufolge die Möglichkeit für eine breite Beteiligung an der Arbeit der *Revierknoten* bieten, da „jeder, der sich dazu berufen fühlt, im Grunde sagen kann, was ihm an diesem Thema, an diesem Revierknoten wichtig ist“ (I-6: 165-170). Erst nach der Auftaktkonferenz würden die Vorsitzenden der *Revierknoten* dann entscheiden, welche weiteren Mitglieder sie in ihre Arbeitsgruppe berufen (ebd.).

Die *Revierknoten* entwickeln von Oktober bis Dezember 2019 Teilkonzepte für ihren jeweiligen Schwerpunkt, die dann bis Ende des Jahres in einem Entwurf zum *Wirtschafts- und Strukturprogramm* zusammengeführt werden.

„Also Beispiel Energie, die sollen jetzt gucken: Welche Strategien können denn dazu beitragen, dass die Leute, die früher Braunkohle gekauft haben und in Zukunft andere Energie kaufen wollen, das in Zukunft auch machen können, und dass im Rheinischen Revier dahinter eine Wirtschaftsstruktur entsteht“ (I-6: 141-151).

Die Facharbeitsgruppen bezeichnet die Landespolitikerin als „inhaltliche Aufbauhelfer“ der ZRR. Sie sollen der im Aufbau befindlichen Organisation in den kommenden drei Jahren zuarbeiten und ihre Aufgaben und ihr Personal dann an diese abgeben (I-6: 201-207). Den Vorteil der zunächst separaten Bearbeitung der Fachthemen in sechs *Revierknoten* sieht I-6 darin, dass so größere Teile des Reviers mitgenommen werden können und womöglich ein „Schneeballeffekt“ entstehe. Eine Herausforderung werde es aber sein, das Vorgehen der Arbeitsgruppen so zu koordinieren, dass am Ende tatsächlich ein gemeinsamer Bericht entsteht (I-6: 207-214). Zu allen sechs *Revierknoten* wird es ab Oktober 2019 jeweils eine zusätzliche Konferenz mit FachexpertInnen geben, für die zum Interviewzeitpunkt noch keine genauen Pläne vorliegen (I-6: 178-180).

4.1.3 Projektvergabe und Evaluierung

Wie in den vorherigen Kapiteln dargestellt, werden in den *Revierknoten* erste Leitlinien für Projektförderungen erstellt und bis Ende 2019 in einem *Wirtschafts- und Strukturprogramm* zusammengeführt. Die zukünftigen Projekte sollen dabei laut Landespolitikerin I-6 der Zielsetzung einer *stärkenorientierten Wirtschaftsförderung* entsprechen (I-6: 125-131). Ein Gutachtergremium wird ab dem kommenden Jahr über ihre Bewilligung entscheiden (I-6: 152-155). Die administrative Begleitung wird die ZRR übernehmen, die im Juni 2019 ihre Rolle folgendermaßen erläuterte:

„Vorgesehen ist, dass die Zukunftsagentur ab dem kommenden Jahr die themenspezifischen Aufrufe und Wettbewerbe koordiniert. Es wird eine Antragsberatung geben, die auch weniger erfahrene Antragsteller in die Lage versetzt, an der Zukunft des Reviers mitzuwirken. Für die Projektauswahl sollen externe Fachgutachter eine Vorbewertung der eingereichten Projektanträge vornehmen. Als förderfähig bewertete Projekte sollen sodann einem Gutachtergremium zugeführt werden. Die Bewilligungen erfolgen durch die zuständigen Behörden im Land (voraussichtlich die Bezirksregierung Köln) bzw. im Bund“ (ZRR 2019d).

Für die Evaluierung wird dem Entwurf des StStG zufolge das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zuständig sein. Es soll alle drei Jahre die „Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes und ihre Auswirkung auf die wirtschaftliche Dynamik in den Revieren“ untersuchen (BMWi 2019, S. 16).

In den Empfehlungen der Kommission WSB werden folgende Kriterien genannt, die es bei der Vergabe der Mittel einzubeziehen gilt: Strukturwirksamkeit und positive Beschäftigungseffekt, finanzielle Nachhaltigkeit, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, Zukunftsbeitrag und Innovationsgehalt, regionale Bedeutsamkeit und Verankerung sowie die Vernetzung, Kooperation und Einbeziehung relevanter AkteurInnen der Zivilgesellschaft (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 85). Interviewpartnerin I-4 berichtet, dass sie sich als AnwohnerInnen-Vertreterin in der Kommission WSB für eine Bindung der Mittel an die SDGs und dem Ziel eines dekarbonisierten Wirtschaftens eingesetzt habe (I-4: 170-176). Diese beiden Anliegen sind zwar auch in den Empfehlungen der Kommission zu finden (vgl. Kapitel 2.3). Doch I-4 kritisiert, dass sowohl die Bindung der Projektgelder an die SDGs als auch an ein dekarbonisiertes Wirtschaften in den im Mai erschienenen Eckpunkten zum StStG „verwässert“ worden seien. Eine Operationalisierung der SDGs auf regionaler Ebene stellt eine große Herausforderung dar. Dabei hat für die Zivilgesellschaft ein konkreter Kriterienkatalog eine hohe Relevanz, denn nur so könne Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Projektvergabe gewährleistet werden:

„Und da gibt es auch eben viele Bewertungskriterien [...]. Und da würden wir uns eben auch wünschen, dass die auch in diesem Strukturstärkungsgesetz auch übernommen werden, und jetzt nicht irgendwelche Wirtschaftsministerien freie Hand haben, wie sie die Gelder vergeben“ (I-4: 176-190).

4.2 Wirtschaftspolitik

4.2.1 Leitbilder und Regionalkonzepte

Der Bericht der Kommission WSB unterteilt die Projekte für das Rheinische Revier in vier sogenannte Zukunftsfelder, die auch die Grundlage für die *Revierknoten* darstellen: Raum und Infrastruktur, Energie und Industrie, Innovation und Bildung sowie Agrobusiness und Ressourcen (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 131ff.). In den Empfehlungen der Kommission WSB wurden darauf aufbauend vier Clusterstrategien für die Region ausgearbeitet (vgl. auch Kapitel 2.3):

- 1 | Das Rheinische Revier soll als *Energierévier der Zukunft* „einen zentralen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit für Europa leisten“ (ebd., S. 90). In der Region sollen Zukunftstechnologien der Energieversorgung entwickelt und in kleinem Maßstab getestet werden (ebd., S. 94).
- 2 | Das zweite Cluster sieht die Entwicklung zum *Mobilitätsrevier der Zukunft* vor. Hier werden künftig innovative Projekte zum Individualverkehr und für die Verkehrsinfrastruktur gefördert (ebd., S. 89).
- 3 | Unter dem Stichwort *Innovation Valley Rheinland* kommt insbesondere Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen Förderung zu, die Ausgründungen begünstigen sollen (ebd., S. 78).
- 4 | Das vierte Cluster *Bioökonomie* zeichnet sich durch eine Weiterentwicklung und Nutzung der regionalen Bioökonomie aus (ebd., S. 96). Bioökonomie bezeichnet dabei die Umstellung aller Wirtschaftssektoren auf Pro-

duktion und Verbrauch nachwachsender Rohstoffe (Bioökonomierat 2019).

Für Landespolitikerin I-6 bieten die Cluster eine Möglichkeit,

„das Wirtschaften nach der Energiewende auszuprobieren. [...] Und daran würde ich am Ende auch den Erfolg messen, ob wir das A) schaffen und B) dann damit auch das Beschäftigungsziel erreichen, das wir erreichen wollen“ (I-6: 423-428).

Dafür sieht sie gute Chancen: Das Rheinische Revier könne zum „Experimentierfeld“ für Betriebe werden, die sich etwa an neuen Formen von Mobilität versuchen. Durch die regionale Förderung entsprechender Projekte können Fragen der Wirtschaftlichkeit zunächst außer Acht gelassen werden (I-6: 513-518). Doch I-6 weist auch an mehreren Stellen des Interviews darauf hin, dass nicht wahllos gefördert wird. Die Bereitschaft von Investoren, in einer bestimmten Gegend zu investieren, müsse bestehen. Und so könne es sein, dass manche Tagebauanrainerkommunen aufgrund mangelnder Passung zunächst leer ausgehen (I-6: 42-56).

Dass neue Industrieansiedlungen entstehen, ist der IG BCE Alsdorf ein großes Anliegen. I-1 spricht sich zudem gegen Vorschläge wie Logistikzentren oder Batteriewerke aus, die bereits für die Region diskutiert wurden und der Idee eines nachhaltigen Strukturwandels seiner Meinung nach nicht gerecht werden (I-1: 45-51; 65-70). Kritisch sieht der Gesprächspartner des DGB NRW ebenfalls, dass womöglich viele Gelder in die Forschung fließen werden. Dies sei nicht zielführend, wenn es darum gehe, neue Arbeitsplätze zu schaffen:

„[...] also wir fordern, dass es nicht nur darum gehen kann, jetzt wissenschaftliche Projekte zu fördern und Arbeitsplätze für Hochqualifizierte zu schaffen, sondern es müssen eben auch Arbeitsplätze geschaffen werden für mittlere Qualifikationsgruppen, für untere Qualifikationsgruppen“ (I-5: 12-16).

Auch er betont, dass neue Industrieansiedlungen nachhaltig sein sollen und spricht von einer notwendigen „Rahmung sozial-ökologische Transformation“ (I-5: 191-197, I-1: 45-51). Als Beispiel nennt er industrielle Ansiedlungen in der zirkulären Wertschöpfung (I-5: 197-202); I-1 von der IG BCE Alsdorf schlägt ebenfalls Großbetriebe für Kunststoffrecycling als vielversprechende Neuansiedlungen vor (I-1: 78-81).

Auch I-3 von den Buirern für Buir hält einen Förderfokus auf Wissenschaft und Forschung für falsch. Stattdessen würden in der Region vor allem Arbeitsplätze für mittlere Qualifikationsstufen gebraucht (I-3: 313-327). Gleichzeitig kritisiert er eine starke Ausrichtung der Landesförderung an der „alte[n] Industrie“ (I-3: 373-382). Vorteile sieht er vor allem in der Förderung von mittelständischen Unternehmen in Rheinischen Revier, da diese eine höhere Resilienz gegenüber Konjunkturschwankungen hätten (I-3: 313-327). Zudem spricht er sich, aufbauend auf der Braunkohle-Geschichte des Rheinischen Reviers, für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung aus (I-3: 335-339). Auch Landespolitikerin I-6 sieht das größte Potenzial bei einer Förderung, die sowohl Mittelständler als auch Industrien umfasst (I-6: 461-466). So könne eine „breite strukturelle Absicherung von Beschäftigung“ ermöglicht werden (I-6: 71-78).

Der ZKS (vgl. Kapitel 4.3.1) hat 2018 unter dem Titel *Revierperspektiven Rheinland – gutes Leben, gute Arbeit* ein eigenes Entwicklungskonzept für den Strukturwandel

im Rheinischen Revier herausgegeben. Die Region soll demnach zu einer „Pilotregion für die Entwicklung zukunftsfähiger Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse“ werden (ZKS 2019, S. 5). Dabei betont die Initiative die Orientierung an den Nachhaltigkeitszielen der SDGs und den Pariser Klimaschutzvereinbarungen. Das Konzept umfasst Leitlinien für den Strukturwandel in acht Bereichen, darunter Energiewirtschaft, Industrie, Mobilität sowie Bildung, die auch Kernbereiche der Landesstrategie für das Rheinische Revier sind. Hinzu kommen die Bereiche Naturraum, städtischer/ländlicher Räume, Bürgerbeteiligung sowie Finanzierung und Förderung. So soll ein ganzheitliches Konzept entstehen, das auch auf andere Regionen übertragbar ist (ebd., 6ff.). Interviewpartner I-3 von den Buirern für Buir, die an dem Konzept mitgewirkt haben, beschreibt dessen partizipativen Fokus: „[D]ie Menschen sollen sich da einbringen: Welche Industrien sollen hier entstehen, welche Gewerbearten sollen hier entstehen und was soll hier vor allen Dingen auch *nicht* entstehen“ (I-3: 81-89).

2018 stellte Greenpeace Energy ein Konzept für das Rheinische Revier vor, das den Umbau der jetzigen Tagebauflächen zu Windenergie- und Solarparks vorsieht. Im Rahmen der sogenannten *ReinRevierWende* würde eine Genossenschaft die Energiegewinnung im Rheinischen Revier übernehmen. Der Vorschlag findet in der Zivilgesellschaft großen Zuspruch. So berichtet I-3, dass die Buirer für Buir derzeit mit Greenpeace Energy die Gründung der ersten Bürgerenergie-Genossenschaft im Rheinischen Revier vorbereiten (I-3: 220-227). Auch I-2 vor der Gewerkschaftsinitiative GKG unterstützt das Konzept als Quelle neuer Arbeitsplätze (I-2: 84-89).

4.2.2 Arbeitsplätze

Im Rheinischen Revier arbeiten nach Angaben der Kommission WSB rund 9.000 Menschen in den Tagebauen und Kraftwerken der Braunkohlewirtschaft (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 77). Zwar zeigen sich die interviewten Gewerkschaftsvertreter generell entspannt, wenn es um das Thema Braunkohlearbeitsplätze geht. Doch zeigen die Gespräche mit ihnen auch: Es muss differenziert werden zwischen den Arbeitsplätzen älterer Beschäftigter einerseits und jungen Einsteigern in der Braunkohlewirtschaft andererseits. I-1 von der IG BCE Alsdorf vermutet, dass sofern die Empfehlungen der Kommission WSB umgesetzt werden, wohl keiner der derzeit Beschäftigten direkt „ins Bergfreie fällt“, also seinen Arbeitsplatz verlieren werde:

„[...] das Problem, dass wir für Kolleginnen und Kollegen Arbeit tatsächlich in anderen Bereichen suchen müssen, wird ein Schwerpunkt sein eher zum Ende hin. Also jetzt so aktuell mache ich mir da wenig Sorgen drüber“ (I-1: 136-141).

Mit dem APG-B (vgl. Kapitel 2.3) würde eine „weitgehende Absicherung“ der älteren Beschäftigten stattfinden, auch wenn es noch Details gebe, über die sich die IG BCE mit dem Unternehmen einigen müsse. Dazu gehörten etwa Aufstockungsbeträge zur Rente, die mit dem APG-B nicht vorgegeben werden (I-1: 169-176). Auch I-5 vom DGB NRW vermutet, dass ein Großteil der Braunkohlebeschäftigten bis zu ihrer Rente bei RWE wird arbeiten können (I-5: 399-403).

Ein Problem sieht I-1 von der IG BCE Alsdorf allerdings darin, neue Fachkräfte anzuwerben. Die Sorge unter jüngeren Beschäftigten sind groß:

„Wenn ich jemandem der unbefristet beschäftigt ist sage: Ja also pass mal auf, dein Arbeitsverhältnis endet aber 10 Jahre bevor du in Rente gehst, fragt der sofort, richtigerweise, was passiert mit mir denn dann?“ (I-1: 177-189; auch 255-261).

Dass sich neue ArbeitnehmerInnen für RWE entscheiden, ist für den weiteren Betrieb der Tagebaue und Kraftwerke unerlässlich. Bisher habe die Ausbildung bei RWE einen guten Ruf genossen (I-1: 214-219). Doch den allgemeinen Druck auf dem Ausbildungsmarkt bekäme auch die Braunkohlewirtschaft zu spüren (I-1: 224-233). Damit SchulabgängerInnen sich weiterhin für diese Branche entscheiden, brauche es attraktive Arbeitsbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und eine klare Perspektive für die Zeit nach dem Braunkohleausstieg (I-1: 177-189).

Beide Gewerkschaftsvertreter weisen darauf hin, dass bei einem Braunkohleausstieg aus politischen Gründen der Staat in der Pflicht sei, für die Absicherung alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie entsprechende Qualifizierung zu sorgen. Dem Vertreter des DGB NRW zufolge sollten dabei auch nachfolgende Generationen mitgedacht werden:

„Also wir reden ja nicht nur über Folgen für die jetzt Beschäftigten, sondern wir reden ja auch über die Folgen für die Kinder und die Enkel. Das ist den Leuten da vor Ort auch sehr klar. Und dafür muss eben auch Ersatz geschaffen werden“ (I-5: 23-34).

Ohne die Schaffung einer klaren Perspektive drohe der Verlust von Facharbeitskräften (I-5: 212-218). Landespolitikerin I-6 ergänzt, dass dieser Verlust auch ohne Entlassungen bevorstehe, da in den kommenden Jahren Stellen in der Braunkohlewirtschaft nicht mehr nachbesetzt werden (I-6: 431-433). Diesem Wertschöpfungsverlust für die Region möchte sie zwar entgegenwirken. Doch einen „eins zu eins Anspruch“ für Beschäftigte gebe es nicht (I-6: 32-35). So sei es ArbeitnehmerInnen zuzumuten, dass sie künftig zu ihrer Stelle pendeln oder nicht so viel verdienen, wie es in der Braunkohleindustrie mit ihren vergleichsweise hohen Löhnen möglich gewesen wäre (I-6: 56-72). Hier stößt das Land auf einigen Gegenwind. Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Kommunen wünschen sich, dass neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden, nicht nur in den Ballungszentren (I-1: 22-24; I-3: 327-335; I-6: 35-42). Auch die Zahlung von Tariflöhnen bezeichnet I-6 als ein ständiges Diskussions-thema zwischen Land und Gewerkschaften (I-6: 78-80).

Die Kommission WSB nimmt an, dass von jedem Braunkohlearbeitsplatz ein indirekter und ein induzierter Arbeitsplatz im Revier oder der weiteren Region abhängt. Indirekte Arbeitsplätze bezeichnen dabei diejenigen Stellen, die etwa aufgrund von Zulieferleistungen von der Existenz der Braunkohlewirtschaft abhängig sind. Induzierte Arbeitsplätze hingegen entstehen durch die Löhne bzw. den Konsum der Bergbaubeschäftigten. In die Berechnungen der Kommission WSB sind „Vorleistungs-, Konsum- und Investitionsgüterindustrie sowie [weitere] Kaufkrafteffekte“ (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 52) mit einbezogen worden. In den Interviews wurden insbesondere zwei Aspekte thematisiert: die energieintensiven Industrien sowie Dienstleister- und Zulieferbetriebe. 2018 berechnete eine Studie im Auftrag der drei Industrie- und Handelskammern Köln, Aachen und Mittlerer Niederrhein, dass die energieintensiven Industrien rund 93.000 Menschen in den drei Regionen beschäftigten (ETR und frontier economics 2018, S. 1). Dazu gehört etwa die Aluminiumindustrie in Neuss und Grevenbroich mit etwa 5.000 Be-

schäftigten (ebd., S. 43). Im Rheinischen Revier arbeiten laut Landespolitikerin I-6 50.000 Menschen in Industrien, die für ihre Produktion besonders viel Energie benötigen. Dort entstehe ein „Problemdruck“ durch steigende Energiepreise (I-6: 389-399). So sei etwa die Aluminiumindustrie gerade wegen der Nähe zum vergleichsweise günstigen Braunkohlestrom nach Neuss gezogen (I-6: 518-521). I-5 vom DGB NRW befürchtet, dass diese Industrien abwandern könnten, sofern die Strompreise steigen. Er warnt: „[W]ie die Energieversorgung abgesichert werden kann, wie die Energiepreise gehalten werden können, ist sicher nicht der alleinige Standortfaktor, aber ist ein Standortfaktor“ (I-5: 403-407).

I-3 von den Buirern für Buir befürchtet Entlassungen vor allem in den Betrieben, die der Braunkohlewirtschaft zuliefern oder Dienstleistungen für sie erbringen. Hier handele es sich oftmals um Sparten, die von RWE ausgelagert wurden und deswegen extrem abhängig von dem Unternehmen als Auftraggeber sind:

„Leute, die so ganz unangenehme Aufgaben machen wie die Brennkessel reinigen oder aber die Bandstraßen verlegen. Das sind sehr einfache Tätigkeiten, die sind dann an kleinere und mittlere Unternehmen hier in der Gegend vergeben worden. Die sind alle auf RWE zugeschnitten und genau das sind die Jobs, die verloren gehen“ (I-3: 540-556).

I-3 schätzt, dass es sich um einige tausend Beschäftigte im Rheinischen Revier handelt (ebd.). Die Kommission WSB sieht deutschlandweit etwa 500 Dienstleister- und Zuliefererbetriebe mit etwa 16.000 Beschäftigten „unmittelbar und mittelbar von der Kohle- und Energiewirtschaft“ abhängen (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 74). Diese Beschäftigten haben keinen Zugriff auf die Maßnahmen, die für die Braunkohlebeschäftigten entwickelt wurden. Sie würden in der Regel noch nicht mal von Gewerkschaften vertreten werden, wie I-3 anmerkt (I-3: 540-556). Tatsächlich wurden die Dienstleister- und Zuliefererbetriebe in den Interviews vom DGB NRW und der IG BCE Alsdorf nicht thematisiert. Im Bericht der Kommission werden Perspektiven für diese Arbeitsplätze vor allem in einer betrieblichen Neuausrichtung hin zum Handwerk gesehen, bzw. in der entsprechenden Weiterqualifizierung der Beschäftigten (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 86). Derzeit werde noch analysiert, welche Betriebe betroffen sind und wie sie unterstützt werden können, sagt Landespolitikerin I-6 im Juli 2019. Mit der Arbeitsagentur würden anschließend Fördermaßnahmen entwickelt werden (I-6: 433-447).

4.2.3 Die Rolle von RWE im Strukturwandel

Erneuerbare Energien spielen eine große Rolle in den Leitbildern für das Rheinische Revier. Die Region soll *Energierévier der Zukunft* werden (vgl. Kapitel 4.2.1). Ob dem derzeit im Rheinischen Revier tätigen Energieversorger RWE (kurz für *Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG*) bei diesen Plänen eine Rolle zukommt, ist noch unklar. Das Land sei im Gespräch mit RWE, sagt Landespolitikerin I-6 (324-330). Doch für den Konzern wäre es grundsätzlich naheliegend, die Entschädigungszahlungen des Bundes in Gegenden zu investieren, die besonders gut geeignet sind für Solar- oder Windenergie:

„[...] alle Gutachten sagen uns, wir werden vom Energieexport- zum Energieimportland und die Lagegunst ist höher in Süddeutschland für Sonnenenergie und die Lagegunst in Norddeutschland ist höher für Windenergie“ (I-6: 324-330).

Die Lösung dieses Problems soll das Projekt *Store to Power* bringen. Hierbei handelt es sich um eine hocheffiziente Speicherlösung mit Flüssigsalz, die RWE gemeinsam mit dem *Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt* in Jülich (DLR) entwickelt. Landespolitikerin I-6 erläutert:

„Und mit diesem Produkt kann man in einer Region, die 50.000 Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie hat ein besonderes Angebot machen, wenn wir in einer volatilere Energiewelt auch mit sowas wie einem Blackout rechnen müssen. Denn dieser Speicher im Gigawattbereich wäre schwarzstartfähig [und] kann man am Anfang noch mit Braunkohle füttern und später mit erneuerbarem Strom. Und das ist ein Produkt, das eigentlich nur Sinn macht im Umfeld von energieintensiver Industrie und nicht in der Nordsee [...].“ (I-6: 330-347).

Die Landesregierung erwartet, gemeinsam mit RWE eine Ausbaustrategie für erneuerbare Energien in der Region entwickeln zu können (I-6: 347-354). Hierzu fördert es auch ein Modellverfahren des Unternehmens zum Ausbau von Tiefengeothermie, also der Nutzung von Erdwärme zur Energiegewinnung (I-6: 362-364). Sowohl die Buirer für Buir als auch die IG BCE Alsdorf fordern von RWE eine Zusage über den weiteren Verbleib in der Region auch nach dem Braunkohleausstieg (I-1: 195-199; I-3: 522-529). Denn es sei einfacher, Arbeitsplätze bei RWE zu erhalten als neue zu schaffen, wie Landespolitikerin I-6 betont (I-6: 364-367).

Nicht nur aufgrund seiner Wirtschaftsleistung ist RWE wichtig für das Rheinische Revier. Das Unternehmen ist auch der größte Grundstückseigentümer in der Region. Die Flächen, die für den Braunkohleabbau benutzt werden, sind im Laufe der Jahre in das Eigentum des Unternehmens übergegangen. Grundlage hierfür ist das sogenannte Bergrecht, das Bergbauunternehmen das Recht einräumt, Flächen zu erstehen, unter denen sich Bodenschätze wie Braunkohle befinden. Kern der Problematik im Rheinischen Revier ist die Frage, wer entscheiden kann, was mit den ehemaligen Bergbauflächen nach dem Braunkohleausstieg geschehen wird. Sofern diese nicht zum Teil in den Besitz der Kommunen übergehen, werde eine starke Abhängigkeit von RWE bestehen bleiben und letztlich die Möglichkeit eines freien Strukturwandels stark einschränken, sagt I-4 von der Initiative ZKS:

„[Da] man weiterhin praktisch sich nicht emanzipieren kann von RWE, weil man gemeinsam mit RWE Flächen entwickeln muss. Weil sie der größte Flächenbesitzer hier in der Region sind. Also das ist schon auch ein großes Thema, diese Flächen: Inwieweit begrenzen Flächen jetzt die Möglichkeit des Strukturwandels und engen das Ganze ein“ (I-4: 355-366).

Auch I-3 von den Buirern für Buir sieht einen „unfassbaren Hebel“ im Flächenbesitz, selbst wenn RWE künftig keine Braunkohle mehr im Rheinischen Revier abbaut. Die Regionalpolitik würde dem Konzern gegenüber demütig reagieren:

„[...] wenn heute RWE sagt, wir wollen hier ein interkommunales Gewerbegebiet machen, wir haben schon mit der Hafengesellschaft Duisburg gesprochen und wir machen das dann zusammen mit denen in einer Entwicklungsgesellschaft, dann sind die Kommunen dankbar, dass RWE da kommt und das alles macht“ (I-3: 197-212).

I-5 vom DGB NRW weist auf das Risiko hin, dass die Flächen Brachen bleiben könnten. Das wäre insbesondere für die Ansiedlung neuer Industrien ein „Gau“. Allerdings schätzt er die Chancen für eine politische Lösung mittels Entschädigungszahlungen als gut ein (I-5: 234-239; 243-252). I-3 von den Buirern für Buir fordert, dass die Zahlungen an eine Bedingung gekoppelt werden. RWE soll seine Flächen an die Kommunen zurückgeben, um Entwicklungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft zu

schaffen (I-3: 227-233). Ein weiteres wichtiges Anliegen ist den Buirern für Buir zudem, dass für neue Gewerbeflächen zunächst Bestandflächen genutzt werden, bevor neue versiegelt werden (I-3:118-122).

4.3 Partizipation

4.3.1 Zivilgesellschaftliche AkteurInnen

In diesem Kapitel werden die zentralen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen im Rheinischen Revier vorgestellt. Die Zivilgesellschaft wird dabei in einem breiteren Sinne verstanden: Hierbei handelt es sich um alle nicht-staatlichen AkteurInnen, die durch Organisation in Vereinen, Verbänden und anderen Initiativen einen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben (BMZ 2019).

Gewerkschaften

Innerhalb der Gewerkschaftslandschaft gibt es mehrere Organisationen, die vom Strukturwandel im Rheinischen Revier betroffen sind. IG BCE und ver.di vertreten die Beschäftigten in den Tagebauen und Kraftwerken. Dem DGB NRW kommt als Dachorganisation eine weitere wichtige Rolle zu. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Rollen und Aufgaben dieser drei AkteurInnen geklärt sowie ihre bisherige politische Beteiligung im Strukturwandelprozess untersucht.

Der DGB NRW vertritt acht Mitgliedsgewerkschaften in elf DGB-Regionen. Das Rheinische Revier erstreckt sich über drei dieser Regionen. Der Braunkohleausstieg betrifft die beiden Mitgliedsgewerkschaften IG BCE und ver.di direkt: Die IG BCE vertritt die Interessen der Beschäftigten in den Tagebauen, während ver.di die ArbeitnehmerInnen in den Kraftwerken organisiert. Jedoch sind auch die IG Metall und andere DGB-Gewerkschaften von den Auswirkungen des Braunkohleausstiegs, etwa auf die energieintensiven Industrien, betroffen (I-5: 274-281; 281-289). Eine der Kernaufgaben des DGB NRW sieht I-5 daher in der Koordination interner Interessen zwischen den DGB-Regionen einerseits und den Gewerkschaften andererseits. Dabei gehe es dem Dachverband mehr um Schlichtung kleinerer Konflikte als um die Formulierung großer Visionen:

„Und dann kann es sein, dass wir gar nicht so sehr uns über das Ziel [der Jahre] 20, 30, 40, 50 unterhalten, also ‚Wir wollen bis 2050 die Industrie XY hier haben‘, das ist vielleicht gar nicht der Punkt. Sondern es geht vielleicht eher darum – gerade in den ersten Jahren wird das glaube ich auch der Fall sein – dass wir so eine Rolle haben, mit den Zielkonflikten vor Ort umzugehen“ (I-5: 289-302).

Aus diesem Grund werde der DGB NRW sich zunächst auch in der Debatte um Projektideen für das Rheinische Revier zurückhalten und keine eigenen Vorschläge einbringen (I-5: 77-80).

Stattdessen möchte er zunächst eine gemeinsame Position aller Mitgliedsgewerkschaften zum Strukturwandel formulieren (I-5: 267-274). Weiter sei es wichtig, die Beteiligung der Gewerkschaften bei der Umsetzung des Kommissionsberichts sicherzustellen. Der Verband fordert, dass die Empfehlungen der Kommission WSB eins zu eins umgesetzt werden (I-5: 39-47). Eine Mitsprache der Gewerkschaften ist in dem Bericht zwar vorgesehen, etwa bei den Verhandlungen über die Maßnahmen für die Beschäftigten (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019,

S. 70). Sie ist politisch aber noch nicht festgeschrieben. Das Interview mit dem DGB NRW wurde im Juli 2019 geführt, kurz nachdem die *Revierknoten* ins Leben gerufen worden waren. Zu diesem Zeitpunkt war es dem Verband ein konkretes Anliegen, in allen sechs Facharbeitskreisen vertreten zu sein und dort die Perspektive der Beschäftigten einbringen zu können (I-5: 119-134; 134-142). Weiter möchte der DGB NRW auch in der ZRR ein Mitspracherecht bekommen, in der bisher nur die IG BCE als Gesellschafterin vertreten ist (I-5: 111-119). Der Vertreter des DGB NRW zeigt sich optimistisch, dass es zwischen Land und Gewerkschaftsbund zu einer zufriedenstellenden Einigung über die Beteiligung an den *Revierknoten* kommen wird (I-5: 163-172). In Nordrhein-Westfalen werde eine „Beteiligungskultur“ gepflegt, die es so in anderen Bundesländern nicht gebe (I-5: 366-370). So ist der DGB NRW beispielsweise seit 2014 Mitglied des *Klimadiskurs NRW*, der AkteurInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringt (I-5: 357-364).

Es besteht eine Arbeitsteilung zwischen dem DGB NRW einerseits und den beiden Gewerkschaften IG BCE und ver.di andererseits. Ersterer koordiniert wie oben beschrieben interne Positionen und setzt sich auf Landesebene für die Mitsprache der Gewerkschaften im politischen Prozess des Strukturwandels ein. IG BCE und ver.di hingegen sind für die betriebliche Ebene verantwortlich. Das heißt, sie kümmern sich um konkrete Fragen der Beschäftigungsabsicherung (I-5: 262-267; 64-66). Der Gesprächspartner der IG BCE Alsdorf berichtet: Parallel zur Gesetzgebung auf Bundesebene bereiteten er und seine KollegInnen bereits neue Tarifverträgen und andere betriebliche Vereinbarungen vor. Besonders erste Regelungen zum APG-B (vgl. Kapitel 2.3) würden mit Spannung erwartet werden (I-1: 693-704). Die personalwirtschaftliche Gestaltung des Ausstiegs gehen mit einem großen Aufwand für Unternehmen und die zuständigen Gewerkschaften einher:

„[...] gerade bei APG muss ich organisieren: Wer kann denn wo aufhören, wo brauche ich denn wen? Das ist also eine riesen Aufgabe, die da noch personalwirtschaftlich vor dem Unternehmen steht, die wir auch als Betriebsräte und Gewerkschaften begleiten müssen“ (I-1: 708-716).

Die IG BCE Alsdorf steht in regelmäßigem Kontakt zu ihren Schwesterorganisationen in den anderen Braunkohleregionen und stimmt sich in ihrem Vorgehen ab (I-1: 724-733).

Generell gebe es einen starken Zusammenhalt zwischen den Bergbaubeschäftigten und ihrem Unternehmen, eine „Loyalität“, die mit anderen Branchen nicht vergleichbar sei, sagt der I-1: „[Sie kriegen] das Unternehmen und die Beschäftigten nicht auseinanderdividiert, weil die haben da einfach gemeinsame Interessen“ (I-1: 575-587). Als „verlängerter Arm“ des Unternehmens will die Gewerkschaft sich aber nicht verstanden wissen (I-1: 587-595). Auch I-5 vom DGB NRW warnt davor, Gewerkschaften generell eine Stellvertreterpolitik für RWE zu unterstellen. Vielmehr wünsche er sich die Rolle des „ehrlichen Maklers“ im Strukturwandel, der unabhängig die verschiedenen interne Interessen koordiniert und artikuliert (I-5: 302-309).

Ebenso wie der DGB NRW setzt die IG BCE Alsdorf sich für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission WSB ein. Sie stehe dazu in Kontakt mit wichtigen regionalen AkteurInnen wie der Kommunalpolitik, Industrie- und Handelskammern und der Arbeitsagentur (I-1: 550-559). I-1 zeigt sich grundsätzlich zufrieden mit den

Empfehlungen der Kommission, da sie Klarheit schaffen und eine Planung ermöglichen würden (I-1: 264-268). Weitere öffentliche Debatten über den Braunkohleausstieg, die etwa von der Bewegung *Fridays for Future* angestoßen werden, sieht er skeptisch (I-1: 274-277). 2016 rief die IG BCE Alsdorf die Aktion *Schnauze voll* ins Leben. Dabei handelt es sich um eine Protestaktion, die zum Teil auch durch ver.di-Mitglieder aus den Kraftwerken unterstützt wurde. Sie sei als Reaktion auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen entstanden, gegen die die Beschäftigten lautstark ein Zeichen setzen wollten, sagt I-1. Er erzählt von ihren Beweggründen:

„Weil einfach in der Tat, die kriegen immer wieder auf die Schnauze, wie man bei uns sagen würde. Ob das jetzt Politik ist mit Energiepolitik, wenn man auch mal 2015 die ganzen Diskussionen vor der Sicherheitsbereitschaft sehen, wenn man die Unternehmen sehen, die unsere Leute die Zeche zahlen lässt und wenn man die Umweltaktivisten sieht, die zwar immer das Unternehmen treffen wollen, aber nicht begreifen, dass sie damit eigentlich die Menschen, die dort arbeiten tief ins Mark getroffen haben“ (I-1: 286-294).

Die Initiative rief im Oktober 2018 zu einer Großdemonstration von Bergbaubeschäftigten auf. Rund 30.000 Menschen, auch aus anderen Industriesparten und Bergbauregionen, kamen in Revierstadt Elsdorf zum gemeinsamen Protest (Tagesschau 2018b). Nach der Veröffentlichung des Berichts der Kommission WSB im Januar 2019 sind die Proteste leiser geworden. Die IG BCE Alsdorf warte die politischen Entwicklungen ab, sagt I-1. Er schließt weitere Aktionen aber nicht aus, sollten die Empfehlungen der Kommission nicht umgesetzt werden (I-1: 329-331; 716-724).

Die Aktion *Schnauze voll* wird durchaus auch kritisch gesehen. Im Oktober 2018 zogen etwa 100 IG BCE-Mitglieder vor das Privathaus des Kommissions-Mitglieds Antje Grothus in Buir, um dort mit Plakaten, Trillerpfeifen und Protestrufen die Ruhe zu stören. Die IG BCE distanzierte sich anschließend von den Geschehnissen (Spiegel Online 2018). I-1 betont, dass seiner Gewerkschaft Gewaltfreiheit wichtig sei (I-1: 357-360). Dennoch bleibt die Frage, ob auch der gewaltfreie Protest der IG BCE womöglich einen zu starken Fokus auf Personen und deren politische Haltung legt und damit Aktionen wie die in Buir begünstigt. Diese Kritik formuliert unter anderem die Klimainitiative GGK in einer Stellungnahme zu dem Vorfall (Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz 2018). Ver.di-Mitglied I-2 von der Initiative erzählt, dass seine Gewerkschaft sich von den verschiedenen Protestaktionen der IG BCE distanziert habe, nachdem anfangs einige betriebliche ver.di-Mitglieder daran teilgenommen hätten (I-2: 371-374). Die gewerkschaftliche Klimainitiative habe sich 2016 unter anderem als eine Reaktion auf die Aktion *Schnauze voll* gegründet, sagt I-2. Die Gruppe besteht aus etwa 100 GewerkschaftlerInnen, die größtenteils aus Nordrhein-Westfalen stammen und überwiegend ver.di angehören. Ihr Anliegen ist es, Aktionen für einen besseren Klimaschutz zu unterstützen. So hätten die dort organisierten GewerkschafterInnen zweimal am *Klimacamp* teilgenommen, einem Protestcamp der Klimabewegung im Rheinischen Revier, sowie andere Demonstrationen und Aktionen für Klimaschutz begleitet, sagt I-2. Derzeit liege der Fokus der Initiative darauf, Anträge zum Klimaschutz bei ver.di einzubringen und so die Gewerkschaftspolitik zu beeinflussen (I-2: 233-247; 250-263). Auf der Landesbezirkskonferenz im März 2019 sind vier Anträge der GGK verabschiedet worden, unter anderem zu einer ver.di-Position zur Beendigung der Braunkohleverstromung bis 2030

und zur Organisation von Debatten zum Strukturwandel unter ver.di-Mitgliedern (I-2: 126-130; 132-133; vgl. auch Kapitel 4.3.3).

Derzeit prägt vor allem die IG BCE mit Aktionen wie *Schnauze voll* den gewerkschaftlichen Diskurs um den Braunkohleausstieg. Dabei organisiert auch ver.di einen großen Teil der Beschäftigten in den Braunkohlekraftwerken und ist als Gewerkschaft ebenso vom Strukturwandel betroffen wie die IG BCE. Grundsätzlich hätte ver.di das Problem des Klimawandels erkannt, sagt I-2. Die Gewerkschaft müsse aber auch den teils diversen Interessen ihrer Mitglieder nachkommen (I-2: 7-10). Dieser Balanceakt verlaufe nicht immer konfliktfrei. Ver.di bestehe aus mehreren Fachbereichen mit teilweise unterschiedlichen Positionen zum Braunkohleausstieg. So sei es möglich gewesen, dass sich ver.di-Mitglieder in den Braunkohlekraftwerken den Protesten der IG BCE anschlossen, während ihre Gewerkschaft zuvor auf Bundesebene einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohle beschlossen hatte (I-2: 46-53; 57-59). I-2 weist zudem darauf hin, dass es für Gewerkschaften womöglich schwierig werden könnte, die Beschäftigten in Unternehmen der erneuerbaren Energien zu organisieren. Vor allem die IG BCE würde bei so einer Neuaufstellung in der Region voraussichtlich Mitglieder verlieren, da die Tätigkeiten in den erneuerbaren Energien in den Zuständigkeitsbereich von ver.di fallen würden. Hinter der Frage, welche Neuansiedlungen in der Region stattfinden sollen, könnte I-2 zufolge auch ein interner Konkurrenzkampf stehen (I-2: 429-437; 453-461).

Bürgerinitiativen

Die Gestaltung der eigenen Lebensumgebung: So beschreibt ein Mitglied der Buirer für Buir das zentrale Anliegen der Initiative, die sich vor 12 Jahren zu einem Verein zusammengeschlossen hat und seitdem im Rheinischen Revier aktiv ist (I-3: 31-34). Der Ort Buir umfasst etwa 4.000 Einwohner. Er gehört zur Stadt Kerpen und liegt rund fünf Kilometer vom Tagebau Hambach entfernt. Der Verein verschreibt sich dem Umwelt- und Naturschutz sowie der Kulturförderung in der Region (Buirer für Buir 2019). Mit dem Thema Strukturwandel beschäftigen sich die Buirer für Buir seit 2016. Damals veröffentlichten sie die *Rote Linie A4*, ein Gegenkonzept zum fortschreitenden Braunkohleabbau. Dieser sollte an der alten Autobahn A4, die durch den Hambacher Forst verlief, gestoppt werden. Auf den so erhalten gebliebenen Flächen nahe dem Waldgebiet sah das Vereinskonzep Erholungsmöglichkeiten, Kulturangebote und ein Museum zur Revier-Geschichte vor (Buirer für Buir 2016).

Parallel zum Einsetzen der Kommission WSB hat sich ein weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur gegründet. Der ZKS besteht aus etwa 25 Organisationen, vom BUND über Kirchenkreise bis zu den Buirern für Buir und engagierten Privatpersonen. Gemeinsam entwickelten diese die *Revierperspektiven Rheinland – gutes Leben, gute Arbeit* (I-3: 70-83). Das Konzept formuliert Leitlinien für den Strukturwandel im Rheinischen Revier (vgl. Kapitel 4.2.1).

In beiden Initiativen besteht eine Unzufriedenheit über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Diese werden zwar im Bericht der Kommission WSB erwähnt, doch es fehle an konkreten Vorschlägen, sagt der Interviewpartner der Buirer für Buir (I-3: 100-111). Eine Forderung der AnwohnerInnen-Vertreterin in der Kommission, dass zehn Prozent der Gelder in „bürgernahe Projekte und Bürgersupport“ fließen,

konnte nicht verankert werden (I-4:166-170). Die beiden zivilgesellschaftlichen Initiativen, bei in denen es personelle Überschneidungen gibt, wünschen sich Mitbestimmung in der ZRR über einen Beirats- oder Aufsichtsratsitz. Die Initiativen könnten so über Fragen wie Flächennutzung und Projektförderung mitentscheiden, sagt ZKS- und Kommissionsmitglied I-1 (111-118). Das ist derzeit nicht der Fall. Nach Einschätzung von I-3 sei eine Sitz der zivilgesellschaftlichen Initiativen in der ZRR politisch nicht gewollt, da diese „durchaus kritische Geister sind und eigene Ideen auch haben und vor allem eigene Vorstellungen, die völlig gegensätzlich sind zu dem was hier zum Teil passiert“ (I-3: 194-197). Der ZKS solle daher zeitnah ebenfalls eine Vereinsform bekommen, die es immerhin ermöglichen würde, sich auf Vergabeverfahren für Projekte zu bewerben. Weiter würde es die Vereinsform auch erlauben, den Einlass in zentrale Gremien des Strukturwandels auf rechtllichem Wege zu verfolgen (I-3: 89-94).

Das interviewte Mitglied der Kommission WSB weist darauf hin, dass Mitbestimmung der BürgerInnen beim Strukturwandel von entscheidender Bedeutung sei. Nur so könnte einer „Ohnmacht“ entgegengewirkt werden, die durch jahrzehntelangen Braunkohleabbau bei den AnwohnerInnen der Region entstanden sei (I-4: 151-160). Das Mitglied der Buirer für Buir befürchtet, dass ohne Mitsprache Konflikte um die Vergabe der Gelder entstehen würden: „[...] die einen bekommen eher was, die anderen später, die bekommen gefühlt mehr, da hat sich einer mehr eingesetzt, warum unser Bürgermeister nicht und so weiter“. Partizipation am Strukturwandelprozess sei in diesem Sinne wichtig, um die Region wieder zu befrieden (I-3: 266-282, vgl. Kapitel 4.4). Es ist unklar, ob der ZKS auf dem rechtlichen Wege zu einem Sitz in der ZRR gelangen wird. Sollte dies der Fall sein, muss dort über die Formalien der Mitbestimmung gesprochen werden. Schon jetzt ist die ehrenamtliche Arbeit in den Initiativen mit einem hohen Aufwand verbunden (I-3: 145-149). Ein Sitz in der ZRR für Bürgerinitiativen müsste also mit finanziellen Kompensationen verbunden sein und gegebenenfalls weitere Ressourcen erhalten, etwa die Beratung durch ExpertInnen bei Fachthemen (vgl. ZKS 2019, S. 18).

Wissenschaft

Das Rheinische Revier hat eine gute räumliche Anbindung an eine Vielzahl von Forschungsinstitutionen. Die renommierte Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH) sowie das Forschungszentrum Jülich, eines der größten Forschungseinrichtungen Europas, liegen im Kerngebiet der Braunkohleregion. Köln, Bonn, Düsseldorf und weitere Hochschulstandorte sind in unmittelbarer Nähe. Die Einbettung in eine dichte Forschungslandschaft sei zwar grundsätzlich ein Vorteil für den Strukturwandel im Rheinischen Revier, sagt Landespolitikerin I-6. Doch weist sie darauf hin, dass die Schwerpunkte in Jülich und Aachen bisher auf der Grundlagenforschung lagen. Um mit Forschung wirtschaftliches Wachstum zu fördern, brauche es vor allem Anwendungsnahe:

„Und jetzt ist die Frage: Wie können wir im Forschungszentrum oder in der RWTH das so weit aufbrechen, dass sie auch für Ausgründungen, für kleine und mittlere Betriebe, für Wertschöpfung im Rheinischen Revier Dinge auf die Straße bringen“ (I-6: 447-459).

I-5 vom DGB NRW befürchtet, wie in Kapitel 4.2.1 bereits herausgearbeitet wurde, dass ein großer Teil der Strukturwandel-Gelder in die Entwicklung neuer Technolo-

gie investiert werden könnte und nicht in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Vor solch einer Entwicklung warnt er im Interview mehrfach, denn „[...] es geht um die Entwicklung der Region. Es geht nicht nur um die Entwicklung der Hochschulstandorte“ (I-5: 202-212). Er betont eine andere Rolle der Wissenschaft im Strukturwandel: Sie sei in der Lage, im Dialog mit verschiedenen gesellschaftlichen AkteurInnen Zielkonflikte zu analysieren und zu lösen (I-5: 494-504). In Nordrhein-Westfalen gebe es vergleichsweise viel Austausch zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften. Einerseits sei der Gewerkschaftsbund „auf Zuarbeit angewiesen“ wenn es um Zukunftsfragen gehe. Gleichzeitig helfe der Austausch mit einem Praxispartner der Wissenschaft aber auch, ihre Fragestellungen zu schärfen: „Also da findet schon viel statt, ich würde mal behaupten, da findet viel mehr statt, als vor 10 Jahren oder vor 20 Jahren“ (I-5: 488-494; 505-507). Wichtig sei, dass der Austausch „auf Augenhöhe“ geschehe und Forschungsergebnisse zeitnah veröffentlicht werden würden:

„Und zwar nicht, wenn man jetzt ein Projekt akquiriert hat, dann zieht man sich zwei Jahre zurück und forscht und dann kriegen wir ein Buch zugeschickt – so wird das nicht funktionieren. Sondern [...] dass wir viel stärker, viel stärker als jetzt, mal in den Austausch kommen müssen“ (I-5: 470-478).

Dafür seien die Voraussetzungen in NRW mit seiner dichten Hochschullandschaft grundsätzlich gut (I-5: 504-505). Als ein gelungenes Beispiel von Austausch zwischen Wissenschaft und Gewerkschaft nennt I-5 das Programm *NRW 2020*. Es wurde 2015 vom DGB NRW ins Leben gerufen mit dem Ziel, bis 2020 eine halbe Millionen versicherungspflichtige Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Ein wissenschaftlicher Beirat stellte die fachliche Begleitung:

„[...] was ich als besonders fruchtbar empfunden habe bei den Beiratssitzungen *NRW 2020*, das war, dass die Gewerkschafter [...] mal mit Fragen an die Wissenschaft herangetreten sind, die sie in ihrem Alltag gerade umtreiben“ (I-5: 478-488).

Ein weiteres Beispiel, wie Forschung den Strukturwandel womöglich begleiten kann, kommt aus der Bürgerbewegung im Rheinischen Revier. I-3 von den Buirern für Buir berichtet von der Zusammenarbeit mit einem Partizipationsforscher vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI). Zusammen mit ihm möchte die Bürgerinitiative einen Partizipationsprozess für das Rheinische Revier entwickeln (I-3: 243-252). I-3 wünscht sich, dass Forschung als eine „übergelagerte Instanz“ Empfehlungen an die Politik gebe. In dieser vermittelnden Funktion könne sie weiterhin womöglich zur Lösung von sozialen Konflikten in der Region beitragen (I-3: 483-487).

4.3.2 Zur Kommission WSB

Zwischen Juni 2018 und Januar 2019 haben VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft sowie Politik und Gewerkschaften im Rahmen der Kommission WSB einen gemeinsamen Kompromiss zum Braunkohleausstieg ausgehandelt (vgl. Kapitel 2.3). Ihre Empfehlungen haben einen großen Einfluss auf das Datum des Ausstiegs und mögliche Instrumente seiner sozialen Abfederung. Sie sind zwar nicht bindend. Doch werden die Ergebnisse der Kommissionsarbeit von vielen AkteurInnen als gesellschaftlicher Konsens verstanden, den die Politik nun umzusetzen hat (vgl. u.a. die Forderungen des DGB NRW und der IG BCE Alsdorf in Kapitel 4.3.1). Im Folgenden soll reflektiert werden, inwieweit die Kommission ein Beispiel für ein gelungenes partizipatives Verfahren im Strukturwandel darstellt. Dabei kann

unter anderem auf ein Interview mit einer AnwohnerInnen-Vertreterin in der Kommission (I-4) zurückgegriffen werden.

Diese berichtet, dass in den insgesamt neun Sitzungen der Kommission mehr als 80 ExpertInnen zu Anhörungen geladen worden seien. Der eigentliche Austausch zwischen den Mitgliedern hätte erst danach stattgefunden. Arbeitsgruppen bereiteten einen Teil des zu diskutierenden Textmaterials vor (I-4: 68-80; 289-299). I-4 beschreibt die Erstellung der Kommissionsempfehlungen als einen „intransparenten“ Prozess: „[...] da war es eben auch so, dass teilweise vollkommen unklar war: Woher kommen die Textbausteine, wer hat die eingespeist?“ (I-4: 248-255). Das sei problematisch gewesen, da den AnwohnerInnen-Vertreterinnen die personellen und zeitlichen Ressourcen für eine tiefergehende Bearbeitung der Texte eigentlich gefehlt hätten:

„[...] man musste also jedes Mal unheimlich wachsam sein und eigentlich eins zu eins gucken, was wurde rausgestrichen, was ist neu reingekommen. Und das war eine riesige Herausforderung für uns. Wenn man nicht fünf Leute hat, die im Hintergrund diese Texte dann durcharbeiten“ (I-4: 255-264).

Während die meisten Kommissionsmitglieder eine Organisation hinter sich hatten, waren die beiden AnwohnerInnen-Vertreterinnen aus der Lausitz und dem Rheinischen Revier als eigenständige Akteurinnen in die Kommission berufen worden. Das sei mit einer Ungleichverteilung der Ressourcen einhergegangen, sagt I-4. Zwar hätten die beiden eine inhaltliche Begleitung an die Seite gestellt bekommen. Doch ein Großteil der organisatorischen Aufgaben und Kommissionsgeschäfte sei allein zu bewältigen gewesen:

„[Die anderen Mitglieder] stehen da ja für große Organisationen, die halt ihre festen Forderungskataloge haben und die einen riesen Apparat hinter sich haben. [...] Wir waren unsere eigenen Referenten, unsere eigenen wissenschaftlichen Mitarbeiter, unsere eigenen Bürokräfte, unsere eigenen PR-Leute und Presseleute“ (I-4: 80-90).

Sie spricht sich daher dafür aus, dass in zukünftigen ähnlichen Kommissionen alle berufenen Mitglieder mit zusätzlichen personellen Ressourcen ausgestattet werden, etwa in Form einer ReferentInnen-Stelle. Einen entsprechenden Antrag, den sie bereits für Mitarbeit in der Kommission WSB gestellt hatte, sei abgelehnt worden (I-4: 271-277).

Die von I-4 bemängelte Intransparenz setzt sich ihrer Meinung nach im Gesetzgebungsprozess weiter fort. Bereits im ersten Entwurf zum StStG seien viele Punkte, die die AnwohnerInnen-Vertreterinnen in den Kommissionsbericht noch verankern konnten, nicht übernommen worden (I-4: 323-328). Das beträfe etwa Passagen zur Bürgerbeteiligung sowie eine generelle Förderung von nicht-wirtschaftlichem Strukturwandel (I-4: 350-354; 161-166). Politische Netzwerke stünden hier einer Partizipation im Weg, die sich auch in Gesetzgebung niederschläge:

„Also wenn jetzt ein Gewerkschafter oder ein Präsident vom BDI [...] einen Termin bei Wirtschaftsminister Altmaier will, dann schreibt er einen Brief und kriegt den Termin. Wenn ich einen Brief schreibe, dann kommt der schon mal gar nicht bevorzugt bei Herrn Altmaier an [...]“ (I-4: 316-323).

Der Zivilgesellschaft fehle die Möglichkeit, den Weg von den Empfehlungen zur Gesetzgebung weiter zu begleiten. Beteiligung, die es in der Kommission noch gegeben habe, würde so zu einer „Scheinbeteiligung“ werden (I-4: 329-338).

Während sich die interviewten Vertreter der Gewerkschaften weitestgehend zufrieden mit den Empfehlungen der Kommission zeigen, bemängeln die GesprächspartnerInnen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen I-3 und I-4 dessen inhaltliche Ausrichtung. I-4 kritisiert, dass Wirtschaftswachstum und Industrieförderung in der Kommission eine zu große Rolle gespielt hätten (I-4: 51-60). Auch I-3 von den Buirern für Buir erkennt in den Empfehlungen einen Fokus auf dem Industriesektor. Weitergehende Ideen für die Zielrichtung des Strukturwandels würden fehlen (I-3: 353-361). Doch die beiden InterviewpartnerInnen aus Bürgerinitiativen sehen die Empfehlungen nicht nur kritisch: So betont I-4, dass das Ausstiegsdatum, das im Bericht formuliert wurde, ein Erfolg sei. Dies gelte insbesondere für das „Energiland“ Nordrhein-Westfalen, das sich jahrelang durch seine Blockadehaltung ausgezeichnet habe (I-3: 229-239). Auch, dass das Thema Nachhaltigkeit im Kommissionsbericht immer wieder Erwähnung finde, sei ein hart errungener Erfolg (I-3: 361-368).

4.3.3 Möglichkeiten der Beteiligung

In den Gesprächen mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und dem Land wurden fünf Ideen für eine Partizipation zivilgesellschaftlicher AkteurInnen am Strukturwandel genannt. Diese werden im Folgenden erläutert.

Im Interview mit der IG BCE Alsdorf wurde der allgemeine Wunsch nach Plattformen geäußert, die den Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen ermöglichen. Als konkretes Beispiel nennt I-1 Bürgerversammlungen. Dazu sei aber zunächst wichtig festzulegen, wer überhaupt vom Strukturwandel betroffen ist, also wo das Rheinische Revier endet. Denn eine offizielle Grenzziehung gebe es bisher nicht (I-1: 474-485). Ziel des Austauschs soll die gemeinsame Reflexion über die zukünftige Ausrichtung der Region sein: „Wie stellt ihr euch die Zukunft hier im Rheinischen Revier vor? Und was braucht ihr eigentlich, was wollt ihr?“ (I-1: 506-510). Auch das ver.di-Mitglied I-2 von der Initiative GGK möchte solche Fragen diskutieren. Er kritisiert, dass die gewerkschaftliche Debatte zum Strukturwandel derzeit vor allem unter Vertrauensleuten und in geschlossenen Gremien stattfinde. So werde nicht das volle Spektrum der Meinungen abgebildet. Er fordert daher eine Öffnung der Diskussion und die Entwicklung einer Vision mit allen Mitgliedern:

„Ja wie soll es denn überhaupt weitergehen? Und was sind unsere Vorstellungen? Warten wir, dass ein neuer Konzern kommt und uns ja alle praktisch irgendwie weiter beschäftigt? Oder entwickeln wir da eben auch eigene Vorstellungen?“ (I-2: 201-215).

Seine Initiative fordert, dass ver.di in den Regionen, die vom Braunkohleausstieg betroffen sind, einen Austausch unter allen Mitgliedern organisiert (I-2: 126-130). Die Debatte würde so deutlich geöffnet werden, da auch Fachbereiche außerhalb der Braunkohlewirtschaft einbezogen werden würden, sagt I-2. Ein entsprechender Antrag sei bereits auf der ver.di-Landesbezirkskonferenz im März 2019 verabschiedet worden und wird im September auf dem Bundeskongress diskutiert (I-2: 132-133).

Welche Möglichkeiten die Gewerkschaften haben, die Ansichten ihrer Mitglieder in einem Prozess wie dem Strukturwandel abzufragen und einzubinden, wird auch von I-5 vom DGB NRW diskutiert. Grundsätzlich seien die Beteiligungsverfahren in den einzelnen Gewerkschaften sehr unterschiedlich und hingen auch von der Betriebsgröße ab. In der Braunkohlewirtschaft würden noch konventionelle Strukturen

vorliegen: Die Mitglieder melden ihre Anliegen einzeln an die Gewerkschaft, die ihre betrieblichen Interessen dann gegenüber dem Arbeitnehmer vertritt (I-5: 342-346; 328-336). An Methoden für kollektive Stimmungsbilder versuche sich derzeit die IG Metall, sagt I-5. Sie führte jüngst eine Umfrage unter ihren Mitgliedern in 2.000 Betrieben zur Transformation der Arbeitswelt durch. Aus den Ergebnissen leitet sie politische Forderungen auf Bundesebene ab (I-5: 336-342; vgl. auch IG Metall 2019).

Auch die Bürgerinitiativen im Rheinischen Revier setzen sich für mehr Mitsprache in den bevorstehenden Prozessen ein. Ein Vorschlag der Bürger für Bürger hierfür ist das Verfahren der Planungszellen. Dabei handelt es sich seinem Erfinder Peter Dienel zufolge um ein „aufgabenorientiertes, zeitlich genau befristetes Tätigwerden an einem konkreten, zur politischen Lösung anstehenden Problem für jedermann und -frau“ (Dienel 2001, S. 172). Der genaue Vorgang wird hier mit den Worten von I-3 wiedergegeben:

„[...] also das würde bedeuten, man zieht Menschen durch Zufallsgenerator aus dem Einwohnermelderegister zusammen, setzt sie in kleine Gruppierungen, stellt ihnen Experten an die Seite, die sie beraten. Und diese Menschen erarbeiten Lösungen und Ideen oder entwickeln Fragestellungen, die bearbeitet werden müssen. Und dann gibt es wieder die nächsten, die das wieder aufgreifen“ (I-3: 285-300).

I-3 weist darauf hin, dass ein solches Verfahren nur von der Landesregierung implementiert werden könne, da es sehr teuer und aufwändig ist (ebd.). Lösungsvorschläge, die eine kleine Gruppe zufällig ausgewählter BürgerInnen in Planungszellen zusammen mit ExpertInnen erarbeitet, könnten dann etwa als Gutachten mit verbindlichem Charakter an politische Entscheider weitergereicht werden. I-3 betont, dass so getroffene Entscheidungen eine hohe Akzeptanz unter den BürgerInnen fänden (I-3: 285-300).

Die Landesregierung sieht vor allem die AkteurInnen vor Ort in der Verantwortung, partizipative Prozesse aufzusetzen. Der ZRR solle zeitnah ein Budget für eine „professionelle Bürgerbeteiligung“ bewilligt werden, sagt Landespolitikerin I-6 im Juli 2019. Damit könne diese wiederum einen Dienstleister beauftragen, der sich mit der Frage der Einbindung von BürgerInnen befasst (I-6: 229-240; 282-286). Auf Landesebene stellt sie sich eher eine Förderung vor, die einzelne AkteurInnen mit Gestaltungsressourcen ausstattet. Die Idee der *Zukunfts-Schecks* für das Rheinische Revier zielt in eine solche Richtung. Diese haben ihr Vorbild in einem Programm des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW. Im Rahmen des Förderprogramms *Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet* bezuschusst das Land seit 2018 mit sogenannten *Heimat-Schecks* Projekte von Initiativen und Vereinen mit bis zu 2.000 Euro, die sich auf regionaler Ebene mit dem Thema Heimat auseinandersetzen (Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW 2019, 7f.). Ähnliches kann sich I-6 auch für das Rheinische Revier vorstellen: Bei den *Zukunfts-Schecks* würde es sich ihr zufolge dann um eine leicht zugängliche Förderung für kleine Projekte handeln, die dem Strukturwandel zu Gute kämen. I-6 vermutet, dass diese Art von Förderung gerade im Rheinischen Revier mit seiner aktiven Zivilgesellschaft gut funktionieren würde (I-6: 248-265). Statt nach der großen gemeinsamen Vision zu suchen, wie Gewerkschaften und Bürgerinitiativen es fordern, bewegt die Landesre-

gierung sich mit den *Zukunfts-Schecks* im Spannungsfeld zwischen Lenkung und dezentraler Innovationskraft. Genau das mache Strukturwandel aus, sagt I-6:

„Für mich ist Strukturwandel eher, einen Möglichkeitsraum zu schaffen und sehr dezentral auch Spielräume einzuräumen, sich Sachen auszudenken, die eben nicht gesteuert sind. Und die Schwierigkeit ist gleichwohl, dass dieser Prozess so zielgerichtet stattfindet, dass sich am Ende ein neues Bild ergibt“ (I-6: 240-248).

So oder so ist die Idee der *Zukunfts-Schecks* bisher vor allem eine Idee: Noch fehle ein passender Träger dafür, sagt I-6. Auch eine zukünftige Umsetzung ist unsicher: I-6 vermutet im Juli 2019, dass die Bundesregierung ein „investitionslastiges“ Programm für die Braunkohleregionen verabschieden werde, das wenig Raum für kleine Förderzuschüsse lasse (I-6: 261-271).

4.4 Sozialer Frieden

Während der Interviews wurde schnell deutlich, dass die Fronten zwischen mehreren AkteurInnen im Rheinischen Revier stark verhärtet sind. Sowohl Bürgerinitiativen als auch Gewerkschaften berichten von sozialen Konflikten, die sich vor allem entlang zweier regionaler Themen entfalten: der geplanten Rodung des Hambacher Forstes und den Umsiedlungen aufgrund der fortschreitenden Braunkohletagebaue. Die Streitfragen werden im Folgenden kurz dargestellt.

4.4.1 Konfliktherd Hambacher Forst

Der Hambacher Forst ist ein Waldstück am Tagebau Hambach, dessen Rodung seit einigen Jahren durch eine Besetzung verhindert wird. Im Sommer 2019 kam es zu einer großangelegten Räumung der Baumhaus-Siedlungen, die mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Protesten einherging. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) klagte zeitgleich gegen den Hauptbetriebsplan 2018 bis 2020 des Tagebaus Hambach, der eine Rodung des Waldes vorsah, und verzeichnete im Oktober 2018 einen ersten Erfolg: Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen untersagte die Rodung, bis über die Klage der Naturschützer entschieden worden war (Tagesschau 2018a). Daraufhin wurde die Räumung des Waldes vorerst beendet. Im Februar 2019 verkündete NRW-Ministerpräsident Armin Laschet im Landtag eine Zusage von RWE, den Wald bis 2020 nicht roden zu wollen (Tagesschau 2019b). Dieses Einlenken hat seine Ursache womöglich auch in den Empfehlungen der Kommission WSB, in denen die Erhaltung des Hambacher Forstes als „wünschenswert“ bezeichnet wird (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 63). Ob und in welchem Ausmaß auch Gewalt zum Alltag der Besetzung gehört, ist ein vieldiskutiertes Thema. Die Polizei erklärte das Gebiet in und um den Hambacher Forst im Sommer 2019 zwischenzeitig zum sogenannten *Gefährlichen Ort*. Unter anderem hatten UmweltaktivistInnen Beamte während der Räumung mit Fäkalien beworfen. Zwischen 2015 und 2018 registrierte die Polizei insgesamt 1.674 Verdachtsfälle auf Straftaten (Tagesschau 2019a). Bis Ende des Jahres 2018 gingen jedoch auch 11 Strafanzeigen gegen Beamte ein, an den Räumungen beteiligt gewesen waren (Aachener Zeitung 2018).

Zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen herrschen stark konträre Ansichten über den Fortbestand des Waldes. Von Gewerkschaftsseite wird immer wieder über

Straftaten im Rahmen der Besetzung des Waldes berichtet. So spricht I-1 von der IG BCE Alsdorf von „Gewalttätern“ im Hambacher Forst, die sich durch ihre Straffälligkeit klar von anderen Gruppen der Umweltbewegung abgrenzen würden (I-1: 365-370). Er und seine Kollegen hielten „Distanz“, um einer „direkte[n] Auseinandersetzung“ mit den BesetzerInnen auf dem Weg zu gehen (I-1: 331-336). Dass die Besetzung weiterhin bestehen kann, sei für ihn und viele seiner KollegInnen unverständlich:

„Und das ist für uns auch etwas das am Rechtsempfinden durchaus knabbert. Also man kann ja geteilter Meinung drüber sein, ob das im letzten Jahr sinnvoll war, den Hambacher Forst zu räumen, bei uns hat das ungeteilten Beifall gefunden. Und ich finde es auch unerträglich, dass da heute wieder Baumhäuser sind und wieder Straftaten verübt werden und alle drumherum tun so, als wäre das kein Problem“ (I-1: 336-345).

Sowohl die Buirer für Buir als auch der ZKS setzen sich dafür ein, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt. Laut I-3 liege gar ein Fokus des Vereinszwecks im Schutz des Waldes, beziehungsweise dessen Aufforstung:

„[...] jetzt wo es sicher scheint, dass er erhalten bleibt, ist es für uns etwas, das im Kultur- oder Strukturwandel ganz wichtig ist, dann eben auch den Hambacher Wald wieder auszubauen, also wirklich zu sagen: Wir nehmen wieder eine Bewaldung vor“ (I-3: 17-31).

I-4, die auch Mitglied im ZKS ist, erläutert: Im Rahmen ihrer Arbeit in der Kommission WSB habe sie sich dafür eingesetzt, dass der Hambacher Forst als „Symbol des Widerstandes“ erhalten bleibe (I-4: 200-201). Dass der Erhalt des Waldes in dem Bericht als wünschenswert bezeichnet wird, sieht sie auch als einen Erfolg der zivilgesellschaftlichen Proteste während der Räumung im Sommer 2018 an (I-4: 129-141).

4.4.2 Streitfrage Umsiedlungen

Für den Braunkohleabbau werden regelmäßig Menschen umgesiedelt, da sie auf Braunkohlevorkommen wohnen. Gesetzlich ist eine Enteignung von (Wohn-)Eigentum „zum Wohle der Allgemeinheit“ grundsätzlich möglich (vgl. Grundgesetz Art. 14 (3)). Braunkohleförderung bzw. die Sicherstellung der Energieversorgung wird in Deutschland als solch ein Gemeinwohlziel angesehen. In den vergangenen Jahrzehnten waren insgesamt über 120.000 Menschen in den Braunkohleregionen von Umsiedlungen betroffen (DIW et al. 2018, S. 88).

Die bundesweite Initiative *Alle Dörfer bleiben* tritt für den Erhalt der Dörfer mit Umsiedlungsstatus in den Braunkohlerevieren ein. Im Rheinischen Revier sind dies insgesamt acht Ortschaften: Berverath, Keyenberg, Kuckum, Lutzerath, Oberwestrich, Unterwestrich am Tagebau Grazweiler sowie die Dörfer Manheim und Morschenich am Tagebau Hambach (Alle Dörfer Bleiben o.J.). Die Initiative wird von den Buirern für Buir und dem ZKS unterstützt. I-4 erzählt, dass sie sich in der Kommission WSB für eine klare Empfehlung zum Erhalt der Dörfer ausgesprochen habe. Diese lässt sich in dem Abschlussbericht zwar nicht wiederfinden. Doch könnten ihrer Meinung nach einige Passagen so ausgelegt werden, dass der Erhalt der Dörfer befürwortet wird (I-4: 201-218). Auch wurde ihr Anliegen verankert, dass die Kommunen, die durch den Braunkohleausstieg von Neu- und Umplanungen betroffen sind, besondere Unterstützung erhalten:

„Weil die ja vor besondere Herausforderungen gestellt sind. Also ich mein, wenn man jetzt hier vor Ort schaut: Der Hambacher Wald bleibt stehen, dahinter liegen zwei Orte, die sind zum Teil schon abgerissen, zum Teil schon nicht – was macht man damit?“ (I-4: 190-200).

Für Dörfer, die nicht mehr abgebagert werden, kann I-3 von den Buirer für Buir sich die Schaffung sogenannter *Dritter Orte* vorstellen:

„Die würden wir gerne retten und da wieder aus dem Alten heraus etwas Neues schaffen. Zum Beispiel Nordrhein-Westfalens größte Passivhaussiedlung als Hambacher Wald Siedlung. Aber eben immer mit dem Alten verbunden, das ist uns ganz wichtig, dass dann auch, da gibt es ja diesen Begriff *Dritte Orte*, dass aus dem Alten heraus Neues passiert und geschehen kann“ (I-3: 36-49).

I-3 berichtet von einer Spaltung der Anwohner: Während einige die Initiative unterstützen und in ihren Orten „Neues gestalten“ wollten, würden andere umsiedeln wollen und kritisierten den Widerstand:

„Die Leute wollen dort bleiben und werden jetzt massiv angefeindet von den Leuten, die umsiedeln wollen. Weil da kommen Vorwürfe: Ihr macht die Preise kaputt, ihr macht die Dorfgemeinschaft kaputt“ (I-3: 441-451).

Derartige Konfliktlagen seien vor allem am Tagebau Grazweiler „ganz extrem“ (I-3: 441-451). Auch I-1 von der IG BCE Alsdorf bezeichnet das Thema Umsiedlungen als einen „Konfliktherd“ (I-1: 671-674). Während aber die Buirer für Buir den Widerstand von *Alle Dörfer bleiben* unterstützen, sieht er in der Initiative eine Instrumentalisierung von „Außerhalb“, die nicht den Willen der meisten AnwohnerInnen entspräche:

„Sie denken gar nicht wie viele Menschen in Holzweiler sehr kritisch darüber nachgedacht haben, als man festgelegt hat, dass Holzweiler nicht mehr umgesiedelt werden soll. [D]ie Menschen waren seit Jahren darauf eingerichtet, haben sich sozusagen auch in ihrem Handeln und ihrer Zukunftsplanung darauf eingerichtet und auf einmal war das weg“ (I-1: 462-468).

4.4.3 Aktuelle Entwicklungen

Aus den Meinungsverschiedenheiten verschiedener AkteurInnen ist I-3 zufolge in den letzten sieben bis acht Jahren ein Konflikt mit „massiver Hetze“ entstanden. Er berichtet von Plakataktionen gegen ihn und andere Mitglieder seiner Initiative, nächtlichen Störansrufen mit Morddrohungen und einen Brandanschlag auf das sogenannte Bündnismobil der Buirer für Buir (I-3: 418-436). Im September 2018 ging das Fahrzeug mitten in der Nacht in Flammen auf, das von der Initiative zuvor unter anderem zur Unterstützung des Protests am Hambacher Forst benutzt worden war (vgl. auch Deutsche Welle 2018).

I-3 kritisiert, dass Kommunalpolitik und Landesregierung den Konflikt durch einseitige Stellungnahmen zuspitzen würde, statt für Befriedung zu sorgen. Als Beispiel nennt er eine Ansprache von Ministerpräsidenten Armin Laschet auf der Demonstration der IG BCE im Oktober 2018: „Und da stellt sich ein Ministerpräsident auf die Bühne und sagt: Hier bin ich ja bei den Anständigen. [...] Größer kann man die Spaltung gar nicht machen“ (I-3: 460-473). Einige KommunalpolitikerInnen hätten Stellungnahmen veröffentlicht, „die sich völlig undifferenziert gegen die Klimabewegung insgesamt richten“ (ebd.). Die Gründe für die verhärteten Fronten sieht I-3 in einer Verflechtung von Parteipolitik und Unternehmensinteressen auf kommunaler Ebene

und im Land. Damit einher gehe eine Nähe zu RWE und ein „Schwarz-Weiß-Denken“, das die Bürgerinitiativen pauschal verurteilen würde (I-3: 487-496).

I-1 von der IG BCE Alsdorf berichtet von einer hohen Frustration und einer „Zermürbung“ unter seinen KollegInnen durch die schwelenden Konflikte (I-1: 277-281). Auch sie seien Ziel von Anfeindungen geworden, vor allem über soziale Netzwerke (I-1: 388-392). Der Unmut der Bergbau-Beschäftigten sitzt tief: Sie würden sich von Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft alleingelassen und missverstanden fühlen, sagt I-1 (vgl. Kapitel 4.3.1). Zwischen der IG BCE Alsdorf und den Buirern für Buir besteht nur wenig Austausch. So lehnt I-1 von der IG BCE Alsdorf Gespräche mit der Initiative rundweg ab, da diese in einem zu engen Kontakt mit den BesetzerInnen im Hambacher Forst stehen würde (I-1: 419-422). Um Befriedung in die Region zu bringen, müssten zunächst Polarisierungen gegenüber den RWE-Beschäftigten aufhören (I-1: 660-663). Die Kommission WSB sei I-1 zufolge eine Möglichkeit gewesen, ein gemeinsames Ziel auszuhandeln, an das alle AkteurInnen sich halten und das der Region ein wenig Frieden bringt. Dass vor allem die Umweltbewegung weitere Maßnahmen fordert, sei nicht hilfreich: „Dieses ‚immer mehr, immer mehr‘ bringt nur Konflikte“ (I-1: 674-682).

5 Einordnung und Empfehlungen

Im vorherigen Kapitel wurden sechs Interviews mit AkteurInnen analysiert, die sich intensiv mit dem Strukturwandel im Rheinischen Revier auseinandergesetzt haben. In diesem Teil werden die Ergebnisse nun konzentriert aufgearbeitet und Empfehlungen ausgesprochen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der vorab formulierten Forschungsfragen: 1) Wie lässt sich die Governance eines *Gerechten Strukturwandels* im Braunkohleausstieg konzeptualisieren? 2) Welche konkreten Empfehlungen lassen sich aus einer Analyse des Strukturwandelprozesses im Rheinischen Revier für einen *Gerechten Strukturwandel* in der Region gewinnen?

Im Jahre 2019 befinden sich viele Institutionen des Strukturwandels im Rheinischen Revier noch in der Entstehung. Die Empfehlungen der Kommission WSB, die im Januar 2019 veröffentlicht worden sind, können als Startschuss des Strukturwandels begriffen werden. Auf Bundesebene wurde Ende August 2019 ein Entwurf für eine korrespondierende Gesetzgebung, das StStG, verabschiedet. Das Land arbeitet bis Ende des Jahres an einem korrespondierenden *Wirtschafts- und Strukturprogramm*. Sollte die Gesetzgebung im Bund dann ebenfalls abgeschlossen sein, sind hier ab 2020 zwei maßgebliche Institutionen des Strukturwandels in NRW zu finden. Das noch offene Fenster der Gestaltung sollte vom Land genutzt werden, um zwei Governance-Ansätze zu implementieren, die wesentliche Problemfelder des Strukturwandels zu lösen vermögen: 1) eine dezentrale Governance anhand von Ressourcenzuweisung sowie 2) eine zentrale Governance anhand eines integrativen Entwicklungskonzeptes für die Region. Diese Ansätze werden im Folgenden ausgeführt.

5.1 Dezentrale Governance anhand von Ressourcenzuweisung

Ein Kernanliegen des *Gerechten Strukturwandels* ist die Mitbestimmung. Wie in Kapitel 2.1 gezeigt, verband die Gewerkschaftsbewegung den Begriff der *Just Transition* schon früh mit der Einbeziehung von Sozialpartnern und anderen Stakeholdern. Auch der WBGU konzentriert sich in seinem Papier auf den Aspekt der institutionalisierten Partizipation und fordert unter anderem eine professionelle Begleitung von (Bürger-)Initiativen in Strukturwandelregionen. Er beruft sich dabei auf die Sozialpsychologie und argumentiert, dass Mitbestimmung den negativen Folgen des Wandels wie Stress und Ängsten entgegenwirken und den Einzelnen so stärken könne. Im Bericht der Kommission WSB wird Strukturwandel als „langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ beschrieben (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ 2019, S. 9). Schlüssel hierfür ist eine gleichmäßige Ressourcenausstattung aller AkteurInnen und die Institutionalisierung von Mitbestimmung.

AkteurInnen besitzen unterschiedliche Ressourcenausstattungen

Am Strukturwandel im Rheinischen Revier sind mehrere Akteursgruppen beteiligt, die im Folgenden kurz mit ihren organisatorischen Merkmalen und Handlungsorientierungen entsprechend des AZI dargestellt werden. Die Governance entscheidender politischer und gestaltender Prozesse ist derzeit bei zwei (halb-)staatlichen AkteurInnen angesiedelt. Das **Land NRW** ist ein korporativer Akteur im Strukturwandel, der den Prozess über Gesetzgebung und andere politische Entscheidungen beeinflusst.

sen kann. Es verfügt über die meisten Ressourcen, da ein Großteil der Gelder des Bundes zunächst an das Land gehen, bevor sie dann für die Umsetzung von Projekten eingesetzt werden. Das Land besitzt maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des *Wirtschafts- und Strukturprogramms*, das für die Entwicklung des Rheinischen Reviers auf Jahre richtungsweisend sein wird. Die Interviews zeigen, dass das Wirtschaftsministerium sich für eine *stärkenorientierte Wirtschaftsförderung* ausspricht und seine Rolle ansonsten vor allem in der Administration des Strukturwandels sieht. Mit der **ZRR** agiert auf regionaler Ebene eine weitere korporative, halbstaatliche Akteurin mit diversen Aufgaben in der Administration. Ihr Gesellschaftszweck besteht in der Initiierung und Begleitung von Projekten, die in den kommenden Jahren im Rahmen des Strukturwandels gefördert werden. Mit der jährlichen Revierkonferenz schafft sie weiterhin Arenen des Austausches zwischen Wirtschaft und Politik. Zudem ist sie für die Koordination der *Revierknoten* zuständig, die inhaltliche Zuarbeiten für das *Wirtschafts- und Strukturprogramm* leisten.

Die Gewerkschaften **IG BCE** und **ver.di** vertreten die Interessen der Beschäftigten in den Tagebauen und Kraftwerken. Sie können als korporative Akteure verstanden werden, da sie über zentralisierte Handlungsressourcen verfügen. Ihr handlungsleitendes Ziel im Strukturwandel ist die Absicherung der Beschäftigten vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs 2038. Dies geht mit der Forderung einher, dass die Empfehlungen der Kommission WSB eins zu eins umgesetzt werden. Auch der **DGB NRW** setzt sich für die Kommissionsempfehlungen als Leitlinien für den Strukturwandel im Rheinischen Revier ein. Er verfolgt auf politischer Ebene die gewerkschaftliche Mitsprache in den verschiedenen Gremien des Strukturwandels in NRW. Beim DGB NRW handelt es sich um einen korporativen Akteur mit kollektiven Elementen. Er setzt sich aus mehreren Mitgliedsgewerkschaften zusammen und steht in ständigen Austausch über gemeinsame Positionen und Forderungen. Die Vermittlung von internen Interessen ist ein Schwerpunkt seiner Arbeit.

Eine dritte wichtige Akteursgruppe im Rheinischen Revier umfasst die Bürgerinitiative **Buirer für Buir** und die zivilgesellschaftliche Initiative **ZKS**. Hierbei handelt es sich um kollektive Akteurinnen, deren Mitglieder ein gemeinsamer Handlungszweck eint. Sie verfügen nur im geringen Maße über Ressourcen – ein Umstand, der in den Interviews an mehreren Stellen problematisiert wurde. So liegt zwar der Wunsch vor, stärker an der Gestaltung des Strukturwandels beteiligt zu werden. Gleichzeitig wird ein Großteil der Arbeit in den Initiativen im Ehrenamt verrichtet, was die Möglichkeiten zur Beteiligung stark einschränkt. Generell kann beiden Initiativen eine ökologische Orientierung zugeschrieben werden, die durch die Mitgliedschaft von Umweltinitiativen wie dem BUND am ZKS belegbar ist. Sie verfolgen als konkretes Ziel unter anderem den Erhalt des Hambacher Forstes und einen schnellstmöglichen Braunkohleausstieg.

Kooperative Interaktionsorientierung auf Landesebene

Die Gewerkschaftsvertreter berichteten von einer traditionell starken Beteiligungskultur in Nordrhein-Westfalen. Politikgestaltung findet in Netzwerken statt, etwa bei der Initiative *Klimadiskurs NRW* oder dem DGB-Programm *NRW 2020*. Es liegt also grundsätzlich eine kooperative Interaktionsorientierung auf Landesebene vor, die

nach Vermittlung von Interessen und einem gemeinsamen Nutzen strebt. Auch im Strukturwandel wurden bereits erste Netzwerke und Institutionen geschaffen, die diesen Verhandlungsmodus abbilden, etwas die ZRR und die *Revierknoten*. Die Verhandlungen des Landes mit RWE über dessen Verbleib in der Region können ebenfalls als ein kooperativer Verhandlungsmodus verstanden werden, der auch die Wirtschaft umfasst.

Der AZI beschreibt diesen kooperativen Modus als *Verhandeln im Schatten der Demokratie* (vgl. Kapitel 3.1.2). Ihm zufolge bringt er einige Vorteile mit sich: Durch eine vorherige Abstimmung aller Interessen steigt die Chance, dass politische Entscheidungen erfolgreich sind. Hier liegt eine Stärke des Landes NRW im Strukturwandel. Allerdings wirft dieser Modus der Gestaltung die Frage auf, wer in den Netzwerken vertreten ist – und wer nicht. Derzeit sind vor allem Land, Wirtschaft und Gewerkschaften in den zentralen Gremien des Strukturwandels vertreten, zum Teil unter der Beteiligung von wissenschaftlichen AkteurInnen in den *Revierknoten*. In den Interviews wurde deutlich, dass vor allem in den Bürgerinitiativen einen großer unerfüllter Wunsch nach Mitbestimmung besteht. So haben Mitglieder des ZKS im Sommer 2019 etwa erwägt, die Initiative in einen Verein umzuwandeln, weil diese Rechtsform mehr Aussichten auf einen Platz in der ZRR mit sich brächte.

Einbindung von Bürgerinitiativen als Chance

Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie kollektive AkteurInnen mit nur wenigen Ressourcen an der politischen Gestaltung beteiligt werden können. So berichtete die AnwohnerInnen-Vertreterin in der Kommission WSB, dass die Berufung mit einem hohen Zeitaufwand verbunden gewesen sei, da sie über keinen organisatorischen Rückhalt verfügte. Auch politische Netzwerke können als Ressourcen begriffen werden, auf die zivilgesellschaftliche Initiativen nur wenig Zugriff haben. Hinter der Forderung nach mehr Transparenz etwa bei der Erstellung von Förderkriterien und bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission WSB steht in diesem Sinne der Wunsch nach einer gerechteren Verteilung von (Netzwerk-)Ressourcen. Hier braucht es eine institutionelle Lösung durch das Land, das als einziger Akteur über die entsprechenden finanziellen Mittel und eine Weisungsbefugnis verfügt. Denn die Verantwortung der Ressourcenbeschaffung und -verteilung kann nicht allein bei den zivilgesellschaftlichen AkteurInnen liegen – zumindest, sofern ihre Mitbestimmung gewollt ist.

Bürgerinitiativen sollten als Stakeholder des Strukturwandels stärker in politische Netzwerke einbezogen werden und so eine Chance zur Mitbestimmung erhalten. Das hätte den Vorteil, dass getroffene Entscheidungen unter den BürgerInnen ggf. mehr Zustimmung finden würden. Mögliche Vorbilder wurden in Kapitel 2.2 mit Blick auf die Geschichte des Strukturwandels in NRW geschildert. So brachte etwa die *Ruhrkonferenz* 1979 einen erweiterten Kreis an Stakeholdern zusammen, um den Wandel im Ruhrgebiet voranzutreiben. Sie ebnete den Weg für das großangelegte *Aktionsprogramm Ruhr*. In den 1980er Jahren versammelte die *Zukunftsinitiative Montanindustrie* lokale AkteurInnen des Strukturwandels in Stahl und Steinkohle, um gemeinsame Konzepte und Projekte für die Regionen zu entwickeln, die von massivem

Arbeitsplatzabbau betroffen war. Begleitet wurde die Initiative dabei von einer durch das Land gebildeten ExpertInnen-Kommission.

Instrumente der Partizipation mittels Ressourcenausstattung

Mit dem *Wirtschafts- und Strukturprogramm* wird derzeit eine der wichtigsten Programmatiken des Strukturwandels geschaffen. Ob öffentliche Konferenzen alleine reichen, um allen AkteurInnen eine Beteiligung zu ermöglichen, ist fraglich. Denn das eigentliche Programm wird in den Facharbeitsgruppen der *Revierknoten* erstellt. Bürgerinitiativen sollte daher ein Platz in der ZRR sowie in den *Revierknoten* zukommen. Um ihnen eine Beteiligung zu ermöglichen, muss ihre Teilnahme unterstützt werden. Allem voran muss das Land Bürgerinitiativen mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten. Diese Ressourcen umfassen: Beratung durch unabhängige ExpertInnen, eine finanzielle Kompensation für die Teilnahme sowie organisatorische Unterstützung etwa durch ein Sekretariat. Weiterhin wäre der Einsatz von Planungszellen für Teilfragestellungen der *Revierknoten* denkbar. Die Ergebnisse dieser rein von BürgerInnen besetzten und von ExpertInnen begleiteten Gremien könnten verpflichtend in die Arbeit der *Revierknoten* mit eingebunden werden. Den institutionellen Rahmen hierfür zu schaffen, liegt beim Land. Diese Elemente würden die Governance des Strukturwandels von einer einseitigen Anpassung auf Seiten der BürgerInnen hin zu Kooperation in Netzwerken befördern. Eine solche Governance würde gegebenenfalls auch soziale Konflikte zu lösen vermögen, da sie ein kooperatives Interaktionsmuster betont und eine rein auf Eigeninteresse basierende Orientierung durch Gremienarbeit in den Hintergrund rückt.

Zur Governance mittels Ressourcen gehört in diesem Sinne auch die Gestaltung von Foren des Strukturwandels. So fordern unter anderem Gewerkschaften mehr Arenen des Austausches über den Strukturwandel. In den Interviews wurden einige Ansätze genannt, um die gewerkschaftsinterne Diskussion zum Strukturwandel zu erweitern. So brachte die Klimainitiative GGK erfolgreich einen Antrag bei ver.di ein, der die Organisation von internen Foren zum Thema vorsieht. Auch der DGB NRW wies auf neue Formate der Mitbestimmung hin, die derzeit in der IG Metall erprobt werden und eine direktere Einbringung der Gewerkschaftsmitglieder ermöglichen.⁸ Lemb fordert die Gewerkschaften in seinem Artikel dazu auf, die Debatte um eine *Gute Industriepolitik* im Strukturwandel in die Betriebe hineinzutragen und so Foren für die interne Reflexion zu schaffen (vgl. Kapitel 2.1.2). Es wurde aber auch deutlich, dass für die Schaffung von Foren für *alle* Stakeholder des Strukturwandels nur das Land verantwortlich sein kann, das als einziger Akteur entsprechende Befugnisse besitzt. Vom Land unterstützte Bürgerforen könnten ein vergleichsweise niedrighwelliger Schritt sein, kollektive AkteurInnen einzubeziehen und über Austausch mit anderen Gruppen den sozialen Frieden in der Region zu befördern.

⁸ Vgl. etwa die großangelegte Mitgliederbefragung zum Thema Transformation (IG Metall 2019).

5.2 Zentrale Governance anhand eines integrativen Regionalkonzeptes

Im gewerkschaftlichen Kontext wird eine wirtschaftliche Diversifizierung der betroffenen Regionen als Bestandteil einer *Just Transition* benannt. Die IG Metall beschreibt in ihrer Konzeption für eine sozial gerechte Transformation einen keynesianischen Staat, der über Investitionen gestaltend in Marktprozesse eingreift (vgl. Kapitel 2.1). Die Strategie der *stärkenorientierten Wirtschaftsförderung* des Landes, also einer Förderung, die bereits bestehende Potenziale in der Region stärkt, wird diesen beiden Ansprüchen nur ansatzweise gerecht. Hierzu braucht es eine über Wirtschaftsprozesse hinausreichende Einbringung durch den Staat, der ein integratives Entwicklungskonzept für die Region entwirft. Die Rolle des Landes NRW in dem Prozess des Strukturwandels wurde auch in den Interviews mehrfach kritisch diskutiert. Während die Landesregierung ihre Rolle hauptsächlich in der Administration sieht, fordern mehrere AkteurInnen eine stärkere Einbringung auch bei inhaltlichen Fragen. Hier kann dem Land ein Zurückhalten der ihm zukommenden Gestaltungsfähigkeit vorgeworfen werden. Diese könnte es für die Schaffung eines integrativen Entwicklungskonzeptes für das Rheinische Revier nutzen. Ein solches Konzept würde mehrere Probleme aufgreifen, die in Kapitel 4 herausgearbeitet wurden.

Konflikte zwischen verschiedenen Akteursgruppen

Eine alleinige Strategie der *stärkenorientierten Wirtschaftsförderung* lässt Fragen der Gerechtigkeit außen vor: Vor allem Potenziale werden gefördert und manche Kommunen gehen möglicherweise leer aus, sofern sie diese nicht vorweisen können. Das führt zu sozialen Konflikten in der Bevölkerung sowie Konkurrenzkämpfen zwischen den Kommunen. Das Land wird der Verantwortung einer *Just Transition* erst dann gerecht werden, wenn es Unterschiede zwischen den Kommunen in den Blick nimmt und sie mit einem übergreifenden Konzept beantwortet. Ideellen Leitbildern, etwa den SDGs, muss dabei eine ebenso große Rolle zukommen wie der Förderung von Potenzialen.

In seinem Artikel über eine *Gute Industriepolitik* ruft Lemb die Gewerkschaften zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit einer ökologisch orientierten Zivilgesellschaft auf und betont, dass voneinander gelernt werden könne (vgl. Kapitel 2.1.2). Im Rheinischen Revier finden derzeit gegenteilige Tendenzen statt. Stark konträre Handlungsorientierungen zweier Akteursgruppen in Bezug auf den Hambacher Forst und die Umsiedlungen führen zu sozialen Konflikten. In dem zu erstellenden Entwicklungskonzept gilt es, zwar *auch* auf Wirtschaftsförderung einzugehen, aber ebenso ein stimmiges Gesamtbild im Sinne einer ökologischen Neuorientierung des Rheinischen Reviers zu entwickeln und soziale (Gerechtigkeits-)Fragen voranzutreiben. So könnten durch die federführende Beteiligung des Landes an einem Entwicklungskonzept Interessenkonflikte gelöst und einer Versäulung einzelner Sektoren entgegengewirkt werden, die in den Interviews ebenfalls problematisiert wurde.

Flächenmangel im Rheinischen Revier

Zwar lässt sich RWE nur schlecht in das Schema korporativer und kollektiver AkteurInnen des AZI einordnen. Doch das Handeln des Unternehmens hat einen großen Einfluss auf die Situation im Rheinischen Revier. Die Landespolitik bemüht sich der-

zeit wie gezeigt, RWE auch nach dem Braunkohleausstieg in der Region zu halten. Dabei setzt sie auf Verhandlungen und Förderungen in Form von Kooperationsprojekten. Der Konzern selbst entscheidet über seinen Verbleib nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, namentlich der Lagegunst für erneuerbare Energien. Das stellt die AkteurInnen im Rheinischen Revier vor ein Problem, denn RWE besitzt eine Vielzahl von Flächen in der Region. Hier liegt eine zu gestaltende wichtige Handlungssituation für den künftigen Strukturwandel. Denn ohne Verfügbarkeit von Flächen wird die zukünftige wirtschaftliche Ausrichtung des Reviers stark auf die Kooperation mit RWE verengt. Im Bericht der Kommission WSB etwa wird empfohlen, die ehemaligen Braunkohlestandorte beim Ausbau der erneuerbaren Energie besonders zu berücksichtigen (vgl. Kapitel 2.3). Bleibt ein Großteil der Flächen nach dem Braunkohleausstieg in den Händen von RWE, ist die Entstehung erneuerbarer Energien in der Region von dem Unternehmen abhängig. RWE müsste entweder selbst in nachhaltige Energiegewinnung im Rheinischen Revier investieren oder seine Flächen an einen konkurrierenden Energieversorger abgeben. Die rechtzeitige Schaffung von rechtlichen Institutionen kann dieser Situation entgegenwirken: Etwa wenn die Entschädigungszahlungen für den Braunkohleausstieg an die Bedingung gekoppelt werden, dass RWE einen Teil der Flächen an die Kommunen zurückgibt.

Zukünftige Arbeitsplätze

Die Analyse der Interviews zeigte, dass für die derzeit bei RWE Beschäftigten wenig Grund zur Sorge besteht: Ein Großteil von ihnen wird voraussichtlich bis zur Rente abgesichert sein bzw. eine Übergangsregelung nutzen können. Hier besteht eine Parallele zur Lausitz: Wie in Kapitel 2.1.1 beschrieben, hat eine Untersuchung unter den dortigen Beschäftigten gezeigt, dass ältere ArbeitnehmerInnen dem Braunkohleausstieg vergleichsweise gelassen entgegenblickten. Jüngere Beschäftigte hingegen fragten sich, wie sie ihre berufliche Laufbahn fortsetzen wollen. Auch im Rheinischen Revier beschäftigten sich die InterviewpartnerInnen intensiv mit der Frage, wo zukünftig neue Arbeitsplätze entstehen könnten, um auch jüngeren Beschäftigten und nachfolgenden Generationen eine Perspektive im Rheinischen Revier zu bieten. *Gerechter Strukturwandel* bedeutet in diesem Sinne für viele AkteurInnen auch die Sorge für nachfolgende Generationen in der Region. Während das Land mit der Strategie der *stärkenorientierten Wirtschaftsförderung* Ansiedlungen verschiedener Art begünstigt, fordern Gewerkschaften und Bürgerinitiativen einen größeren Fokus auf die Qualität der neu entstehenden Arbeitsplätze: ohne Pendeln zu erreichen und tarifgebunden sollten sie sein. Auch ökologische Nachhaltigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze ist Gewerkschaften und Bürgerinitiativen wichtig.

In den Interviews stellte sich heraus, dass Beschäftigte in Dienstleister- und Zulieferbetrieben zu den größten Verlierern des Strukturwandels zählen. Ihnen fehlt eine Repräsentation ihrer kollektiven Interessen, da sie in der Regel nicht in Gewerkschaften organisiert sind. Ein Entwicklungskonzept sollte daher konkrete Vorschläge und Maßnahmen für nachhaltige, qualitativ hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze in niedrigen und mittleren Qualifikationsstufen enthalten. Insbesondere gilt es, die Lage der Beschäftigten in den Dienstleister- und Zulieferbetrieben im Rheinischen Revier weiter zu untersuchen und Lösungen für sie zu finden. Sie könnten et-

wa Zugang zu ähnlichen Maßnahmen erhalten, wie sie den Braunkohlebeschäftigten zur Verfügung stehen.

Rolle von Wissenschaft und FachexpertInnen

In den Interviews wurden zwei verschiedene Rollen der Wissenschaft genannt. Sie kann einen technologischen Fortschritt bringen, der den Prozess des Strukturwandels erleichtert, indem er Arbeitsplätze schafft. Dabei kritisieren allerdings sowohl Bürgerinitiativen als auch Gewerkschaften einen derzeit zu starken Fokus auf Förderung von Forschung und Entwicklung. Eine zweite Rolle, die die Wissenschaft einnehmen kann, ist die der Beraterin, die Arenen des Austausches begleitet und den Strukturwandel via Wissensvermittlung befördert. Auch der WBGU empfiehlt in seinem Papier eine begleitende Rolle der Wissenschaft im Strukturwandel (vgl. Kapitel 2.1.2). In dieser Funktion könnte sie gerade bei der Erstellung eines integrativen Entwicklungskonzeptes für das Land NRW von großem Wert sein. Untersuchungen etwa zum Strukturwandel im Ruhrgebiet sollten verstärkt gefördert werden vor der Fragestellung, welche gelungenen Elemente auch im Rheinischen Revier implementiert werden können.

6 Fazit

Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt, wird der Begriff des *Gerechten Strukturwandels* in der aktuellen politischen Debatte verwendet, um einen Ausgleich zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit zu beschreiben. Bisher wurde jedoch noch keine wissenschaftliche Operationalisierung des Konzeptes entwickelt, die eine Anwendung auf die vielfältigen Herausforderungen ermöglicht, die der Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft mit sich bringt. Eine dieser Herausforderungen ist der Ausstieg aus der Braunkohle. Ziel dieser Arbeit war es, Maßnahmen für einen *Gerechten Strukturwandel* im Rheinischen Braunkohlerevier zu entwickeln. Mittels einer Konzeptualisierung als Governance-Ansätze sollte dabei auch eine prinzipielle Übertragbarkeit auf weitere vom Braunkohleausstieg betroffene Regionen gewährleistet werden. Zu diesem Zweck wurden ExpertInneninterviews mit Stakeholdern des Strukturwandels geführt. Sie ermöglichten einen direkten Einblick in den politischen Prozess, der im Jahre 2019 gerade begonnen hatte sowie in die Anliegen beteiligter AkteurInnen. Aus den Interviews wurden Problemfelder des Strukturwandels herausgearbeitet, die mittels zweier Governance-Ansätze beantwortet wurden. Im Folgenden werden die fünf zentralen Problemfelder kurz dargestellt und diskutiert:

- **Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze** für Beschäftigte in Dienstleister- und Zuliefererbetrieben sowie für nachfolgende Generationen (Kapitel 4.2.2): Im Rheinischen Revier sind insbesondere indirekt von RWE abhängige Arbeitsplätze in Dienstleister- und Zuliefererbetrieben gefährdet, während Braunkohlebeschäftigte vergleichsweise gut abgesichert sind. Jedoch werden im Zuge des Braunkohleausstiegs Arbeitsplätze abgebaut, also nicht mehr nachbesetzt, auch wenn es zu keinen Entlassungen unter den derzeit Beschäftigten kommt. Daher müssen für indirekt abhängige Beschäftigte als auch für künftige ArbeitnehmerInnen neue Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region geschaffen werden. Hier lohnt eine Differenzierung nach Regionen: Im Rheinischen Revier besteht zwar der Bedarf nach neue wirtschaftlichen Ansiedlungen, jedoch ist die Region vergleichsweise gut an Oberzentren und Städtereionen angebunden. In den strukturschwachen Gegenden der Lausitz und des Mitteldeutschen Braunkohlereviers dürfte der Frage der zukünftigen Arbeitsplätze ein weitaus größerer Stellenwert zukommen.
- **Flächenmangel** (Kapitel 4.2.3): Durch den in der Region betriebenen Braunkohleabbau ist ein Großteil der Flächen im Rheinischen Revier in RWE-Besitz. Eine von dem Unternehmen unabhängige Neuausrichtung der Region wird dadurch erschwert. Hier gilt es eine institutionelle Lösung zu finden, etwa durch die Kopplung der Entschädigungszahlungen an eine Rückgabe der Flächen. Hierbei ist jedoch zu bedenken, dass der Bund über die Entschädigungszahlungen an die Energieversorger entscheidet und der Einfluss des Landes auf die damit einhergehenden Regelungen unklar ist.

- **Rolle der Wissenschaft** als Begleiterin und Wissensvermittlerin (Kapitel 4.3.1): Einige InterviewpartnerInnen kritisierten einen zu starken Fokus staatlicher Förderung auf Forschung und Entwicklung. In dieser Arbeit wurde eine alternative Rolle der Wissenschaft als Begleiterin und Wissensvermittlerin im Strukturwandel hervorgehoben. Auch hier sollten jedoch lokale Gegebenheiten nicht außer Acht gelassen werden: Die Strategie der Förderung von Forschung und Entwicklung ist gerade im Rheinischen Revier naheliegend, da mit dem Forschungszentrum Jülich und renommierten Universitäten wie der RWTH Aachen im direkten Umfeld gute Voraussetzungen auch für die Entwicklung von technischen Lösungen gegeben sind.
- **Partizipation zivilgesellschaftlicher AkteurInnen** (Kapitel 4.3): Insbesondere Bürgerinitiativen wünschen sich eine stärkere Einbindung in zentrale Gremien des Strukturwandels, etwa in die ZRR. Die Partizipation von Stakeholdern im Strukturwandel wird in mehreren Publikationen als zentrales Merkmal des gerechten Strukturwandels benannt. Grundsätzlich gilt: Im Rheinischen Revier ist eine überschaubare Anzahl an Bürgerinitiativen aktiv, die sich zudem durch hohe personelle Überschneidungen auszeichnen. In anderen Regionen könnte der Frage, welchen Initiativen der Zugang zu Entscheidungsprozessen und Gremien gewährt wird, jedoch eine größere Relevanz zukommen.
- **Soziale Konflikte zwischen einzelnen Akteursgruppen** (Kapitel 4.4). Durch das Land geschaffene Bürgerforen könnten eine erste Möglichkeit bieten, wieder Austausch zwischen Akteursgruppen zu schaffen, deren Fronten sich aufgrund der Streitfragen zum Hambacher Forst und zu den Umsiedlungen verhärtet haben. Jedoch sollte eingeschränkt werden, dass für eine Befriedung der Region womöglich auch Grundsatzentscheidungen des Landes in Bezug auf die Konfliktfragen notwendig sind und ein Austausch zwischen den AkteurInnen allein nicht genügen würde.

Mit Rückgriff auf den theoretischen Rahmen des AZI wurden zwei Governance-Maßnahmen entwickelt, die eine Lösung für die Problemfelder des Strukturwandels liefern: Eine *dezentrale Governance mittels Ressourcenausstattung* soll Bürgerinitiativen zur Partizipation befähigen und Austauschforen des Strukturwandels schaffen. Eine *zentrale Governance mittels eines integrativen Entwicklungskonzeptes* soll sich dem Flächenmangel und der Schaffung von Arbeitsplätzen annehmen sowie eine begleitende Rolle der Wissenschaft im Strukturwandel fördern. Hierbei gilt es zu bedenken, dass beide Ansätze zwar komplementär sein sollen, aber ihre Beziehung zueinander im Rahmen dieser Arbeit noch nicht ausgearbeitet wurde.

Aus der Untersuchung ergeben sich mehrere Ansätze für weitere Forschungsvorhaben. Da ihr Fokus auf dem Rheinischen Revier liegt und inzwischen eine ähnliche Studie für die Lausitz vorliegt, wäre ein Vergleich der Untersuchungsergebnisse naheliegend. Die Fragestellung könnte dabei etwa sein, inwiefern sich die Herausforderungen, vor denen die beiden Reviere im Strukturwandel stehen, ähneln und wo Unterschiede zu finden sind. Die internationale Perspektive auf Strukturwandel wurde in dieser Untersuchung bewusst außen vor gelassen, um ihren Fokus zu schärfen. An mehreren Stellen wurde das Thema der Internationalisierung jedoch berührt. So empfiehlt etwa der WBGU in seinem Papier die Einrichtung eines transnationalen

Kooperationsnetzwerks von Transformationsregionen. In einer Untersuchung zu anderen europäischen Braunkohleregionen könnte der Frage nachgegangen werden, welche Ansätze und Maßnahmen etwa in Polen oder Tschechien für die Implementierung eines *Gerechten Strukturwandels* notwendig wären. Derartige Untersuchungen würden zu einer Schärfung der Governance-Ansätze für einen *Gerechten Strukturwandel* beitragen.

Zum Schluss soll darauf hingewiesen werden, dass in den Interviews einige Problemfelder des Strukturwandels offengelegt wurden, die zum Teil nur kurz abgehandelt werden konnten. Dies gilt insbesondere für die Frage der Flächen und der Arbeitsplätze in Dienstleister- und Zuliefererbetrieben. So wäre etwa eine differenzierende Untersuchung zu der Frage sinnvoll, welche Art von Arbeitsplätzen in welchem Ausmaß gefährdet sind, unter der besonderen Berücksichtigung von indirekten und induzierten Arbeitsplätzen. Durch die Erforschung dieser Teilaspekte des Strukturwandels kann zu einem Gelingen der Transformation beigetragen werden.

7 Literaturverzeichnis

- Aachener Zeitung (2018). Hambacher Forst: Strafanzeigen gegen Polizisten. Online verfügbar unter https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/hambacher-forst-anzeigen-gegen-elf-polizisten_aid-35225917, zuletzt geprüft am 14.11.2019.
- Alle Dörfer Bleiben (o.J.). Von Zwangsumsiedlung, Zerstörung und Grubenlage bedrohte Dörfer. Online verfügbar unter <https://www.alle-doefer-bleiben.de/doerfer/>, zuletzt geprüft am 24.09.2019.
- BAFA (2019). Anpassungsgeld. Online verfügbar unter https://www.bafa.de/DE/Energie/Rohstoffe/Anpassungsgeld/anpassungsgeld_node.html, zuletzt geprüft am 02.11.2019.
- Benz, A. (2004). Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90171-8>.
- Bioökonomierat (2019). Was ist Bioökonomie? Online verfügbar unter <https://biooekonomierat.de/biooekonomie.html>, zuletzt geprüft am 03.09.2019.
- BMJV (1951). Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie. MontanMitbestG, vom 2015. Online verfügbar unter <https://www.gesetze-im-internet.de/montanmitbestg/MontanMitbestG.pdf>, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- BMU (2016). Klimaschutzplan 2050. Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2019.
- BMU (2018). Rede von Svenja Schulze anlässlich der bevorstehenden 24. UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice. Just Transition – Unser Weg zu einer sozialgerechten Umsetzung des Parisabkommens. Online verfügbar unter <https://www.bmu.de/rede/rede-von-svenja-schulze-anlaesslich-der-bevorstehenden-24-un-klimakonferenz-im-polnischen-katowice/>, zuletzt geprüft am 01.11.2019.
- BMWi (2019). Entwurf eines Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen, vom Referentenentwurf 27.08.2019. Online verfügbar unter https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/entwurf-eines-strukturstaerkungsgesetzes-kohleregionen.pdf?__blob=publicationFile&v=10, zuletzt geprüft am 15.10.2019.
- BMZ (2019). Lexikon: Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter <https://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>, zuletzt geprüft am 18.10.2019.
- Bose, S.; Dörre, K.; Köster, J.; Lütten, J.; Dörre, N.; Szauer, A. (2019). Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten. In RLS (Hg.), *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz* (S. 89–112). 1. Aufl. Berlin (4/2019).
- Buier für Buir (2016). Projektskizze "A4alt -Rote Linie". Online verfügbar unter http://www.buierfuerbuir.de/images/pdf/A4_linie.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- Buier für Buir (2019). Unsere Ziele. Online verfügbar unter <https://www.buierfuerbuir.de/index.php/wir-ueber-uns/unsere-ziele>, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- Deutsche Welle (2018). Klima oder Kohle: Eskalation im rheinischen Revier. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/klima-oder-kohle-eskalation-im-rheinischen-revier-hambacher-forst/a-46212727>, zuletzt geprüft am 26.09.2019.
- DGB (2015). Resolution des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die COP21 in Paris: "Globale Klimapolitik für einen gerechten Strukturwandel". Online verfügbar unter

- <https://www.dgb.de/themen/++co++c173eada-950b-11e5-a684-52540023ef1a>, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Dienel, P. C. (2001). Die Planungszelle: eine Perspektive für die Demokratie. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 24 (2), 171–175. Online verfügbar unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/4082>.
- DIW; WI; Ecologic Institut (2018). Die Beendigung der energetischen Nutzung von Kohle in Deutschland. Ein Überblick über Zusammenhänge, Herausforderungen und Lösungsoptionen. Berlin/Wuppertal. Online verfügbar unter https://www.ecologic.eu/sites/files/publication/2018/3537-kohlereader_final.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- ETR; frontier economics (2018). Die Bedeutung des Wertschöpfungsfaktors Energie in den Regionen Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein. Kurzstudie im Auftrag von IHK Aachen, IHK Köln und IHK Mittlerer Niederrhein. Online verfügbar unter https://www.aachen.ihk.de/blob/acihk24/innovation/downloads/4092766/19427022be3a810a67771476633191fc/Auswertung_Wertschoepfung_Energie-data.pdf, zuletzt geprüft am 10.09.2019.
- FAZ (2016). Gewerkschaftschef hält schärfere Klimaziele für überflüssig. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/f-a-z-exklusiv-gewerkschaftschef-haelt-schaerfere-klimaziele-fuer-ueberfluessig-14271383.html>, zuletzt geprüft am 17.11.2019.
- Fourquet, J.; Manternach, S. (2019). Die "Gelbwesten". Ein Zeichen der gesellschaftlichen Spaltung Frankreichs. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung Paris. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/15245.pdf>, zuletzt geprüft am 21.11.2019.
- Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz (2018). Klimaschutz vs. Arbeitsplätze – Nein zur Verunglimpfung von Klimaschützern! Stellungnahme der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz. Wuppertal. Online verfügbar unter http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/10/klimagewerkschafter_antje.pdf, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- Greib, M.; Wörlen, C.; Richter, F.; Ötsch, R.; Witt, U.; Troost, A. (2019). Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz. In RLS (Hg.), *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz* (S. 9–72). 1. Aufl. Berlin (4/2019).
- Heffron, R. J.; McCauley, D. (2018). What is the 'Just Transition'? *Geoforum* 88, 74–77. DOI: 10.1016/j.geoforum.2017.11.016.
- Heinze, R. G.; Helle, E.; Hilbert, J.; Nordhause-Janzen, J.; Nowak, N.; Potratz, W.; Scharfenorth, K. (1996). Strukturpolitik zwischen Tradition und Innovation – NRW im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- IG Metall (2019). Jörg Hofmann: "Viele Arbeitgeber haben keine Strategie zur Bewältigung der Transformation". Transformationsatlas der IG Metall. Online verfügbar unter <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/zukunft-der-arbeit/digitalisierung/transformation-viele-arbeitgeber-haben-keine-strategie>, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- IPCC (2018). Summary for Policymakers. Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Online verfügbar unter <https://www.ipcc.ch/sr15/>, zuletzt geprüft am 15.11.2019.
- ITUC (2010). Resolution on combating climate change through sustainable development and just transition. Vancouver. Online verfügbar unter https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/2CO_10_Sustainable_development_and_Climate_Change_03-10-2.pdf, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Kaiser, R. (2014). Qualitative Experteninterviews. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

- Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2019). Abschlussbericht. BMWi. Berlin. Online verfügbar unter https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- Kuckartz, U. (2016). Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 3. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. Online verfügbar unter http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783779943860.
- Land NRW (2018). Bewegender Besuch der Zeche Prosper-Haniel. Ministerpräsident Armin Laschet unternimmt letzte Grubenfahrt mit Kumpeln. Online verfügbar unter <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/bewegender-besuch-der-zeche-prosper-haniel-ministerpraesident-armin-laschet>, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Lemb, W. (2018). Perspektiven einer nachhaltigen Industriepolitik. In Schröder, L. und Urban H.-J. (Hg.), *Ökologie der Arbeit. Impulse für einen nachhaltigen Umbau* (S. 74–84). Frankfurt am Main: Bund Verlag.
- Manager Magazin (2019). Gewerkschaft gehen Forderungen von "Fridays for Future" zu weit. Online verfügbar unter <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/klimastreik-ig-bce-gehen-forderung-von-fridays-for-future-zu-weit-a-1287323.html>, zuletzt geprüft am 17.11.2019.
- Mayntz, R.; Scharpf, F. W. (1995). Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In Mayntz, R. und Scharpf, F.W. (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung* (S. 39–72). Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW (2019). Erläuterungen zum Landesförderprogramm "Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.". Düsseldorf. Online verfügbar unter https://www.mhkgb.nrw/sites/default/files/media/document/file/Heimatfoerderung_FA_Q_20190503_0.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- Öko-Institut (2018). Beschäftigungsentwicklung in der Braunkohleindustrie: Status quo und Projektion. Untersuchung im Auftrag des Bundesumweltamtes (Climate Change 18/2018). Online verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/2018-07-25_climate-change_18-2018_beschaeftigte-braunkohleindustrie.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- RAP (2018). Report on the Polish Power System. Study commissioned by Agora Energiewende. 2. Aufl. Online verfügbar unter https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2018/CP-Polen/Agora-Energiewende_report_on_the_Polish_power_system_WEB.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2019.
- Rosemberg, A. (2010). Building a Just Transition: The linkages between climate change and employment. *International Journal of Labour Research* 2 (2), 125–162.
- Spiegel Online (2018). Demo vor Privathaus von Braunkohlekritikerin. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/hambacher-forst-demo-vor-privathaus-von-kohlekommissions-mitglied-a-1233821.html>, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- SRU (2017). Kohleausstieg jetzt einleiten. Stellungnahme. 1. Aufl. Berlin. Online verfügbar unter https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2017_10_Stellungnahme_Kohleausstieg.pdf?__blob=publicationFile&v=19, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- Stern, N. (2006). Stern Review: The Economics of Climate Change. Summary of Conclusions. HM Treasury. London. Online verfügbar unter https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407163608/http://www.hm-treasury.gov.uk/d/Summary_of_Conclusions.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2019.

- Tagesschau (2018a). Rodung im Hambacher Forst gestoppt. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/hambacherforst-113.html>, zuletzt geprüft am 24.09.2019.
- Tagesschau (2018b). Zehntausende demonstrieren für ihre Jobs. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/regional/nordrheinwestfalen/rwe-demo-101.html>, zuletzt geprüft am 19.08.2019.
- Tagesschau (2019a). Hambacher Forst: Polizei spricht von 1.700 Vorfällen. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/regional/nordrheinwestfalen/wdr-story-21471.html>, zuletzt geprüft am 24.09.2019.
- Tagesschau (2019b). Rodungsstopp für Hambacher Forst. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/hambacher-forst-rodung-103.html>, zuletzt geprüft am 24.09.2019.
- Treib, O. (2015). Akteurzentrierter Institutionalismus. In Wenzelburger, G. und Zohlnhöfer, R. (Hg.), *Handbuch Policy-Forschung* (S. 277–303). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- United Nations (2015). Paris Agreement. Online verfügbar unter https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2019.
- Vallentin, D.; Wehnert, T.; Schüle, R.; Mölter, H. (2016). Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz. Was lässt sich aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier lernen? Kurzgutachten im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag. Hg. v. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Wuppertal. Online verfügbar unter https://wupperinst.org/uploads/tx_wupperinst/Strukturwandel_Lausitz.pdf, zuletzt geprüft am 30.08.2019.
- WBGU (2018). Zeit-gerechte Klimapolitik. Vier Initiativen für Fairness. 1. Aufl. Berlin. Online verfügbar unter https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/politikpapiere/pp9_2018/pdf/wbgu_politikpapier_9.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- Zeit Online (2018). Tausende Beschäftigte demonstrieren gegen Kohleausstieg. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-10/braunkohle-demonstration-arbeitnehmer-kohlekommission-gewerkschaft-kohleausstieg>, zuletzt geprüft am 15.11.2019.
- ZKS (2019). Revierperspektiven Rheinland – gutes Leben, gute Arbeit. Online verfügbar unter https://revierperspektiven-rheinland.de/wp-content/uploads/2019/01/Revierperspektiven-Rheinland_20190201.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- ZRR (2018). Strukturwandel in Echtzeit. Arbeitsgruppe Innovationsregion Rheinisches Revier. Jülich. Online verfügbar unter https://www.brd.nrw.de/regionalrat/sitzungen/2018/7AG_IRR_Vortrag_2.pdf, zuletzt geprüft am 30.08.2019.
- ZRR (2019a). 500 Teilnehmer beim Revierknotenaufakt: Auf dem Weg zu einem Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Revier. Online verfügbar unter <https://www.rheinisches-revier.de/nachrichten/500-teilnehmer-beim-revierknotenaufakt-auf-dem-weg-zu-einem-wirtschafts-und-strukturprogramm-fuer-das-rheinische-revier-2019-09-06/>, zuletzt geprüft am 17.10.2019.
- ZRR (2019b). Landesförderung für Zukunftsagentur Rheinisches Revier: Neun Millionen Euro stärken Region. Online verfügbar unter <https://www.rheinisches-revier.de/news/landesfoerderung-fuer-zukunftsagentur-rheinisches-revier-neun-millionen-euro-staerken-region-2019-08-30/>, zuletzt geprüft am 30.09.2019.
- ZRR (2019c). Resolution: Region muss eigenständig Strukturwandel gestalten. Online verfügbar unter <https://www.rheinisches-revier.de/news/resolution-region-muss-eigenstaendig-strukturwandel-gestalten-2019-05-03/>, zuletzt geprüft am 30.08.2019.

- ZRR (2019d). Wie geht es weiter nach dem Kommissionsbeschluss? Zukunftsagentur gibt Sachstand zum laufenden Verfahren. Online verfügbar unter <https://www.rheinisches-revier.de/nachrichten/wie-geht-es-weiter-nach-dem-kommissionsbeschluss-zukunftsagentur-gibt-sachstand-zum-laufenden-verfahren-2019-06-23/>, zuletzt aktualisiert am 13.10.2019.
- ZRR (2019e). Wir über uns. Engagement aus der Region für die Region. Online verfügbar unter <https://www.rheinisches-revier.de/ueber-uns/wer-steckt-dahinter>, zuletzt geprüft am 30.08.2019.
- ZRR (2019f). Zukunftsagentur Rheinisches Revier sucht zusätzliches Personal. Online verfügbar unter <https://www.rheinisches-revier.de/news/zukunftsagentur-rheinisches-revier-sucht-zusaetzliches-personal-2019-08-21/>, zuletzt geprüft am 30.08.2019.
- ZZ Forum; NSZZ "Solidarność"; OPZZ (2018). The Statement of the ZZ Forum, NSZZ "Solidarność" and OPZZ on their climate change and energy conservation policies which will be presented at COP24 in Katowice. Online verfügbar unter https://www.precop24.eu/fileadmin/user_files/precop/stanowiska/statement_of_trade_unions.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2019.

8 Anhang

A1: Operationalisierung der Forschungsfrage

Für den Interviewleitfaden wurde das Forschungsanliegen, die Governance des Strukturwandels im Rheinischen Revier zu erfassen, zunächst in verschiedene Dimensionen unterteilt. Dies geschah auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission WSB, die für diesen Zweck in die Kategorien *Prozessgestaltung*, *wirtschaftlich* und *sozial* eingeteilt wurden (vgl. Kapitel 2.3). Bei der anschließenden Operationalisierung wurden auch andere Publikationen wie der WBGU-Bericht zur *zeitgerechten* Klimapolitik und die IG Metall Veröffentlichung zu einer *Guten Industriepolitik* hinzugezogen (vgl. Kapitel 2.1.2 und 2.1.3). Hier trat insbesondere die Analysedimension der *Verantwortung* hervor.

Forschungsfrage (1. Version)	Analysedimension	Fragekomplex
Dimensionen und Governance des gerechten Strukturwandels im Rheinischen Braunkohlerevier	a) Prozessgestaltung	1) Partizipation 2) Teilnehmende am Prozess 3) Prozesssteuerung
	b) Sozial	4) Arbeitsplätze 5) Kulturerhalt 6) Sozialer Frieden
	c) Wirtschaftlich	7) Regionalkonzepte
	d) Verantwortlichkeit	8) Verantwortung des Landes 9) Verantwortung RWE 10) Lenkung und Verantwortung

A2: Beispielhafter Interviewleitfaden

I-5 vom DGB NRW

Vorab Informationen zu:

- Zweck und Inhalt der Untersuchung,
- Form und Zeitraum der Veröffentlichung
- Anonymisierung: Personenbezogene Daten werden anonymisiert
- Zustimmung zur Aufzeichnung und Nutzung der Daten

Eingangsfrage

1. Über die Bedeutung von Gerechtem Strukturwandel wird derzeit vielerorts debattiert. Was bedeutet er für den DGB NRW?

Arbeitsplätze

2. Im Bericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ werden Übergangszahlungen und Qualifikation für die Beschäftigten im Braunkohlesektor empfohlen. Welche weiteren konkreten Maßnahmen fordert der DGB NRW?
3. Wie ist Ihre Einschätzung: Welche Herausforderungen wird es bei der Schaffung gleichwertiger Arbeitsplätze im Rheinischen Revier geben?

Regionalkonzepte

4. Im Bericht der Kommission wurden mehrere Regionalkonzepte für das Rheinische Revier erarbeitet, unter anderem soll es Modellregion für Energie und Mobilität werden. Wie bewerten Sie diese Ausrichtungen?
5. Frau Weber hat im vergangenen Jahr den Revier-Appell von ver.di und der IG BCE mit unterzeichnet. Darin wird gefordert, dass der Industrie auch zukünftig eine wichtige Rolle im Rheinischen Revier zukommt. Welche industriellen Ansiedlungen wären besonders vielversprechend?

Verantwortung und Lenkung

6. An dem Prozess des Strukturwandels sind Bund, Länder und Kommunen beteiligt. Wo liegt Ihrer Meinung nach in den kommenden Jahren die politische Hauptverantwortung für die Gestaltung?
7. Was erwarten Sie von RWE als Arbeitgeber, um einen gerechten Strukturwandel voranzutreiben?

Prozessgestaltung

8. Wo sieht der DGB NRW seine Aufgaben in der Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier, auch in Abgrenzung zur IG BCE und ver.di?

Partizipation

9. Wie kann der DGB NRW die direkte Beteiligung von Beschäftigten in dem Prozess des Strukturwandels fördern?

Sozialer Frieden

10. Im Rheinischen Revier gab es in den letzten Jahren viele Konflikte. Inwiefern setzt sich der DGB NRW für den sozialen Frieden in der Region ein? Welche Möglichkeiten hat er?

Ausblick Automobil

11. Ein weiterer Strukturwandel steht bevor: in der Automobilindustrie. NRW als einer der wichtigsten deutschen Standorte der Automobilindustrie wird auch davon stark betroffen sein. Inwiefern bereitet der DGB NRW sich bereits auf dieses Thema vor?

Schlussfrage

12. Was möchten Sie sonst noch sagen? Haben wir ein Thema vergessen, das Ihnen wichtig ist?

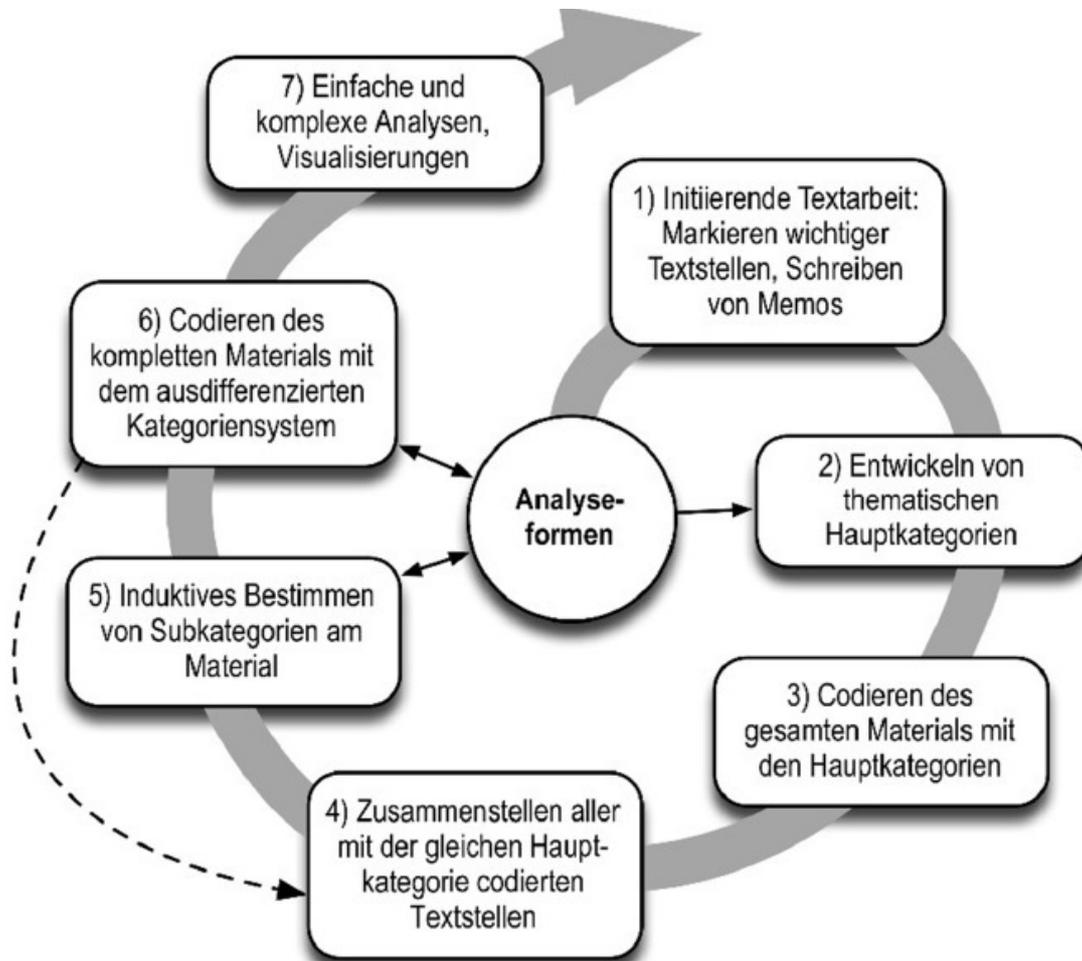
A3: Transkriptionslegende

Angelehnt an Misoch, Sabina (2015). *Qualitative Interviews. De Gruyter: Oldenburg*. S. 261.

Transkript	Bedeutung
[Person]	Kürzel der Person, die spricht
...	Pause
Hm, Ah, Ähm, yo, ne	Fülllaute sind kenntlich gemacht
(undeutlich)	Aussage undeutlich
(?)	Wenn ein Wort(abschnitt) in der Aufnahme nicht verständlich ist
–	Gedankensprung
-	Absatz und neue Person = Person wird durch andere Person unterbrochen
[lachen, Hundebellen, Kommentar]	Geräusche, Vorgänge, die die Interview-Situation beeinflussen
[[anonymisiert]]	editorische Anmerkungen
<i>Kursiv</i>	Betonung durch Befragten
[#00:10:58]	Zeitmarken ungefähr zu jeder vollen Minute

A4: Schematische Darstellung inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse

Entnommen aus Kuckartz, Udo (2016): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 3., überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. S. 100.



A5: Paraphrasierungen**I-1, IG BCE Alsdorf**

22-24	Die neuen Arbeitsplätze müssen vor Ort entstehen, nicht nur in den Ballungszentren.
28-34	Die neuen Arbeitsplätze sollen nachhaltige Industriearbeitsplätze sein, etwa Kunststoffrecycling-Betriebe.
45-51	Kritik am Vorschlag zu Logistikzentren. Neuansiedlungen müssen nachhaltig sein.
65-70	Kritik am Vorschlag der Batteriewerke: Die sind nicht nachhaltig
76-80	Zustimmung für Erneuerbare Energien im Rheinischen Revier, sofern es industrielle Arbeitsplätze sind
78-91	Vorschlag: Kunststoffrecycling im Rheinischen Revier
95-100	Kritik am Bericht der Kohlekommission: Es braucht eine globale Energiewende
104-109	Vorschlag: Das Revier als Innovationsregion für Speicherlösungen
109-115	Flächen als eines der größten Probleme des Reviers
136-141	Die Schaffung von "Guter Arbeit" wird erst mal kein Problem sein
144-146	Forderung nach Lohnausgleich bei Strukturwandel aus politischen Gründen
148-152	Herausforderung: Passung von Qualifikation und neuer Beschäftigung
152-154	Grundsätzlich optimistisch was das Thema Arbeit betrifft
169-176	Beim APG müssen Rentenabschläge und Aufstockungsbeiträge mitgedacht werden. Dann wird die Absicherung der Beschäftigten fast flächendeckend sein.
177-189	Problematischer wird es sein, für Nachwuchs zu sorgen. Um dem vorzubeugen, ist vor allem Qualifikation und eine klare Perspektive notwendig.
195-199	Aufforderung an RWE, weiter im Rheinischen Revier zu bleiben.
200-201	Es ist wichtig, die Arbeitsbedingungen attraktiv zu halten, um Nachwuchs zu begeistern.
202-205	Vgl Strukturwandel Ruhrgebiet: Das Lohnniveau für Steinkohle ist über die Jahre kontinuierlich gesunken.
206-208	Im letzten Jahr gab es einen guten Tarifabschluss in der Braunkohle.
214-219	Die Ausbildung bei RWE hat einen guten Ruf. In den letzten Jahren wurde allerdings viel befristet eingestellt, was das Unternehmen jetzt erst langsam ändert.
224-233	Die Bewerberzahlen für Ausbildungen sind in Ordnung. Es ist aber fraglich, ob das zukünftig so bleibt, denn die wenigen Schulabgänger wollen vielleicht lieber ins Büro.
243-245	Bergleute fühlen sich in der Öffentlichkeit verunglimpft.
248-251	Auch der Rückhalt durch RWE nimmt ab, es kam in den letzten Jahren zu Arbeitsplatzabbau und Kürzung von betrieblichen Leistungen. Das ist frustrierend für die Beschäftigten.
255-261	Jüngere und ältere Arbeitnehmer gehen unterschiedlich an den Braunkohleausstieg heran. Sorgen haben vor allem die Jüngeren.
264-268	Generell gilt: Der Bericht der Kohlekommission wird akzeptiert, da er Klarheit schafft und eine Planung ermöglicht.
270-273	Kritik an der politischen Steuerung des Strukturwandels im Ruhrgebiet.

274-277	Eine weitere Diskussion über die Ergebnisse der Kohlekommission soll vermieden werden. Daher werden Bewegungen wie Fridays for Future skeptisch gesehen.
277-281	Die Konflikte vor Ort zermürben und frustrieren die Kollegen
286-294	Die Beschäftigten bekommen sowohl von Unternehmen, Politik als auch Umweltaktivisten einen auf den Deckel. Das ist schmerzhaft.
295-297	Die Aktion Schnauze voll war notwendig, um Frustrationen zu kanalisieren
299-301	Eine weitere Diskussion über die Ergebnisse der Kohlekommission soll vermieden werden.
301-305	Vergleich mit dem Verkehrssektor: Warum passiert dort nichts?
311-316	Die Aktion Schnauze voll als gelebte Mitbestimmung.
318-321	Es gibt Gespräche der BCE mit Unternehmen, Politik und AktivistInnen
324-325	Es gibt gemeinsame Protestaktionen von BCE und ver.di
329-331	Weitere Protestaktionen sollen folgen, je nachdem, ob der Kommissionsbericht umgesetzt wird
331-336	Es herrscht Zurückhaltung gegenüber den Menschen im Hambacher Forst, auch aus Angst vor Gewalt.
336-345	Die Situation im Hambacher Forst knabbert am Rechteempfinden vieler Beschäftigter
348-350	Es ist schwierig, weiter mit der Klimabewegung und anderen andersdenkenden Gruppen im Dialog zu bleiben.
352-357	2016 fanden erste ergiebige Dialoge mit VertreterInnen der Klimabewegung statt.
357-360	Gewaltfreiheit ist der BCE wichtig.
360-365	Ergebnis der Dialoge mit der Klimabewegung war eine gemeinsame Veranstaltung 2017. Dass das Klimacamp 2017 einen gewaltfreien Aktionskonsens gegeben hat, schreibt die IG BCE dem Austausch zu.
365-370	Es gibt einen Unterschied zwischen normalen AktivistInnen und den "Gewalttätern" im Hambacher Forst
370-377	Er stellt den Dialog mit den AktivistInnen in Frage, da er nicht weiterhilft wenn es um vermeidliche Gewalt im Hambacher Forst geht.
377-385	Die Positionen BCE-Klimabewegung sind inhaltlich sehr weit voneinander entfernt. Auf Veranstaltungen wird der Dialog schnell emotional oder sogar beleidigend. Auf beiden Seiten gibt es Skepsis, was den Austausch angeht.
388-392	Es gibt massive Anfeindungen in den Sozialen Netzwerken
392-396	In der BCE werden extremere Ansichten durch den Dialog kanalisiert. Es ist wichtig, im Gespräch zu bleiben.
401-410	Die BCE war mit den OrganisatorInnen des Klimacamps im Gespräch. Diese sind nicht ohne weiteres Gruppierungen zuzuordnen, was den Dialog schwierig gestaltet.
413-416	Die Vielzahl an Gruppierungen in der Klimabewegung erschwert eine Einigung über einen gegenseitigen Gewaltverzicht, den die BCE sich wünscht.
419-422	Die BCE lehnt Gespräche mit den Buirern für Buir ab, weil sie in zu engem Kontakt mit den AktivistInnen im Hambacher Forst stehen
423-426	Die Buirer für Buir sprechen nur für einen kleinen Teil der Bürger vor Ort.
427-429	Den Buirern für Buir wird inkongruentes Verhalten nach dem Erscheinen des Berichts der Kohlekommission unterstellt.

439-441	Die Buirer für Buir polarisieren und tragen damit zur Spaltung des Reviers bei.
449-457	Für die Gestaltung des Strukturwandels sind kommunale PolitikerInnen und Gewerkschaftsvereinigungen wichtig sowie die Schaffung von Plattformen, auf denen man sich austauschen kann. Das wurde im Vorfeld versäumt.
457-462	Momentan werden in der Öffentlichkeit nur die wahrgenommen, die am lautesten sind. Und das, obwohl die Region „mit der Braunkohle gelernt hat zu leben und lebt.“
462-468	Das Thema der Umsiedlungen wird von außen instrumentalisiert. Viele Leute wollen umsiedeln und haben ihre Zukunftsplanung darauf ausgerichtet.
469-474	Die BraunkohlegegnerInnen stammen größtenteils von außerhalb und nicht aus der Region.
474-485	Es braucht organisierte Plattformen, etwa Bürgerversammlungen, in denen man sich austauschen kann. Dafür ist aber auch wichtig zu definieren: Wer gehört dazu? Wo beginnt und wo endet das Rheinische Revier? Das ist bisher nicht klar.
488-495	Die Politiker vor Ort gehen grundsätzlich ihrem Job gut nach, doch denken oft zu sehr an ihre eigenen Kommunen. Es braucht einen übergeordneten Blick, denn nicht überall können Industrieansiedlungen entstehen.
498-506	Die Landesregierung ist in der Pflicht, interkommunale Prozesse zu organisieren.
506-510	Ziel des Austauschs zwischen den AkteurInnen sollte ein gemeinsames Überlegen sein: Wie stellen wir uns die Zukunft hier vor, was wollen wir?
510-517	Wichtige, offene Fragen für einen Austausch sind: Reicht ein Naherholungsgebiet, um Arbeitsplätze zu halten und wie bekommen wir Industriearbeitsplätze organisiert?
518-523	In der Kommission hat eine Beteiligung gefehlt. Es ging alles zu schnell.
523-529	Man muss sich jetzt an den Kommissionsbericht halten als gemeinsame Idee für die Region. Außerdem muss die Landesregierung mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommen.
530-535	Kritik an der bisherigen Bürgerbeteiligung, vor allem den Bürgerbeiräten bei den Umsiedlungen.
535-539	Die Landesregierung könnte etwas Entspannung in die Situation bringen und zur gemeinsamen Gestaltung aufrufen. Er ist skeptisch, ob sie das als ihre Aufgabe wahrnehmen wird.
541-547	Verständnis für die bisherige Zurückhaltung der Landesregierung. Hoffnung, dass sich das ändern wird, sobald im Bund Entscheidungen getroffen wurden.
550-559	Die BCE ist Gesellschafter der Zukunftsagentur. Zusammen mit den Gesamtbetriebsräten wirbt sie in der regionalen Politik für eine Umsetzung des Kohlekompromisses. Auch mit anderen Akteuren wie der IHK oder der Arbeitsagentur steht sie im Kontakt.
559-565	Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaftsbund: der DGB ist für das Thema Strukturwandel generell verantwortlich, während BCE und ver.di sich um die Arbeitsplätze vor Ort kümmern.
572-574	Es gibt ein Lebensgefühl Bergmann
575-587	Mit dem Beruf Bergmann geht eine starke Loyalität dem Unternehmen einher, die die Umweltaktivisten nicht verstehen. Ein Versuch des Schulterschlusses mit den Gewerkschaften gegen RWE ist deswegen gescheitert.
587-595	Der Balanceakt zwischen Unternehmensloyalität und ArbeiterInnenvertretung ist nicht immer einfach. Abgrenzung zu RWE ist auch oft notwendig.
595-604	Diese Mentalität des Zusammenhalts lässt sich mit Blick auf die Vergangenheit er-

	klären: Im Bergbau wurden die ersten Sozialversicherungssysteme organisiert, es gab die Montanmitbestimmungsrechte, einen seit jeher hoher Organisationsgrad der Gewerkschaften.
604-609	Vehemente Abwehr des Gedanken, sich gegen das Unternehmen zusammenzuschließen. Die Aktionen der Umweltaktivisten treffen auch <i>immer</i> die Beschäftigten.
609-615	Der Zusammenhalt im Ruhrgebiet und im Rheinischen Revier ist von der Bergbaumentalität geprägt: hart aber herzlich, ein "total angenehmes Miteinander".
626-631	Die AkteurInnenszene der Umweltbewegung ist unübersichtlich, was den Austausch erschwert.
631-639	Die Positionen der linken Szene sind zu schlicht. Ein Ausstieg aus der Braunkohle muss auch erträglich für die Menschen vor Ort sein.
639-649	Auch im Verkehrssektor müsste sich was verändern, dort MM finden aber gerade sogar eher gegenteilige Entwicklungen statt.
650-656	Es gibt eine starke Schwarz-Weiß-Sicht in der Diskussion um Klimaschutz
660-663	Es gibt viel Zorn unter seinen KollegInnen. Polarisierungen müssen aufhören.
663-671	Ob der Hambacher Forst erhalten bleibt, ist unklar.
671-674	Die Umsiedlungen sind ein weiterer Konfliktherd
674-682	Der Kohlekompromiss ist eine Möglichkeit, Befriedung in die Region zu bringen. Dies wird aber von diversen Aktionen der AktivistInnen durchkreuzt, die immer wieder aufs Neue verunsichern.
693-704	Parallel zur Gesetzgebung der Bundesregierung bereitet die örtliche BCE sich bereits auf eine Begleitung durch Tarifverträge und andere Vereinbarungen vor. Man wartet auf die Regelungen zum APG-Gesetz, ist aber zuversichtlich, dass das alles gut verlaufen wird.
704-716	Hinsichtlich des APG: Vermutlich wird der schwierigste Punkt werden, mit RWE auszuhandeln, wer wann aufhören darf. Dahinter steckt ein großer personalwirtschaftlicher Aufwande, der von den Gewerkschaften in den nächsten Jahren begleitet wird.
708-712	Die Langfriststrategie ist eine Daueraufgabe für die Gewerkschaften: Wer darf wann aufhören.
716-724	Die politischen Auseinandersetzungen sind gerade eher in den Hintergrund gerückt, nachdem im vergangenen Jahr viele Aktionen stattfanden.
724-733	Es besteht eine enge Abstimmung mit den anderen Braunkohleregionen über die Hauptverwaltung in Hannover. Unterschiede in den Ausstiegsbedingungen soll es nicht geben.

I-2, Initiative GGK

Zeile	Paraphrasierung
7-10	Haltung von DGB und ver.di zum Klimawandel ist durchaus in Ordnung.
20-26	Es besteht eine starke Bindung von ver.di und IG BCE an RWE
29-39	RWE unterstützt die Demonstrationen der Gewerkschaften mit Bussen und Lohnkompensationen.
46-53	Die in ver.di organisierten Beschäftigten in den Kraftwerken schlossen sich den Protesten für Braunkohle an, obwohl auf Bundesebene ein schnellstmöglicher Ausstieg beschlossen worden ist.
57-59	Innerhalb von ver.di gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Der Energiebereich stellt nur 10 Prozent der Mitglieder.
69-76	Vorschlag seiner Initiative: In den Braunkohleregionen sollen Gesellschaften gebildet werden, die die Beschäftigten übernehmen und idealerweise von den Kommunen getragen werden
76-84	Viele der Beschäftigten werden bis zum Ausstieg in Rente gegangen sein. Für die anderen sollen Qualifizierungsmaßnahmen greifen, etwa in der Renaturierung.
84-89	Seine Initiative unterstützt das Konzept von Greenpeace Energy.
89-103	Ein weiterer Vorschlag für den Strukturwandel im Rheinischen Revier ist die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Ein Lohnausgleich soll von RWE getragen werden, das sich die Gelder dann bei dem Land oder der Arbeitsagentur zurückholt.
109-111	Vorschlag: Die Kommunen sollen Träger einer Übernahmegesellschaft werden unter der (kostenmäßigen) Beteiligung von RWE
118-126	Auf der ver.di Landeskonzferenz im März hat seine Initiative drei Anträge eingebracht: Zum Erhalt des Hambacher Waldes, zur Beendigung der Braunkohleverbrennung bis 2030, zum Ausbau des Personennah- und -fernverkehrs. Sie wurden angenommen.
126-130	Seine Initiative hat auf der ver.di-Landskonferenz im März einen Antrag eingebracht, in den Regionen, die von dem Braunkohleausstieg betroffen sind, breite Debatten unter allen Mitgliedern zu organisieren. Er wurde angenommen.
132-133	Alle Anträge, außer der zum Hambacher Wald, werden nun auch auf dem Bundeskongress im September eingehen.
141-148	Auf Landesebene unterstützt ver.di die Stilllegung der Kraftwerke und Fridays for Future, auch wenn es keine direkte Beteiligung an den Demonstrationen gibt.
148-160	VertreterInnen verschiedener Gewerkschaften haben auf den Demonstrationen in Düsseldorf bereits Grußworte gesprochen. FFF durfte am 1.Mai auf der Kundgebung in Köln und Düsseldorf sprechen.
162-166	Die IG BCE ist Annäherungen an die Klimabewegung gegenüber skeptisch.
173-181	Gedanke hinter der Einbringung von ver.di-Mitglieder in der Region: Die Diskussion soll nicht nur von Beschäftigten geführt werden, sondern auch von betroffenen AnwohnerInnen, die bei ver.di organisiert sind.
181-188	Mögliche Themen für eine Debatte unter ver.di-Mitgliedern in der Region sind: welche Wirtschaft soll nach der Braunkohle kommen? Welche Lösungen gibt es für notwendige Infrastrukturen?
201-215	Die Debatte zum Strukturwandel findet zurzeit unter Vertrauensleuten und in gewerkschaftlichen Gremien statt. Sie sollten in die Öffentlichkeit verlagert werden, damit mehr Menschen daran teilnehmen können.

220-226	Mitbestimmung ist zurzeit noch über die betrieblichen Strukturen bestimmt, also über Betriebsräte und Vertrauensleute. Die bilden nicht das volle Spektrum der Meinungen ab.
227-231	Seine Initiative findet Unterstützung, ihre Position ist sogar schon mal im Nachgang zur offiziellen Gewerkschaftsposition geworden. Das war der Fall bei der Forderung, dass es keine Arbeitslosigkeit geben darf.
233-247	Seine Initiative hat sich im Sommer 2016 als Reaktion auf die Kampagne Schnauze voll gegründet. Sie haben sich seither zweimal am Klimacamp und an anderen Aktionen und Demonstrationen der Klimabewegung beteiligt. Momentan liegt ihr Schwerpunkt darauf, Anträge bei ver.di einzubringen.
250-263	Die Initiative besteht aus etwa 100 Mitgliedern, die hauptsächlich aus NRW stammen.
270-286	Auf dem Klimacamp 2016 gab es ein Treffen mit der IG BCE, nach welchem feststand: die Positionen sind unvereinbar. Es wurde ein gegenseitiger Gewaltverzicht vereinbart.
286-299	Seine Initiative ist nach dem Klimacamp 2016 noch zu zwei weiteren Treffen mit der BCE eingeladen worden, die von der Klimabewegung organisiert worden sind. Dann folgten keine weiteren Einladungen, er vermutet, weil die BCE den Kreis der Gesprächspartner nicht wie gewünscht auf die Vertrauensleute erweitern wollte. Die Diskussionen wären dann schwieriger geworden.
300-315	Ver.di war bei vermittelnden Gesprächen mit der Klimabewegung nie mit dabei und mied auch Aktionen wie das Klimacamp. Es gibt eine Arbeitsteilung zwischen der BCE und ver.di, die BCE ist für die öffentlichen Diskussionen zuständig.
318-326	Es gibt eine Studie von ver.di zum Braunkohleausstieg und Beschäftigungseffekten bei einem Ausstiegsdatum 2045.
327-325	Es gibt eine Studie von Greenpeace Energy zu Energiegenossenschaften im Rheinischen Revier
338-344	Seine Initiative steht im engen Austausch mit den Buirern für Buir, Vertretern der Linken im Regionalrat (Peter Sänger) und Ende Gelände
347-356	Seine Einstellung zu der Besetzung im Hambacher Wald ist eher skeptisch.
360-371	Die BCE instrumentalisiert die Besetzung, um gegen die ganze Klimabewegung Stimmung zu machen, was er nicht in Ordnung findet. Von der BCE gehe zum Teil auch Gewalt aus.
371-374	Ver.di hat sich von der Aktion Schnauze voll distanziert, nachdem anfangs einige betriebliche Mitglieder dabei gewesen sind.
380-384	Es gibt schon Versuche, eine Diskussion zum Strukturwandel in der Region zu schaffen. Derzeit wird diese vor allem von PolitikerInnen geführt.
384-397	Vergleich mit dem Ruhrgebiet: Dort wurde alles "in Düsseldorf" entschieden, es gab große Projekte, aber eine Rücksprache mit den Bürgern fehlte.
397-400	Konkrete Gestaltungsvorschläge wie die der Buirer für Buir bereichern die Diskussion.
400-404	Es gibt gute Möglichkeiten, für Fachkräfte neue Beschäftigung zu finden.
404-408	Er spricht sich gegen Logistikzentren mit schlechten Arbeitsbedingungen aus.
411-422	Er befürwortet das Konzept von Greenpeace Energy als neue Quelle von Arbeitsplätzen
429-437	Tatsächlich ist es ein Problem, die Menschen in den Erneuerbaren Energien gewerkschaftlich zu organisieren und so für gute Löhne zu sorgen. Es gibt aber auch Positivbeispiele wie Siemens, wo die IG Metall viel Einfluss hat.

437-450	Sollten Erneuerbaren Energien in der Region kommen, ist es dann die Aufgabe von ver.di und BCE, die Leute zu organisieren. Davor können sie sich nicht drücken. Auch hängt es davon ab, wer der Betreiber wird, wie einfach oder schwierig diese Organisation wird.
450-451	RWE soll Erneuerbare Energien in der Region schaffen. Das würde zu ihrer Übernahme von innogy passen.
453-461	Es gibt einen Konkurrenzkampf zwischen BCE und ver.di: Für den Betrieb von Erneuerbaren wäre eigentlich ver.di als Gewerkschaft zuständig. Die BCE würde bei so einer Neuaufstellung der Industrie voraussichtlich Mitglieder verlieren.
467-468	Die IG BCE führt den Diskurs zum Strukturwandel im Rheinland.
488-497	RWE soll das Konzept von Greenpeace Energy umsetzen. Damit würde der Konzern Verantwortung für die Beschäftigte, Gesellschaft und Klima übernehmen.
498-502	Viele Kommunen in der Region halten Anteile bei RWE und könnten das Unternehmen zu einem Kurswechsel bewegen. Sie sind dazu aber zu vorsichtig.
507-518	Das Land ist für den politischen und juristischen Bereich des Strukturwandels verantwortlich. Es könnte etwa Gesetzgebung zum Hambacher Wald, zum Strukturwandel und zu der Bürgerbeteiligung in den Entscheidungsprozessen erlassen. Das tut es aber nicht „aus Rücksicht auf RWE“.
519-512	In der Diskussion um die CO2-Steuer zeigt sich auch eine Inkonsequenz beim Bund.
526-540	Vergleich mit der Politik im Automobilbereich, wo es viele kontraproduktive Entwicklungen gibt
547-551	Seine Initiative möchte sich langfristig auch mit dem Thema Verkehrswende auseinandersetzen.
554-557	Eine Forderung seiner Initiative ist der Ausbau des ÖPNV und des Fernverkehrs.
561-571	Beitritt von ver.di bei den Trade Unions Energy Democrats: Diese setzen sich für eine Demokratisierung der Energieversorgung ein.
575-582	Zwar haben viele Gewerkschaften progressive Positionen zum Klimawandel. Aber es fehlt an einer gewerkschaftlichen Beteiligung auf der Straße, also an den Protesten von FFF und anderen Gruppen der Klimabewegung.
598-605	Es ist auch an den Mitgliedern, mehr Beteiligung zu organisieren. Beschlüsse etwa aus der Landesbezirkskonferenz müssen mehr nach außen kommuniziert werden.

I-3, Buirer für Buir

3-12	Gerechter Strukturwandel bedeutet die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen.
17-31	Ein Ziel der Buirer für Buir ist der Erhalt des Hambacher Waldes sowie die Schaffung von Grünflächen „rundum im Rheinland“.
31-34	Die Gestaltung der eigenen Lebensumgebung ein wichtiges Thema für die Buirer für Buir.
36-49	Wichtig ist den Buirern für Buir der Erhalt der Dörfer, die nicht mehr für den Tagebau abgerissen werden müssen. In ihnen soll Altes mit Neuem verbunden werden und „Dritte Orte“ entstehen, etwa eine Passivhaussiedlung am Hambacher Wald.
60-69	Die Buirer für Buir haben das Thema Strukturwandel bereits vor dreieinhalb Jahren mit den Revierperspektiven Rheinland – Rote Linie A4 aufgegriffen. Darin haben sie Vorschläge entwickelt, was mit dem Gebiet um die alte A4-Trasse herumgeschieht.
70-81	Mit dem Einsetzen der Kohlekommission hat sich parallel ein zivilgesellschaftlicher Koordinierungskreis aus Umweltverbänden und anderen Initiativen sowie engagierten Privatpersonen gegründet. Dieser hat ein neues Konzept „Revierperspektiven Rheinland“ entwickelt.
81-89	Der Koordinierungskreis hat sich unter anderem intensive mit damit befasst, welche Industrien und Gewerbe sinnvoll für die Menschen in der Region sind.
89-94	Der Koordinierungskreis soll Mitte Juli mit der Gründung eines Vereins institutionalisiert werden, um sich „überall einklagen zu können“.
100-111	Unzufriedenheit über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Diese werden zwar im Kohlekommiss gefordert, aber es fehlt an konkreten Vorschlägen. Beteiligung über die Gesetzgebung wie bei Planungsverfahren reichen nicht aus.
111-118	Bürgerinitiativen sollen einen Platz in der Zukunftsagentur bekommen und dort über Fragen wie Flächennutzung und Projektförderung mitbestimmen.
118-122	Flächennutzung: Erst sollen Bestandsflächen verplant werden, bevor neue versiegelt werden.
122-126	Ideal wäre, wenn die Zivilgesellschaft von Anfang an in zentralen Gremien mitgedacht werden würde und sich nicht erst einklagen müsste. Zurzeit ist das nicht der Fall.
130-139	Zu den Vorteilen der Vereinsgründung gehört, dass man sich damit auf Vergabeverfahren bewerben kann. Insbesondere die Förderungen für Bürgerbeteiligung sind interessant.
145-149	Hohe Belastung durch das Engagement. Die Arbeit ist allein im Ehrenamt nicht mehr leistbar, es braucht Hauptamtliche für die kommenden Prozesse.
154-169	Die wurde eingerichtet im Auftrag der Landesregierung und hieß zunächst Innovationsregion Rheinisches Revier. Finanziert wird sie durch die Tagebau-Anreihnerkommunen und RWE, die auch im Aufsichtsrat darin vertreten sind. Personell schwach besetzt. „Verfilzung zwischen Landespolitik und Braunkohlekonzern“.
169-175	Die Zukunftsagentur vergibt Projektaufträge insbesondere an RWE.
175-191	Im nächsten Schritt ist es wichtig, dass die Zukunftsagentur sich vergrößert und um andere Akteure erweitert. Entsprechende Mittel müssen fließen, es müssen Netzwerke in die Kommunen ausgebaut werden, ein Controlling muss aufgesetzt werden. Das braucht alles Zeit, nur so kann die korrekte Vergabe der AB Finanzmittel zu gewährleistet werden.
194-197	Eine Beteiligung des Zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreises an der Zukunftsagentur ist politisch nicht gewollt.

197-212	Über die Böden hat RWE noch immer einen großen Einfluss in der Region. Von diesen „extremen Abhängigkeiten“ muss man sich zunächst lösen, bevor man den Strukturwandel angehen kann.
216-220	Die Buirer für Buir arbeiten eng mit dem ZKS zusammen, dem unter anderem der BUND angehört.
220-227	Zusammen mit Greenpeace Energy wollen die Buirer für Buir eine Energiegenossenschaft in der Region gründen. Generell unterstützen sie das von Greenpeace Energy veröffentlichte Konzept der Reinrevier-Wende.
227-233	Idee zum Thema Böden im Greenpeace-Energy Konzept: RWE muss als Gegenleistung die Böden an die Kommunen zurückgeben. Bürger können dann an Ideen für die zukünftige Nutzung mitwirken.
233-243	Ein wichtiger Partner ist Germanwatch, mit dem die Buirer für Buir unter anderem Veranstaltungen gestalten und einen Förderantrag zum Thema Dritte Orte eingereicht haben.
243-251	Die Buirer für Buir stehen mit einem Partizipationsforscher aus Essen im Austausch. Es besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit ihm einen Beteiligungsprozess für das Rheinische Revier zu entwerfen.
256-265	Die Landesregierung ist in der Pflicht, einen Partizipationsprozess mit den AkteurInnen in der Region zu organisieren. Dazu gehören Kirchen, Zivilgesellschaft, Wirtschaftsvertretungen und –verbände und KommunalpolitikerInnen.
266-273	Partizipation ist eine Chance, den sozialen Frieden in der Region wiederherzustellen.
273-282	Strukturwandel kann nur mit den Menschen vor Ort gestaltet werden. Ansonsten kommen immer wieder Konflikte auf, etwa wenn es um die Vergabe der Mittel geht.
285-300	Ein vielversprechender Vorschlag für Bürgerbeteiligung ist die Planungszelle. Ein solches Verfahren kann nur von der Landesregierung implementiert werden, da es sehr teuer und aufwändig ist.
303-309	Am KWI in Essen, mit dem die Buirer für Buir in Kontakt stehen, wird zu Bürgergremien mit ExpertInnenbegleitung geforscht.
313-327	In Bezug auf Arbeitsplätze setzen sich die Buirer für Buir für tarifgebundene Arbeitsplätze ein, die auch für Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad zugänglich sind. Es darf nicht alles nur auf „Digitalisierung, Automatisierung et cetera“ abzielen. Ideal wären KMU, da die solide Anstellungen über Konjunkturschwankungen hinweg versprechen.
327-335	Es ist wichtig, dass die Arbeitsstellen in der Region geschaffen und Pendeln vermieden wird. Nur das ist nachhaltig.
335-339	Eine konkrete Idee sind Co-Working Spaces in Manheim mit Bildungsangeboten im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit.
339-352	Das Rheinische Revier ein Ort mit großem Angebot zur Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung werden, gerade weil hier viel Natur zerstört worden ist.
353-361	Die Empfehlungen der Kohlekommission sind auf die Industrie zugeschrieben. Die Frage der Verwendung der Gelder kam zu kurz.
361-368	Dass das Thema Nachhaltigkeit in dem Bericht der Kohlekommission Erwähnung findet, ist ein hart errungener Erfolg.
373-382	Die SPD ist in NRW der „Industriepolitik der 70er und 80er Jahre“ verhaftet. Bei den derzeitigen politischen Machtverhältnissen werden voraussichtlich vor allem an die Industrie Mittel vergeben.
382-395	Alternative Förderschwerpunkte müssen „von unten“ erarbeitet werden. Das ist nicht so einfach, insbesondere da die Buirer für Buir als Gegner von RWE gelten und es

	in der Region ein Schwarz-Weiß-Denken gibt. Positivbeispiel ist die Kommune Merzenich, die mit den Buirer für Buir und dem Kirchenkreis Jülich zusammenarbeitet und Ideen entwickelt, wie man mit dem fast leerstehenden Ort Morschenich umgehen kann.
400-403	Im Rheinischen Revier ist eine kulturelle Identität nicht so stark ausgeprägt wie in der Lausitz.
403-413	Kulturelle Identität bedeutet für das Rheinische Revier vor allem ländliche Prägung. Diese soll auf Dauer erhalten bleiben.
418-436	Der Konflikt in der Region ist in den letzten sieben oder acht Jahren entstanden und hat sich allmählich verschärft. Gegen die in der Öffentlichkeit stehenden Mitglieder der Initiative wurde auf Sozialen Medien und mit Plakaten gehetzt. Mitglieder der IG BCE haben vor dem Haus von Antje Grothus demonstriert, gegen ihn wurden Morddrohungen ausgesprochen und das Auto der Initiative in Brand gesetzt.
441-451	Die Anfeindungen gegen die Klimabewegung sind unverhältnismäßig. Vor Ort löst vor allem die Frage des Erhalts der Dörfer Konflikte aus. Es lässt sich unterteilen in diejenigen, die bleiben und Neues gestalten wollen und diejenigen, die umsiedeln möchten. Letztere beklagen die Häuserpreise und die zerfallende Dorfgemeinschaft.
460-473	Die Kommunalpolitiker und die Landesregierung befeuern den Konflikt durch einseitige Parteinahme, etwa auf den Demonstrationen der IG BCE. Die Städte haben Stellungnahmen herausgegeben, die sich „völlig undifferenziert gegen die Klimabewegung insgesamt richtet“. Diese Geschehnisse rufen tiefe Verletzungen hervor.
474-483	Die Buirer für Buir haben Ministerpräsident Laschet mehrmals angeschrieben und eingeladen, nach Buir zu kommen, ohne eine Antwort zu erhalten. Die Initiative wünscht sich, dass der Konflikt wahrgenommen wird. „Kommunen und Landesregierung sind Teil des Problems“
483-487	Es braucht eine „übergelagerte Instanz“, etwa eine Forschung, die aus einer wissenschaftlichen Analyse heraus Handlungsempfehlungen für die Landesregierung ableitet.
487-496	Die Kommunen allein sind dem Konflikt nicht gewachsen, weil sie nicht aus dem Schwarz-Weiß-Denken herauskommen. Auch die Landesregierung wird dem Auftrag, mit allen vom Tagebau betroffenen zu reden, nicht gerecht.
503-517	RWE muss seinen MitarbeiterInnen ehrlich vermitteln, dass ihre Anstellungen nicht gefährdet sind.
517-521	Problematisch in Bezug auf die Braunkohle-Arbeitsplätze könnten sein, dass sich mit dem Strukturwandel Funktionen verändern und damit der Stellenwert der Anstellung.
522-529	RWE soll eine Zusage machen, dass das Unternehmen Erneuerbare Energien in der Region ansiedelt.
540-556	RWE hat die Verantwortung, die Dienstleister- und Zuliefererjobs, die es im Laufe der Jahre ausgelagert hat, in neue Beschäftigung zu bringen. Viele der Betriebe haben sich auf RWE als Arbeitgeber spezialisiert. Die Beschäftigten werden nicht von Gewerkschaften vertreten und haben in den Kommunen „kein hohes Ansehen“. Sie werden oft von ausländischen Mitarbeitern gemacht. Es handelt sich dabei um ein paar tausend Mitarbeiter.
556-562	Viele angebliche indirekt von der Braunkohle abhängige Arbeitsplätze werden erhalten bleiben, etwa die oft genannten Bäckereien.
564-574	Es besteht schon länger Kontakt zu ähnlichen Initiativen in der Lausitz, der sich mit der Arbeit der Kohlekommission nochmal intensiviert hat.
574-587	Die Regionen können voneinander lernen. Die Lausitz ist etwa schon beim Thema Restseen weiter als das Rheinische Revier. Dort wiederum gibt es rechtliche Zu-

	sammenschlüsse, die für die Lausitz interessant sind.
587-590	Aus dem Austausch zwischen den betroffenen Braunkohleregionen kann eine Bürgerlobby entstehen, die sich besser für gemeinsame Belange einsetzen kann.
590-598	Die Rekultivierung ist eine der größten Herausforderungen des Strukturwandels.
598-619	Es gibt große Risiken bei der Rekultivierung. Die Landesregierung ist sich darüber nicht bewusst.
625-630	Im Ruhrgebiet ist der Strukturwandel nicht gelungen.
630-639	Die Chance des Strukturwandels im Rheinischen Revier besteht darin, hier eine positive Erfahrung zu schaffen. Das Strukturwandelkonzept der Buirer für Buir ist vernetzt und auf andere Regionen und Sektoren übertragbar, etwa die Automobilindustrie.

I-4, Initiative ZKS

3-16	Die Definition von gerechtem Strukturwandel muss ausgedehnt werden. Er bedeutet den fairen Interessenausgleich zwischen allen betroffenen Gruppen.
21-26	In der Kommission wurde vor allem auf die Arbeitnehmerperspektive hingewiesen. Das ist bedingt durch die starke Präsenz der Gewerkschaften.
26-39	Zusammen mit ihrer Kollegin aus der Lausitz hat sie mehrmals darauf hingewiesen, dass den Beschäftigten in der Braunkohle keine Gefahr droht. Ein Kommissionsmitglied von der Agentur für Arbeit NRW hat dies mit konkreten Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung untermauert.
39-46	Sie und ihre Kollegin aus der Lausitz haben immer wieder darauf hingewiesen, wie der Braunkohleabbau auch die Anwohner in den Anrainergemeinden in ihrer Lebensqualität einschränkt. Diese Hinweise lassen sich teils im Bericht der Kommission wiederfinden.
46-51	Kohlekommission: Die Betroffenheit der AnwohnerInnen wurde oft mit dem Argument begegnet, dass diese von dem großen Wohlstand durch die Braunkohleindustrie ja auch profitiert hätten.
51-60	Wirtschaftswachstum und Industrieförderung spielen in der Kommission eine herausragende Rolle. Sie sieht das unter den Blickwinkel einer nachhaltigen Transformation kritisch.
68-80	Über den Prozess der Konsensfindung in der Kohlekommission: Es fanden zahlreiche Expertenanhörungen statt, erst danach kam es zu einem Austausch zwischen den Mitgliedern der Kommission. Dieser war eher konfrontativ, „Schlagabtausch.“ Problematischen waren die Gruppengröße, die mangelnde Zeit und das Fehlen einer Gesprächskultur, bei der Austausch im Vordergrund steht.
80-90	In der Kohlekommission bestand ein Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Mitgliedern. Die Vertreterinnen der Regionen und ihre Begleitpersonen mussten sich allein um die Einarbeitung in Themen und die organisatorische Aufgaben kümmern, während andere Mitglieder ganze Organisationen hinter sich hatten. „Wir waren unsere eigenen Referenten, unsere eigenen wissenschaftlichen Mitarbeiter, unsere eigenen Bürokräfte, unsere eigenen PR-Leute und Presseleute.“
90-104	Kohlekommission: Die Vertreterinnen der Region mussten sich erst mal einen Ruf und Habitus erarbeiten, den andere von Anfang an hatten. Es war ein „hartes politisches Parkett mit bestimmten Sitten“. Wichtig für sie war die Frage, ob sie sich den Gepflogenheiten in der Kommission anpasst und wenn ja, wie weit.
107-110	Kritik: Es hätte mehr Frauen in der Kommission gebraucht.
114-129	Kohlekommission: Eines ihrer ersten Anliegen war der Rodungsstopp im Hambacher Forst.
129-141	Ein Rodungsstopp für den Hambacher Forst wurde abgelehnt, im Bericht der Kommission wurde der Wald später aber dann doch als erhaltenswert bezeichnet. Das ist ein „großer Erfolg“, an dem die Zivilgesellschaft mit ihren Protesten während der Klausurzeit der Kommission einen großen Anteil hat.
141-150	Kohlekommission: Ihre Begleitperson war Daniela Setton vom IASS Potsdam, die zum Strukturwandel in der Lausitz und zu Partizipationsprozessen forscht. Mit ihr gelang es, Partizipation als Anliegen im Bericht der Kommission zu verankern.
151-160	Der Strukturwandel muss von den BürgerInnen vor Ort mitgestaltet werden. Durch den Braunkohleabbau entstand ein Ohnmachtsgefühl in der Region, dem durch Partizipation entgegengewirkt werden kann.
161-166	Im Bericht der Kommission wurde empfohlen, einen Teil der Gelder auch für nicht-wirtschaftlichen Strukturwandel einzusetzen. Dieser Passus wurde im Entwurf für das Strukturstärkungsgesetz nicht übernommen.

166-170	Kohlekommission: Eine Forderung der Bürgerinitiativen war, dass 10 Prozent der Gelder für „bürgernahe Projekte und Bürgersupport“ verwendet werden. Das wurde nicht im Bericht der Kommission übernommen.
170-176	Eine Forderung, die in den Kommissionsbericht aufgenommen wurde: Die durch den Bund geförderten Projekte müssen den SDGs entsprechen und zu einer dekarbonisierten Wirtschaft beitragen.
176-190	Generell sprach sie sich als Vertreterin der Anwohner für einen Kriterienkatalog für die Vergabe von Geldern aus. Das soll Nachvollziehbarkeit und Transparenz sicherstellen. Wichtige Bewertungskriterien sind die SDGs, ein finanziell, sozial und wirtschaftlich nachhaltiger Strukturwandel, die Innovationskraft von Projekten und ihr Arbeitsplatzeffekt. Diese Forderung soll im Strukturstärkungsgesetz aufgenommen werden.
190-200	Die Kommunen, die aufgrund von Neu- oder Umplanung betroffen sind, sollen besondere Unterstützung erhalten. Diese Forderung floss auch in den Bericht ein.
200-201	Der Hambacher Forst soll als Symbol des Sozialen Widerstandes erhalten bleiben.
201-218	Ein weiteres Anliegen war es, dass die vormaligen Umsiedlungsorte vollständig erhalten bleiben. Diese Forderung konnte so direkt nicht in den Bericht einfließen. Allerdings lässt sich eine Passage ggf. so auslegen.
218-229	Der Vorstandsvorsitzende von RWE versucht mit Aussagen darüber, dass die Dörfer abgerissen werden dürfen, den Diskurs zu beeinflussen. Das verurteilt sie.
229-239	Die Ausstiegsziele, die im Bericht formuliert wurden, sind eine Erfolg. Das gilt besonders im „Energiewald“ NRW, das sich vorher durch seine Blockadehaltung auszeichnete.
241-244	Es war ihr wichtig, die Pariser Klimaschutzziele im Bericht immer wieder Erwähnung finden.
248-255	Kohlekommission: Die Erstellung der Empfehlungen war intransparent. Es war unklar, wer wo etwas eingebracht hat.
255-264	Kohlekommission: Die Textentwürfe wurden oft erst in der Nacht vor der nächsten Sitzung herumgeschickt. Insbesondere die Vertreterinnen der Anwohnerinnen waren dadurch im Nachteil durch fehlende personelle und zeitliche Ressourcen.
271-277	Die Zivilgesellschaft muss mit mehr Kapazitäten ausgestattet werden in künftigen Kommissionen. Nur so ist Augenhöhe gewährleistet. Eine entsprechende Forderung von ihr an die zuständigen Ministerien wurde bei der Kohlekommission abgelehnt.
278-283	Die Mitgliedschaft in der Kommission war ohne Unterstützung sehr aufwendig.
283-289	Es gab viele Widerstände gegen die Teilnahme zweier normaler Bürgerinnen an der Kommissionsarbeit.
289-299	Kohlekommission: Nicht jeder konnte in allen Arbeitsgruppen mitmachen. Dadurch ließ sich das eigene Thema teils nicht gut vertreten und es wurde intransparent, wie Entscheidungen zustande kamen.
301-311	Kohlekommission: Für einen breiten Partizipationsprozess müssten mehr Gruppen an der Entscheidungsfindung beteiligt sein, etwa der Globale Süden und Menschen aus der Fridays-for-Future Bewegung.
316-323	Kohlekommission: Politische Netzwerke stehen einer gelungenen Partizipation im Weg.
323-328	Der Weg von den Empfehlungen zum Strukturstärkungsgesetz ist intransparent. Wichtige Passagen sind dort nicht übernommen worden.
329-338	Kohlekommission: Die Zivilgesellschaft hat keinen Einfluss mehr auf die Umsetzung der ihr wichtigen Punkte in die Gesetzgebung.

338-340	Es fehlt an Wertschätzung der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Kommissionsmitglieder.
350-354	Passagen zur Bürgerbeteiligung wurden im (Eckpunkte zum) Strukturstärkungsgesetz gestrichen.
355-366	Die Rückgabe der Flächen an die Kommunen ist die Voraussetzung, um unabhängig von RWE die Entwicklung der Region gestalten zu können.
366-370	Die Bindung der Projektförderung an die SDGs wurden im (Eckpunkte zum) Strukturstärkungsgesetz nicht übernommen.
370-379	Die Gelder müssen klar an Bedingungen gekoppelt sein, wie das Abschalten der Kohlekraftwerke. Strukturstärkungsgesetz und Kohleausstiegsgesetz müssten zusammen verabschiedet werden, um eine Verbindlichkeit herzustellen.
379-385	In der Kommission war Konsens, dass NRW mit dem Kohleausstieg beginnt. Dieser Punkt wurde im (Eckpunkte zum) Strukturstärkungsgesetz verwässert.
385-396	Hintergrund zu der Entscheidung, dass NRW mit dem Ausstieg beginnt: Anstehenden Wahlen in den neuen Bundesländern, bereits Strukturbruch in den 1990er Jahren.
396-400	Kohlekommission: Die konkrete Ausstiegsreihenfolge wurde nicht vereinbart. Ein informeller Konsens darüber, dass NRW als erstes aussteigt, gilt nicht mehr.

I-5, DGB NRW

5-7	Gerechter Strukturwandel bedeutet: 1. Erhalt der Arbeitsplätze 2. mit einer hohen Qualität.
7-12	Das Ruhrgebiet als Negativbeispiel, dort hat sich ein Niedriglohnsektor entwickelt.
12-16	Es müssen Arbeitsplätze für mittlere Qualifikationsgruppen geschaffen werden.
16-23	Es muss ein regionales Entwicklungskonzept aufgestellt werden, dass über „Schubladenprojekte“ der einzelnen Gemeinden hinausgeht.
23-34	Das Entwicklungskonzept muss mit entsprechenden Beschäftigungsperspektiven und Qualifizierungsstrategien einhergehen, die den Beschäftigten und ihren Kindern sowie Enkeln eine Anstellung ermöglicht. Die Gelder dafür sollen vom Bund kommen.
39-47	Derzeit ist es eine Kernaufgabe des DGB, die Empfehlungen der Kohlekommission abzusichern gegen diverse „Störfeuer“ aus Klimabewegung und der Politik.
51-56	Derzeit entstehende Institutionen des Strukturwandels sind die Zukunftsagentur, die thematischen Revierknoten und die Revierkonferenz.
56-64	Zweite Kernaufgabe des DGB: Die Beteiligung der Sozialpartner an der Umsetzung des Strukturwandels ist in den Kommissionsempfehlungen festgeschrieben. Diese muss nun auf Landesebene durchgebracht werden
64-66	Fragen der Absicherung von Beschäftigung, etwa durch das APG-B, liegen bei den Fachgewerkschaften.
68-77	Kompetenz für Beteiligung: Es wird eine Herausforderung, fachlich kompetentes Personalien für die Gremien zu finden. Der DGB NRW möchte einen Kriterienkatalog für Projektentscheidungen entwickeln.
77-80	Es besteht derzeit kein Interesse daran, einen eigenen konkreten Projektvorschlag einzubringen.
80-93	Die Hauptaufgabe des DGB NRW besteht zusammengefasst darin, die Rolle der Gewerkschaften im rheinischen Strukturwandelprozess zu etablieren und intern zu koordinieren.
93-97	Das Rheinische Revier besteht aus drei DGB-Regionen, die sich zum Teil untereinander, zum Teil über den DGB NRW koordinieren.
102-106	Keine Information dazu, inwiefern der DGB im Bund an der Entstehung des Strukturstärkungsgesetzes beteiligt gewesen ist.
111-119	Voraussichtlich wird der DGB in der Zukunftsagentur künftig eine größere Rolle einnehmen, da der Strukturwandel ein branchenübergreifendes Thema ist.
119-134	Der DGB soll in allen sechs Revierknoten vertreten sein, wobei die Revierknoten Industrie, Energie sowie Innovation und Bildung besonders relevant sind.
134-142	Der DGB sieht seine Aufgabe darin, in allen Knoten die Beschäftigtenperspektive einbringen.
142-148	Der DGB kann Erfahrungen über Betriebsabläufe in den Prozess einbringen, die keine andere Institution hat.
148-159	Der Strukturwandel im Rheinland unterscheidet sich von dem in der Automobilindustrie in dem Sinne, dass im Rheinischen Revier definitiv Arbeitsplätze verloren gehen. Für diese ist bisher keine Alternative ersichtlich, was zu Konflikten führt.
163-172	Er ist zuversichtlich, dass es zwischen dem DGB und dem Land eine Einigung über die Beteiligung der Gewerkschaften an den Revierknoten geben wird.
172-176	Schwieriger zu verhandeln wird voraussichtlich die Frage der Beteiligung an der Zukunftsagentur, da dort die alten Strukturen aufgebrochen werden müssen.

183-189	Die BCE hat vor einiger Zeit eine Investorenkonferenz im Revier veranstaltet. Er fand die Idee gut, wobei es eigentlich die Aufgabe des Landes und der Wirtschaftsförderer ist, Investoren zu finden.
191-197	Dem DGB NRW ist 1. wichtig, dass neue Industriearbeitsplätze entstehen und 2., dass sie ökologisch nachhaltig sind.
197-202	Interessant für sozial-ökologische Industrie ist das Themenfeld zirkuläre Wertschöpfung und das Brainergy-Projekt.
202-212	Die Wissenschaft kann Treiber für die Entwicklung in der Region sein. Vorrangig sollten die Gelder aber als Strukturhilfen an die Beschäftigten fließen.
212-218	Es droht der Verlust von Fachkräften in der Region. Diese müssen eine Perspektive bekommen.
219-227	Auch Start-Ups, etwa aus der universitären Forschung heraus, können den Strukturwandel voranbringen.
227-228	In der Lausitz ist die Ausgangssituation schwieriger.
234-239	RWE soll "seiner Verantwortung gerecht werden", was die Flächen angeht. Das hängt auch von den Entschädigungszahlungen ab, die momentan in Berlin verhandelt werden.
239-243	Vergleich zum Ruhrgebiet: dort sind die Flächen für Gewerbe und Industrie rar (?) und die Frage der Böden noch nicht geklärt (?)
243-252	Es droht die Gefahr, dass die Flächen Brachen bleiben. Um das zu verhindern, muss das Unternehmen in die Verantwortung genommen werden und die Städte Förderungen bekommen (Ruhrgebiet?). Sich darum zu kümmern, ist Aufgabe der Kommunen und Wirtschaftsförderer.
262-267	Rollenverteilung zwischen den Gewerkschaften: BCE und ver.di sind, auch auf überregionaler Ebene, für die betriebliche Ebene verantwortlich.
267-274	Der DGB NRW übernimmt die Bündelung der Gewerkschaftsanliegen zum Thema Strukturwandel in einem gemeinsame Programmatik.
274-281	Die drei Regionen des DGB müssen ebenfalls miteinander koordiniert werden für eine einheitliche Haltung.
281-289	Es finden regelmäßige Abstimmungen mit allen betroffenen Gewerkschaften statt. Darunter zählen auch die Gewerkschaften und Fachbereiche, die nur sekundär vom Strukturwandel betroffen sind, wie die IG Metall und der ver.di-Fachbereich Handel.
289-302	Es gibt unterschiedliche Interessenlagen, die auch durch eine unterschiedlich starke Betroffenheit je nach räumlicher Lage entstehen. Eine Hauptaufgabe des DGB NRW wird in den kommenden Jahren die Vermittlung zwischen den internen Interessen sein.
302-309	Derzeit werden Gewerkschaften stark mit RWE in Zusammenhang gebracht. Das ist nur teilweise gerechtfertigt. Auf Dauer soll der DGB die Rolle eines „ehrlichen Maklers“ erhalten, der die Interessen aller Beschäftigten vertritt.
316-326	Beteiligung braucht den Austausch mit anderen Interessengruppen. Diese Aufgabe liegt hauptsächlich beim DGB NRW.
326-328	Die Einbringung der betroffenen Gewerkschaften am Prozess ist Aufgabe des DGB NRW.
328-336	Was die Einbringung auf betrieblicher Ebene angeht, herrscht bei RWE noch „alte Welt“: die Mitglieder melden ihre Interessen an die Gewerkschaft, die sich für sie stark macht.
336-342	Andere Konzepte der Beteiligung gibt es etwa bei der IG Metall. Diese hat jüngst eine Umfrage unter ihren Mitgliedern durchgeführt zum Thema Transformation.

	„Weg von der Stellvertreterpolitik und hin zur Beteiligungsgewerkschaft“.
342-346	Die Beteiligungsverfahren und –möglichkeiten in anderen Gewerkschaften sind unterschiedlich und hängen unter anderem von der Betriebsgröße ab.
355-356	Auf regionaler Ebene bestehen Kontakte zu Bürgerinitiativen
357-364	Auf überregionaler Ebene ist der DGB NRW seit 2014 Mitglied im Klimadiskurs NRW, der unterschiedliche Positionen ins Gespräch bringt.
366-370	In Nordrhein-Westfalen wird eine “Beteiligungskultur” gepflegt, die es in anderen Bundesländern nicht gibt.
381-391	Bei sozialem Frieden handelt es sich um ein Ziel, das nur durch konkrete Maßnahmen erreicht werden kann. Dazu gehört, dass die Projektmittel allen Menschen in der Region zu Gute kommen, nicht nur der Wissenschaft.
391-398	Aufbauend auf den Empfehlungen der Kommission muss das Geld nun so eingesetzt werden, dass es zu keinen sozialen Verwerfungen kommt.
399-403	Die Arbeitsplätze vieler bei RWE Beschäftigten sind nicht gefährdet.
403-407	Viel energieintensive Industrie ist von der Braunkohle abhängig und könnte abwandern, wenn der Strompreis steigt.
407-416	Die Transformation der Industrie generell und die Frage, ob ihre Arbeitskraft dann noch benötigt wird, beunruhigt die Menschen.
416-423	Das Sofortprogramm bietet nicht genug Arbeitsplatzpotenzial für alle. Das führt zu sozialer Spaltung.
423-430	Förderung darf nicht nur in die Hochschulen fließen, sondern muss auch arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zukommen.
437-446	Die IG Metall beschäftigt sich mit der Transformation der Automobilwirtschaft, insbesondere in Baden-Württemberg. Langfristig wird sich auch der DGB NRW damit befassen.
455-462	Strukturwandel ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei dem Land, Unternehmen, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammenarbeiten müssen. Es braucht eine Governance Struktur.
462-470	Derzeit laufen viele Entwicklungen parallel nebeneinander her, etwa in Industrie, Hochschulen und Dienstleistungssektor. Es fehlt ein gemeinsames regionales Entwicklungskonzept.
470-478	Impulse aus der Wissenschaft, die den Entwicklungsprozess reflektieren, sind wertvoll. Wichtig ist dabei, in einen zeitnahen Austausch zu kommen.
478-488	Ein Beispiel für den gelungenen Austausch zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften ist das Programm NRW 2020.
488-494	In NRW gibt es generell verhältnismäßig viel Austausch zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft, etwa auch in Form von Beiratsarbeit durch die Gewerkschaften.
494-504	Für den Strukturwandel im Rheinischen Revier braucht es mehr Austausch mit der Wissenschaft. Dieser muss auf Augenhöhe geschehen und auch andere gesellschaftliche Gruppen mit einbeziehen. Wissenschaft kann dabei helfen, Zielkonflikte zu lösen.
504-505	NRW hat mit seiner dichten Hochschullandschaft gute Voraussetzungen für einen Austausch Wissenschaft-Praxis.
505-507	Der Austausch mit der Praxis hilft der Wissenschaft, ihre Fragestellung zu schärfen.

I-6, Wirtschaftsministerium NRW

9-17	Im Vergleich zum Ruhrgebiet sind die Ausgangsvoraussetzungen für Strukturwandel im Rheinland besser. Hier stellt sich vor allem die Frage der Zukunftsperspektiven.
17-32	Für gerechten Strukturwandel ist auch die Verteilung der Zukunftsperspektiven wichtig. Im Ruhrgebiet wurden manche Menschengruppen abgehängt. Das soll im Rheinischen Revier nicht passieren.
32-35	Grundsätzlich sollen Menschen, die durch den Strukturwandel ihren Arbeitsplatz verlieren, Chancen auf einen neuen bekommen. Einen „eins zu eins“-Anspruch gibt es aber nicht.
35-42	Die Tagebauanrainerkommunen wollen, dass bei ihnen neue Arbeitsplätze gefördert werden.
42-56	Das Land verteilt die Förderung jedoch gemäß einer „wirtschaftlichen Logik“: Was sind die Chancen, aus denen zusätzliches Wachstum und Beschäftigung entstehen könnte? Die Anbindung der Anrainerkommunen an diese Orte erfolgt ggf. danach.
56-72	Gerecht ist, wenn alle mit „vertretbarem Aufwand“ eine Arbeitsplatzperspektive haben. Es ist Beschäftigten zumutbar, dass sie zu ihrer Arbeitsstelle pendeln und ggf. nicht so viel verdienen, wie es in der Braunkohleindustrie möglich gewesen wäre.
71-78	KMU sind großen Industrien vorzuziehen, da diese zuverlässigere Beschäftigungschancen bieten. Das bedeutet aber auch eine größere Streuung der Einkommen und Wirtschaftsbereiche.
78-80	Es kann keine Garantie für Tariflöhne geben. Hier kommt es immer wieder zu Diskussionen mit Gewerkschaften.
93-99	Gerechter Strukturwandel sollte auch Generationengerechtigkeit umfassen.
107-111	Zeitplan für die Gesetzgebung: Anfang nächsten Jahres soll der Prozess beendet sein.
111-119	Es sind Verhandlungen zwischen Bund und Land über das Strukturstärkungsgesetz und die Bund-Länder-Vereinbarung angedacht.
119-125	Die Strukturhilfen sind das größte regionale Förderprogramm in der Geschichte NRW. Dafür bedarf es guter Vorbereitung auf Landesebene.
125-131	Es wird eine Fördergrundlage erstellt entlang der Zielsetzung einer „stärkenorientierten Wirtschaftsförderung“.
133-141	Zusammen mit der Zukunftsagentur wird an einem Wirtschafts- und Strukturprogramm gearbeitet, das erste Leitlinien für die Förderung gibt. Es soll Mitte Dezember fertig sein und im kommenden Jahr beginnen.
141-151	Für die Ausarbeitung des Programms wurden Facharbeitskreise eingerichtet, die sogenannten Revierknoten. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Zukunftsagentur hat ihre Vorsitzenden bestimmt. Dieser arbeitet zusammen mit einer Fachcommunity Teilkonzepte aus.
152-155	Es soll ein Gutachtergremium eingerichtet werden, das die Projekte auswählt sowie eine Administration.
155-160	Die Gesetzgebung ist noch nicht abgeschlossen. Das führt zu Unsicherheit, die Landesregierung ist gezwungen „auf Vorrat“ zu arbeiten.
163-165	Es gibt sechs Revierknoten, die sich aus den vier Zukunftsfeldern ergeben.
165-175	Die Vorsitzenden der Revierknoten benennen die weiteren Mitglieder („community“). Auch die Landesregierung hat Einfluss. Es soll im September eine Veranstaltung geben, bei der Anliegen zu den Knoten geäußert werden können.
178-180	Es soll für jeden Revierknoten eine große öffentliche Veranstaltung geben.

180-193	Vorsitzende der Revierknoten sind: <i>Raum</i> : Zukunftsagentur; <i>Mobilität und Infrastruktur</i> : Kreisdirektor Neuss Regionalmanagement Niederrhein; <i>Energie</i> : Ziolek (Geschäftsführer Energieagentur); <i>Industrie</i> : Brinitzer (IHK Niederrhein); <i>Innovation und Bildung</i> : Vassen (Zweckverband Region Aachen); <i>Agrobusiness und Bioökonomie</i> : Bröker (Indeland GmbH); <i>Technologieausstellung</i> : Molitor (Köln-Bonn e.V.)
193-199	Auswahlkriterien für die Vorsitzenden der Revierknoten sind, dass sie aus der Region kommen und mit den Zielen des Strukturwandels vertraut sind.
201-207	Die Revierknoten arbeiten drei Jahre lang der Zukunftsagentur zu und geben ihre Aufgaben und ihr Personal dann an diese ab.
207-214	Es ist wichtig, im Revier eine Art Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Die Revierknoten können effektiver entsprechende Prozesse anstoßen („Schneeballeffekt“).
222-229	Es ist unklar, ob bei der Veranstaltung im September die Öffentlichkeit mit einbezogen wird. Sie spricht sich dafür aus.
229-240	Die Zukunftsagentur koordiniert die Aktivitäten der Revierknoten. Sie erhält zudem vom Land ein Budget für den Aufbau einer professionellen Bürgerbeteiligung. Daraus erhofft sie sich innovatives Potenzial.
240-249	Eine stärkenorientierte Wirtschaftsförderung lässt auch Raum für die Partizipation dezentraler Akteure.
248-256	Idee: Zukunftschicks für die Zivilgesellschaft. Es handelt sich dabei um leicht zugängliche Schecks für kleine Projekte, die dem Strukturwandel zu Gute kommen und anschließend veröffentlicht werden.
265-271	Eine Umsetzung der Zukunftschicks aus dem Sofortprogramm war nicht möglich, da der Förderzugang fehlte. Ob sich das zukünftig ändert, ist fraglich.
271-275	Es besteht ein Austausch mit Antje Grothus zu der Frage, wie Bürgerbeteiligung ermöglicht werden kann.
282-286	Die Landesregierung hat der Zukunftsagentur ein Budget für Partizipationsprojekte bereitgestellt. Die konkrete Ausgestaltung liegt vor allem von den Akteuren vor Ort.
286-292	Es braucht eine gemeinsame Gestaltung durch alle Interessentengruppen für einen erfolgreichen Strukturwandel.
292-297	Die Kohlekommission war ein Erfolg in dem Sinne, dass die Beteiligung und Einigung aller Interessengruppen auf ein gemeinsames Ziel ein „gesellschaftlicher Fortschritt“ ist.
299-308	Die Förderung von nachhaltiger Wirtschaft und gesellschaftlicher Konsens ist ein Schlüssel für Klimaschutz. Beispiel Aluminium: Wenn die Umstellung auf nachhaltige Industrie gelingt, müssen in Deutschland keine Betriebe wegfallen und Umweltprobleme ins Ausland verlagert werden.
308-314	Es braucht eine gesellschaftliche Mehrheit für Klimaschutz. Für die muss geworben werden.
320-324	Die Landesregierung ist im Gespräch mit RWE zum dazu, wie das Unternehmen im Rheinischen Revier bleiben kann.
324-330	Es wäre für RWE naheliegend, die Entschädigungszahlungen in Nord- oder Süddeutschland zu investieren. Dort ist die Lagegunst höher.
330-347	Um RWE im Rheinland zu halten, wird eine Großspeicherlösung entwickelt (Store to Power), deren Einsatz im Rheinland besonders viel Sinn macht.
347-354	Die Landesregierung ist mit RWE im Gespräch über den Ausbau von Erneuerbaren Energien in der Region. Sie ist optimistisch, dass eine gemeinsame Ausbaustrategie beschlossen wird.
354-362	Eine Ausbaustrategie für Erneuerbare könnte mit einem Ausbaumasterplan verbun-

	den werden, der auch Privathaushalte und kleinere Investoren umfasst.
362-364	Es läuft weiterhin ein Projekt zu zum Ausbau von Tiefengeothermie mit RWE
364-367	Es ist einfacher, Arbeitsplätze bei RWE zu erhalten als neue zu schaffen.
373-389	Die Landesregierung fördert die nachhaltige Entwicklung der energieintensiven Industrie mit dem landesweiten Projekt „In4Climate“.
389-399	Im Rheinischen Revier arbeiten 50.000 Menschen in energieintensiven Industrien. Dort entsteht ein „Problemdruck“ durch steigende Energiepreise. Die Forschung vor Ort ist prädestiniert, an Lösungen arbeiten.
411-420	Das Rheinische Revier soll Innovationsregion für zukunftsfähige Mobilität werden. Hierfür gibt es bereits eine Vielzahl Projektvorschläge.
420-423	Die Themenfelder Ressourceneffizienz und Bioökonomie sollen im Rheinischen Revier ausgebaut werden.
423-428	Das Rheinische Revier bietet die Chance, im kleinen Maßstab Zukunftstechnologien auszuprobieren.
431-433	Der Abbau von Arbeitsplätzen bringt einen Wertschöpfungsverlust für die Region mit sich.
433-447	In den Zuliefererbetrieben wird es voraussichtlich Entlassungen geben. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur sollen für die Betroffenen neue Perspektiven eröffnet werden. Diese liegen im Mittelstand und bei Ausgründungen.
447-459	Die Forschung im Rheinland soll sich verstärkt auf Anwendung konzentrieren statt auf Grundlagenforschung und so zu Ausgründungen beitragen.
461-466	Die Betriebsgröße ist grundsätzlich egal, solange Arbeitsplätze geschaffen werden.
496-502	Unterschied zwischen Strukturwandel in der Braunkohle und in der Automobilindustrie: ersterer ist politisch gesteuert.
513-518	Das Rheinische Revier als Experimentierfeld für die Betriebe. Im nächsten Schritt kommt dann die Frage, wie die Technologien wirtschaftlich gemacht werden können.
518-521	Die Aluminiumindustrie ist vom Braunkohlestrom abhängig.
521-533	Die Frage der Übergänge ist entscheidend für die Energiewende: Die Industrien müssen während der Umstellung der Energiesysteme weiter wirtschaftlich arbeiten können, sonst werden sie vom Weltmarkt abgehängt. Hierfür gibt es bisher keine politische Lösung.